

# Das Parlament

Berlin, Montag 12. März 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 11/12 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Im Dauereinsatz für Präsidenten

**Norbert Lammert** Das hätte sich der Bundestagspräsident kaum vorstellen können: Dass er binnen kaum drei Jahren schon die dritte



Staatsversammlung zur Wahl eines Staatsoberhauptes einberufen, organisieren und leiten muss. Dies gehört mit zu den Aufgaben des Parlamentspräsidenten, der auch Präsident der Bundesversammlung ist. Sie tritt im Regelfall alle fünf Jahre zusammen. Kurz nach der Wahl von Christian Wulff hatte Lammert den neuen Bundespräsidenten noch scherzhaft ermahnt, nach dem Rücktritt von Vorgänger Horst Köhler 2010 nur ein Jahr nach seiner Wiederwahl in jedem Fall fünf Jahre durchzuhalten. Schließlich sei für eine weitere außerplanmäßige Bundesversammlung gar kein Geld da. Nun muss der Bundestag eine Million Euro „überplanmäßig“ einstellen. *kru*

## ZAHLE DER WOCHE

15

Bundesversammlungen sind in der Bundesrepublik bislang zur Wahl des Staatsoberhauptes einberufen worden – die 15. jetzt zum 18. März 2012. Bei den bisherigen 14 wurden insgesamt zehn Persönlichkeiten ins höchste Staatsamt gewählt. Vier von ihnen wurden jeweils einmal im Amt bestätigt. Insgesamt waren bei diesen 14 Bundesversammlungen 29 Kandidaten nominiert, darunter sieben Frauen.

## ZITAT DER WOCHE

»Augen zu und durch. Nächstes Mal machen wir es besser.«

**Harald Kujat**, früherer Bundeswehr-Generalsinspekteur, im „heute-journal“ auf die Frage, was er von dem Zapfenstreik für Ex-Bundespräsident Christian Wulff halte

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

**Rechtsextremismus** Untersuchungsausschuss tagt erstmals öffentlich **Seite 6**

### INNENPOLITIK

**Hospizstationen** Petitionsausschuss befasst sich mit lokaler Regelung **Seite 7**

### EUROPA UND DIE WELT

**Iran** Das Land bleibt wegen seiner Atompolitik im Fokus **Seite 14**

### KULTUR UND MEDIEN

**Musikförderung** Bundestag debattiert über die Hilfen des Bundes **Seite 15**

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Gauck im zweiten Anlauf

**BUNDESPRÄSIDENTEN-WAHL** Am Sonntag wird Christian Wulffs Nachfolger benannt

Schloss Bellevue muss nur noch wenige Tage auf seinen neuen Hausherrn und Deutschland auf seinen neuen Bundespräsidenten warten. Wer das sein wird, entscheidet die Bundesversammlung am kommenden Sonntag. Erhält er alle Stimmen der ihn unterstützenden Parteien, würde Joachim Gauck mit mindestens 88,7 Prozent der Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt. Diese Zahl erreichten nicht einmal seine populären Amtsvorgänger Theodor Heuss und Richard von Weizsäcker bei ihrer Wiederwahl.

Vier von fünf Bundestagsfraktionen haben sich schon im Vorfeld zum ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Gauck bekannt. Auch das ein Novum. Gauck war, nicht ohne Spannungen in der Regierungskoalition, letztlich als Konsenskandidat von CDU, CSU, FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen präsentiert worden. Der gebürtige Rostocker Gauck, Jahrgang 1940, Politiker und Publizist, war evangelisch-lutherischer Pastor und DDR-Kirchenfunktionär, Abgeordneter der demokratischen Volkskammer 1990. Nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 war der Rostocker erster Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde. Sie sollte später umgangssprachlich seinen Namen tragen, als „Gauck-Behörde“. Zehn Jahre später löste ihn Marianne Birthler ab. Seither engagiert sich der Mann aus Rostock gesellschaftspolitisch. Für seine Verdienste und Publikationen wurde er wiederholt ausgezeichnet. Und er könnte nun erster parteiloser Bundespräsident in der Geschichte der Bundesrepublik werden.

**Das Wahlgremium** Die 15. Bundesversammlung, die Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) für den 18. März ins Berliner Reichstagsgebäude einberufen hat, umfasst 1.240 Wähler: die 620 Bundestagsabgeordneten und 620 von den Landesparlamenten bestimmte Personen. Die Zahl der Wähler der Länder ist proportional zu deren Einwohnerzahl. Wie viele Wähler die Parteien entsenden, ergibt sich aus den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen. 2012 stellt die Union 486, die SPD 331, die Grünen 147, die FDP 136 und die Linke 124 Wähler. 16 weitere entfallen auf die Kategorie „Sonstige“. Zu diesen zählen kleinere Landtagsfraktionen wie der Südschleswigsche Wählerverband. Die Landesparlamente können auch Kommunalpolitiker oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in die Bundesversammlung entsenden. So hat die Berliner CDU den neuen Fußballtrainer des Hauptstadtvereins Hertha BSC, Otto Rehagel, benannt (siehe Beitrag unten). Bloß die Linke stellt als einzige Bundestagsfraktion eine eigene Kandidatin auf: Beate Klarsfeld. Die 1939 geborene, selbst ernannte



Neuer Hausherr dringend erwartet: Die Standarte des Bundespräsidenten weht auf dem Dach des Schlosses Bellevue.

„Nazi-Jägerin“ wurde bekannt, als sie 1968 beim CDU-Parteitag Kanzler Kurt Georg Kiesinger wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft geohrfeigt hatte. Die jüngst mit einer eigenen Fraktion ins Berliner Abgeordnetenhaus eingezogene Piratenpartei wollte auch einen eigenen Kandidaten präsentieren. Doch alle Wunschkandidaten lehnten ab (siehe auch Seite 2). Die NPD stellt mit dem sächsischen Fraktionsmitarbeiter Olaf Rose einen Kandidaten aus den eigenen Reihen auf.

**Absolute Mehrheit** Es wird davon ausgegangen, dass Joachim Gauck bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit erzielt. Somit wird die Wahl zum Staatsoberhaupt wohl weitaus weniger spektakulär verlaufen als bei der letzten Bundesversammlung im Juni 2010. Denn damals, nach dem überraschenden Rücktritt von Horst Köhler, gewann Wulff erst im dritten Wahlgang mit einfacher Mehrheit gegen den damaligen Oppositionskandidaten Gauck. In dem nun fast 63-jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind von ihren insgesamt zehn Bundespräsidenten vor Ablauf der fünfjährigen Amtszeit drei zurückgetreten.

**Die dritte Demission** Während Bundespräsident Heinrich Lübke seine zweite Amtszeit im Jahr 1969 um nur drei Monate verkürzte und Horst Köhler von seiner zweiten Amtszeit ab 2009 immerhin noch elf Monate absolvierte, trat Christian Wulff nach nur einem Jahr, sieben Monaten und 17 Tagen vom höchsten Staatsamt zurück: Infolge der „Kredit- und Medienaffäre“ um seine Person gab Wulff dem öffentlichen Druck schließlich nach und erklärte am 17. Februar seinen Rücktritt. Am vergangenen Donnerstag wurde er dann mit den militärischen Ehren seines Zapfenstreichs aus dem Amt des Staatsoberhauptes entlassen. Es war sein letzter öffentlicher Auftritt nach seinem Rücktritt als Bundespräsident vor seinem Amtssitz, dem Schloss Bellevue im Berliner Tiergarten. Der Nachfolger Christian Wulffs wird am Freitag kommender Woche in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat, wiederum im Berliner Reichstagsgebäude,

verteidigt werden. „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ So lautet der Amtseid, den auch der 11. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland leisten wird.

**Schloss Bellevue** Und direkt im Anschluss an die Zeremonie im Parlament ist der erste Termin für den neuen Amtsinhaber geplant: Vom Reichstagsgebäude geht es in das nur eineinhalb Kilometer entfernte Schloss Bellevue. Dort wird ihn die Bundeswehr dann im Hof mit militärischen Ehren empfangen. *Verena Renneberg*

**Gleich nach dem Amtseid steht der erste Termin für das neue Staatsoberhaupt an**

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 2 bis 5.

## Abstimmung mit Krimi und Comedy

**WAHLMÄNNER UND -FRAUEN** In die Bundesversammlung wurden wieder prominente Persönlichkeiten entsandt

Wenn die Schauspielerinnen Senta Berger, Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und Hertha-Trainer Otto Rehagel gemeinsam auftreten, sieht das nach rotem Teppich, langen Kleidern und Blitzlichtgewitter aus. Am 18. März sind aber nicht sie die Stars, sondern spielen alle die gleiche Rolle: Sie gehören zu den 1240 Wahlmännern und -frauen, die den neuen Bundespräsidenten wählen.

Neben den Bundestagsabgeordneten entsenden die Landtage nach Artikel 54 des Grundgesetzes die Hälfte der Stimmberechtigten in die Bundesversammlung – darunter traditionell auch immer bekannte Größen aus Sport, Kultur und Gesellschaft. Der Anteil der Wahlberechtigten, die kein parlamentarisches Mandat auf Bundes- oder Landesebene inne haben, schwankt je nach Bundesversammlung zwischen einem Drittel und einem Fünftel der Delegierten.

**Politische Bühne** Gleich zwei prominente Fernsehkommissare werden am kommenden Sonntag dafür sorgen, dass wie immer am Wochenende alles mit rechten Dingen zu geht: Tatort-Ermittler Jan Josef Liefers, den die sächsische SPD nominiert hat, und



Auch Showmaster Frank Elsner wählt das Staatsoberhaupt

der bayerischen Gruppe „Biermösl Bloss“, entsandt von den Grünen, könnte sich zu der einen oder anderen Textzeile inspiriert fühlen. Fernsehmoderator Frank Elsner, der für die CDU in NRW kommt, wird sich mit Späßen à la „Verstehen Sie Spaß“ aber wahrscheinlich eher zurückhalten. Ebenfalls für die CDU in NRW kommt die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer nach Berlin. Dabei dürfte ihr auffallen, dass die Bundesver-

sammlung noch immer eine Männerdomäne ist. Trotz kontinuierlichen Anstiegs des Frauenanteils waren auch bei der 14. Bundesversammlung nur 33 Prozent des Gremiums weiblich. Auch Regisseurin Sönke Wortmann wird wieder dabei sein. Für den Sport werden die Paralympic-Gewinnerin Kirsten Bruhns, von der SPD-Schleswig-Holstein aufgestellt, sowie Ex-Tennispielerin Claudia Kohde-Kilsch, von den Saar-Linken nominiert, an den Start gehen. Die CDU Schleswig-Holstein schickt Springreiterin Janne Friederike Mayer an die Wahlurne. Otto Rehagel, Trainer von Hertha BSC, der für die Berliner CDU wählt, kann diesmal fast sicher sein, dass sein Kandidat auch die Tabellenspitze anführen wird.

Keinen prominenten Kandidaten schickt die bayerische CSU. Offiziell heißt es dazu, dass „wegen des kurzfristigen Termins nur Mandatsträger nominiert worden seien“. Bei der Bundespräsidentenwahl 2004 hatte die Partei mit ihrer prominenten Kandidatin Gloria von Thurn und Taxis eine ungewollte Überraschung erlebt. Eigentlich war sie nach Berlin geschickt worden, um Horst Köhler zu wählen. Dann hatte sie allerdings ihre Stimme doch dessen Herausforderin Gesine Schwan gegeben. *Annette Sach*

## EDITORIAL

### Es geht um Vertrauen

VON JÖRG BIALLAS

Wenn die Bundesversammlung am kommenden Sonntag das deutsche Staatsoberhaupt benennt, vergeben die 1.240 Wahlmänner und -frauen eine Aufgabe, die mit dem Attribut herausfordernd nur unzureichend beschrieben wäre. Vielmehr gilt es, das Vertrauen in ein Verfassungsorgan und damit in die Verlässlichkeit von Staat und Politik wieder herzustellen. Dieses Vertrauen wurde bereits mit den Umständen des Rücktritts von Horst Köhler hinterfragt, durch das Verhalten seines Nachfolgers Christian Wulff erschüttert und ging schließlich bei vielen Bürgern ganz verloren. Das ist der wahre Schaden, den der jüngste Bundespräsident aller Zeiten nach der kürzesten Amtsperiode aller Zeiten der Nation hinterlässt. Ganz unabhängig von der abschließenden juristischen Bewertung der Affäre Wulff hat das Ansehen der gesamten politischen Klasse im Land darunter gelitten. Abermals wurde offenkundig, dass die Bereitschaft, den Einzelfall von der Regel abzugrenzen, in der Bevölkerung nicht ausgeprägt ist. Dass das oberflächlich, ungerecht und schlicht falsch ist, verhindert jedoch nicht den Effekt einer ausgeprägten, sehr diskursiven Skepsis gegenüber politischen Akteuren. Auch deshalb steht das neue Staatsoberhaupt vor einer Aufgabe von bemerkenswerter Dimension. Wachsen, ja penibel, sogar kleinkariert wird die Öffentlichkeit jedes Wort, jede Geste beobachten und kritisch bewerten. Und es wird eine Weile dauern, bis sich die Wahrnehmung des Bundespräsidenten nicht mehr auf dessen Anspruch auf Ehrensold, Zapfenstreich und Dienstwagen reduziert. Je klüger im Schloss Bellevue künftig argumentiert, je souveräner dort mitunter auch geschwiegen wird, desto schneller wird es gelingen, das verlorene Image wieder aufzubauen. Neben der Überzeugungskraft der eigenen Amtsführung kann dabei die Erinnerung an Vorgänger mit historischer Strahlkraft helfen. Das würde den offenbar reflexartig vorhandenen Reiz, vor jeder Bundesversammlung darüber zu diskutieren, ob wir überhaupt noch einen Bundespräsidenten brauchen, hoffentlich endlich nachhaltig entzaubern. Ein starkes Staatsoberhaupt war stets eine Bereicherung für das politische Gefüge in Deutschland. Es ist uns allen zu wünschen, dass diese Tradition mit der Entscheidung der Bundesversammlung fortgesetzt wird.

GASTKOMMENTARE

DIREKTWAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN?

Keiner Partei dienen

PRO



Bernd Loskant  
»Fuldaer Zeitung«

Hätte das Volk vor zwei Jahren den Bundespräsidenten gewählt, die Causa Wulff wäre im historischen Rückblick nicht mehr als eine Fußnote in der Politik des Landes Niedersachsen. Auch das mag ein Argument sein, aber das wahrscheinlich schwächste dafür, das Staatsoberhaupt direkt durch die Bürger bestimmen zu lassen. Der springende Punkt ist der Widerspruch zwischen dem Amt an sich und der Art, wie über den Amtsinhaber entschieden wird. Der Bundespräsident ist ein Verfassungsorgan, das als neutrale Instanz in auffallendem Abstand zum Machtapparat steht. So wollten es, nach den Erfahrungen von Weimar, die Verfassungsväter; so will es auch der Souverän, der sich den Präsidenten nicht als verlängerten Arm der Kanzlerin, sondern als moralischen Wächter über die Regierenden wünscht. Ergo ist der Bundespräsident der Repräsentant des Staates, der keinem Herrn, sprich: keiner Partei, dienen darf. Doch leider ist diese normative Unabhängigkeit kein Attribut, das jeden der bisherigen Präsidenten ausgezeichnet hätte.

Das formal höchste Staatsamt zum Spielball parteipolitischer Interessen verkommen zu lassen, steht seiner Funktion entgegen und ist dem Geist der Verfassung unwürdig. Was ist das für ein Amtsverständnis, wenn im Streit über die Wulff-Nachfolge in einem Gemisch aus Zank, Druck und Erpressung gar die Regierung ins Wanken geriet? Eine Direktwahl legitimierte das Staatsoberhaupt als echten Präsidenten des Volkes. Das würde seine Position zweifellos aufwerten, was nicht bedeutet, dass er mehr Macht hätte. Die integrative Funktion des Amtes ist viel höher zu bewerten als Befugnisse zur Mitgestaltung. Und dieser Aufgabe kann er besser gerecht werden, wenn er vom Volk gewählt wird.

Spezifische Stärke

CONTRA



Christian Bommarius  
DuMont-Redaktionsgemeinschaft

Wer keinen Bundespräsidenten haben will, muss ihn vom Volk direkt wählen lassen. Wer an der Spitze des Staates eine Person stellen will, die sich in harten Auseinandersetzungen nach oben gekämpft und die Konkurrenz um höchste Amt in einem zermürbenden Wahlkampf niedergelassen hat, der will zwar ein Staatsoberhaupt, aber keinen Bundespräsidenten, wie ihn das Grundgesetz im politischen System der Republik etabliert hat. Dieser Präsident bezieht seine Autorität nicht aus der Mobilisierung seiner Wähler, sondern aus seiner persönlichen Integrität, die sich im Amt bewährt, und er muss nicht versöhnen, weil er zuvor kompromisslos gespalten hat, sondern er muss zusammenführen, was zusammengehört – das Volk. Wer keinen Bundespräsidenten haben will, muss ihn vom Volk direkt wählen lassen. Wer einen Präsidenten will, der über eine stärkere Legitimation verfügt als die Kanzlerin, der bekommt ein Staatsoberhaupt, das allein schon durch diese Legitimation beanspruchen darf, zum relevanten Akteur im politischen Machtspiel zu werden, aber keinen Bundespräsidenten im Sinne des Grundgesetzes. Deswegen beruht nicht auf der Legitimation durch direkte Wahl, sondern auf seiner Fähigkeit zu Repräsentation und Integration. Seine Besonderheit – er ist das höchste Verfassungsorgan und zugleich das schwächste – ist kein Makel, sondern die spezifische Stärke des Präsidenten: Sein Wort wiegt – wenn er nur das richtige Wort zur rechten Zeit in die Waagschale legt – schwer, gerade weil er auf der machtpolitischen Bühne fast stets zu schweigen hat. Fiele ihm dort eine tragende Rolle zu, weil er den Wählerwillen hinter sich weiß, müssten alle Rollen neu geschrieben werden. Um die Arbeit wäre der Autor nicht zu beneiden.

Mehr zum Thema auf Seite 5  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Bundespräsident, Sie kannten und kennen alle Ihre Vorgänger und Nachfolger im höchsten Staatsamt persönlich: Welche Eigenschaften sollte mitbringen, wer ein erfolgreicher Bundespräsident werden will?

In meinem Alter hat man bei solchen Rückblicken immer ein Schwindelgefühl. Wenn ich mich nur an meine gemeinsamen Reisen mit dem Ehepaar Lübke erinnere! Es ist schon ein verrückt langer Zeitraum. Aber ich bin immer sehr glücklich gewesen, dass die Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland – mich selbst darf ich nicht einbeziehen – einen starken, nachdrücklichen Eindruck hinterlassen haben. Jeder für sich genommen hat zur rechten Zeit gewirkt und eigene Akzente gesetzt. Das Wichtigste für einen Bundespräsidenten oder eine Bundespräsidentin ist eine starke Persönlichkeit, die mit ihren Moral- und Wertevorstellungen unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen kann.

Was ging Ihnen durch den Kopf, als die Präsidentin der Bundesversammlung, Annemarie Renger, am 15. Mai 1974 das Ergebnis der Wahl mitteilte: Der vierte Bundespräsident der Republik heißt Walter Scheel?

Man bleibt in solchen Situationen auch nur Mensch. Aber ich habe von diesem Augenblick an Tag und Nacht versucht, das Beste für unser Land an dieser Stelle zu leisten. Alles, was man zuvor gemacht hatte, wollte ich besser machen. Vieles ging natürlich nicht besser zu leisten und auch schlicht und einfach daneben. Fehler und Unzulänglichkeiten bleiben ja menschlich. Aber bei aller Erfahrung, die ich im Krieg machen musste, bei aller Erfahrung aus den politischen Ämtern, die ich bekleidet habe, war diese Wahl doch ein ganz außergewöhnliches Moment. Ich habe die Worte meiner guten Freundin Annemarie Renger noch im Ohr: „... und ist damit der vierte Präsident der Bundesrepublik Deutschland“. Das war schon sehr ergreifend.

Sie waren vor Ihrer Wahl zum Bundespräsidenten Außenminister und FDP-Vorsitzender, haben Ihre Partei in die Koalition mit der SPD geführt und durch die parlamentarisch stark bewegte Zeit der Ostverträge. Wie schwierig war es für Sie als so aktiven Politiker, sich in das eher repräsentative Amt einzufinden?

Im Nachhinein vergessen viele Menschen, dass wir 1974 innerhalb von wenigen Wochen von der Regierung Willy Brandt/Walter Scheel auf die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher wechselten. Und ich, der Jahrzehnte an vorderster Front in der handelnden Politik engagiert war, sollte mich auf Repräsentation besinnen. Hinzu kam, dass ich ja auch noch Bundesvorsitzender der FDP war. So gab es wohl keinen ähnlich aktiven Realpolitiker, der in das Amt des Bundespräsidenten gekommen ist. Entsprechend vorsichtig musste ich auch in den ersten Monaten sein. Allerdings hatte ich in meinen Freunden Hans-Dietrich Genscher und Helmut Schmidt hervorragende Partner. Im Nachhinein betrachtet, ist das eigentlich alles gut gegangen.

Wie Sie waren bislang alle Bundespräsidenten mit Ausnahme von Horst Köhler vor ihrer Wahl aktive Parteipolitiker in der ersten Reihe – war das gut für das Amt?

Sie haben schon recht mit Ihrer Feststellung. Aber doch waren alle Präsidenten auf ganz unterschiedliche Art in der aktiven Politik verurzelt. Sie können Johannes Rau und Theodor Heuss in ihrem Parteiengagement genauso wenig vergleichen wie mich und Richard von Weizsäcker. Daher

»Zum Ansehen zurück«

WALTER SCHEEL Persönlichkeiten haben das höchste Staatsamt geprägt, nicht parteipolitische Erfahrungen, sagt der Altbundespräsident



Was halten Sie von der Forderung, der Bundespräsident solle in einer Direktwahl bestimmt werden?

Das fragen Sie mich? Ich habe die Weimarer Republik und die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges aktiv miterleben müssen! Nein, ich bin gegen eine Direktwahl des Staatsoberhauptes. Aus voller Überzeugung.

Die Bundesrepublik ist bunter geworden und mit ihr die Bundesversammlung: 1974 entsandten drei Parteien Mitglieder, am kommenden Sonntag werden Vertreter von neun Parteien und Wahlbündnissen im Reichstagsgebäude zusammentreffen. Was ist heute noch dran an dem Argument, Bundesversammlungen würden künftige Koalitionen vorwegnehmen?

Mein guter und leider verstorbener Freund Otto Graf Lambsdorff hat einmal gesagt: „Heute gibt es ja mehrere Parteien, früher gab es zwei große und eine wichtige.“ Und natürlich war unser Schwenk 1969 weg von der CDU hin zur SPD durch die Wahl von Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten eingeleitet worden. Allerdings glaube ich doch, dass diese Zeiten vorbei sind. Heute sind flexiblere Bindungen gefordert. Unser „Jungtürken-Aufstand“, mit dem wir in Nordrhein-Westfalen bereits 1956 den Wechsel zu einer sozialliberalen Koalition einleiteten, hatte ja schon Signalwirkungen für den Bund. Das wird es heute – glaube ich – nicht wieder geben.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Amtes ist die Prüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungskonformität, auch Sie hatten einmal ein Gesetz zurückgewiesen. Wie unbequem darf oder kann ein Bundespräsident der regierenden Koalition werden?

Sie sagen es ja sehr richtig: Der Bundespräsident prüft die Gesetze auf ihre Verfassungskonformität. Er prüft nicht, ob ihm die Gesetze gefallen. Ich meine, der Bundespräsident kann vor allem über seine öffentlichen Reden die Politik aufmerksam machen und auch Schwerpunkte fordern.

Die amtierenden Präsidenten von Frankreich und der Vereinigten Staaten sind Söhne von Einwanderern. Ist es wünschenswert, dass es auch in Deutschland einmal so kommt?

Das ist eine interessante Frage. Meine Partei wird ja im Augenblick von einem Vorsitzenden geführt, der in Vietnam geboren wurde und in Deutschland aufgewachsen ist. Und natürlich wird Deutschland mehr und mehr von Einwanderern beeinflusst werden. Daher glaube ich, dass auch die Zeit für einen Bundespräsidenten kommen wird, der einen Einwanderungshintergrund hat. In der heutigen globalen Welt verschmelzen die Familienstrukturen ja auch viel mehr als in meiner Jugend.

Welches sind die wichtigsten Aufgaben des neuen Bundespräsidenten oder der neuen Bundespräsidentin?

Er oder sie sollte unser Land in Würde repräsentieren und den Bürgerinnen und Bürgern einen Wertekompass aufzeigen, mit dem sich unser Land identifizieren kann.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Walter Scheel (92) war Bundespräsident von 1974 bis 1979. Als Außenminister und Vizekanzler der sozialliberalen Koalition war er zuvor maßgeblich an der neuen Ostpolitik beteiligt.

Er gehörte von 1953 bis 1974 dem Deutschen Bundestag an, dessen Vizepräsident er von 1967 bis 1969 war. Scheel ist Ehrenvorsitzender der FDP.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Technik-Philosoph: Martin Delius

Ich werde wohl einen Anzug tragen.“ Mehr steht noch nicht fest für Martin Delius, der als einer von zwei Wahlleuten der Piratenpartei am Sonntag Deutschlands neuen Bundespräsidenten wählen wird. Eine ganze Reihe von Namen sei bisher in der Piratenfraktion „herumgeflogen“, Hans-Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der Karabettist Georg Schramm, Ex-DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer; schließlich der Mathematiker und Philosoph Gunter Dueck. Alle hätten bisher abgesagt. Einen eigenen Kandidaten vorzustellen, sei für die Piraten eine symbolische Geste: „Wir werfen Namen in den Raum, um zu zeigen: Es gibt Alternativen zu den vorgestellten Kandidaten.“

Den designierten Wahlsieger Joachim Gauck hält Delius für „respektabel“. Doch Gaucks Sicht auf das den Piraten so wichtige Internet sei altmodisch. „Nicht piratenkonform“, erklärt er. Gemein mit Gauck ist Delius seine alte Heimat DDR. Martin Delius wurde in Halle an der Saale geboren, im April 1984. Einen Tag vor Eröffnung des neuen Friedrichstadtpalastes in Berlin. Die Mauer sollte noch mehr als fünf Jahren stehen. Immer wieder wurde Delius' Familie von der Stasi drangsalier, wie er sich erinnert: „Mein Vater war Lutheraner, gehörte zur DDR-Friedensbewegung. Was das in der DDR bedeutet hat, weiß man ja.“ Mehr möchte er darüber nicht sagen; die Schrecken der Vergangenheit will er ruhen lassen.

Heute ist Martin Delius Parlamentarischer Geschäftsführer der Piraten-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Mit 27 Jahren ei-

ner der jüngsten im Landesparlament der Hauptstadt. Seine politische Sozialisation begann früh: 13 sei er gewesen, als die „Jungen Nationaldemokraten“ an seiner Schule versucht hätten, ihn zu werben. Gezielt seien die auf intelligente junge Menschen zugegangen, „um sie zu Rädelführern zu machen.“ Da habe er sich Gegenbewegungen angeschlossen, gegen Neonazi-Aufmä-



sche auf der Kriegsgräberstätte im brandenburgischen Halbe demonstriert. Es folgte ein Physikstudium an der Technischen Universität Berlin. Delius wurde Sprecher des „Breiten Linken Bündnisses“. „Links“ kann für den sozialen Gedanken stehen, für einen breiten Konsens“, sagt Delius. Wie ein Mann des Konsenses sieht der Pirat auf den ersten Blick nicht aus: Lange Haare, Zehn-Tage-Bart, verwaschenes T-Shirt, bleiche Haut. Träfe man ihn in der U-Bahn, würde man ihn für einen Programmierer halten. Das passt, denn die Informatik spielt in Delius' Leben eine große Rolle: Für

seine Fraktion entwickelte er die Software „LiquidFeedback“. Sie soll inhaltliche virtuelle Diskussionen mit der Basis ermöglichen. In der Politik, da zeigt sich der Berliner überzeugt, hilft ihm sein Physikstudium. „Logisch denken, Entscheidungen simulieren: Ich kann genau aufzeigen, was passiert, wenn man an dieser oder jener Stellschraube dreht.“ Gern stellt er philosophische Überlegungen an, zum Beispiel über die Rolle des Staates in der modernen Gesellschaft: „Der Staat ist dafür da, Prozesse zu ermöglichen, nicht, sie zu steuern.“ Der Staat solle ein „Provider“ sein, also ähnlich wie ein Internet-Anbieter. „Ein ‚Provider‘ von Strukturen und Ressourcen, von Möglichkeiten.“ Daher fordert Delius ein „bedingungsloses Grundeinkommen“: Es soll dem Bürger ermöglichen, sein Leben selbst zu planen.

Das Drehen an Stellschrauben gestaltet sich laut Delius nicht immer einfach. Überhaupt zeigt sich der junge Abgeordnete „schockiert, wie wenig echte Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Parlaments kommen, wie wenig echter Diskurs stattfindet“. Politikverdrossen ist der junge Freiberufler trotzdem nicht. Gern würde er sogar eines Tages eine Piratenfraktion im Bundestag aufbauen: „Ich könnte das gut“, ist er überzeugt, schließlich könne er gut strukturieren und organisieren. Und er fühlt sich in seiner Rolle als Politiker wohl. Was sich Martin Delius von der Bundespräsidentenwahl erwartet? „Keine Überraschungen, leider.“ Wird er eine Krawatte tragen? „Ich denke nicht.“ Doch dann denkt Delius noch kurz nach: „Kann man da ohne Krawatte auf-laufen? Ich war da ja noch nie.“

Markus L. Blömeke

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefon (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Monika Pilath (mpi)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
09. März 2012

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantwortl.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefon (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefon (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [kortmann@fs-medien.de](mailto:kortmann@fs-medien.de)

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefon (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: [parlament@rheinmainmedia.de](mailto:parlament@rheinmainmedia.de)

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Nach dem Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff werden an seinen Nachfolger neue Verhaltens-Maßstäbe angelegt.

# Der Präsident, den wir gerne hätten

**ESSAY** Überlegungen zum höchsten Staatsamt in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Abgang von Christian Wulff

S tolze 29 Jahre lang hat Gerd Depenbrock, der Leiter des WDR-Studios in der Hauptstadt, über das politische Geschehen in der Bundesrepublik berichtet, erst aus Bonn, dann aus Berlin. Als er jetzt in den Ruhestand verabschiedet wurde, erinnerte die Intendantin des Westdeutschen Rundfunks, Monika Piel, daran, dass Depenbrock in dieser langen Zeit drei Bundeskanzler und sechs Bundespräsidenten habe kommen und gehen sehen. Da war unter den vielen hundertjournalistischen und politischen Zuhörern für einen Moment im allgemeinen Schmunzeln auch Erstaunen spürbar. Drei Kanzler, aber sechs Präsidenten? Gilt doch gemeinhin, ohne dass sich jemand über die Stichhaltigkeit dieser Annahme Gedanken macht, der Bundespräsident als das Element der Kontinuität und verlässlicher Beständigkeit im hektischen Hauptstadttrieb. Immerhin ist er ja das Staatsoberhaupt, obwohl das Grundgesetz ihn an keiner Stelle als solches benennt. Das gefühlte, nicht das tatsächliche Gewicht dieses Begriffes „Staatsoberhaupt“ hat einen Ewigkeitswert und eine Bedeutung wie die Nationalhymne oder die Fahne schwarz-rot-gold, ist also der Tagesdiskussion entobten.

**Kanzler prägen Perioden** Das mag alles so sein. In der Realität sind es aber offenbar nicht die Präsidenten, sondern die Kanzler, die mit ihren langen Amtszeiten ganze Perioden prägen. Das liegt nicht nur daran, dass sie, im Gegensatz zum Staatsoberhaupt, dem die Verfassung nur eine einmalige Wiederwahl zugesteht, immer wieder antreten und gewählt werden dürfen. Das hängt mit dem Alter zusammen, in dem man Kanzler oder Kanzlerin wird. Es ist, nehmen wir Adenauer einmal aus, eher die Lebensmitte. Aber was die Regierungschefs aus ihren Amtszeiten machten, hängt eben auch mit ihrem Naturell zusammen, und wie sie mit dem Amt, mit seinem Gewicht, umgingen. Sich Kurt-Georg Kiesinger als Tatmenschen vorzustellen, fällt schwer. Helmut Schmidt besinnlich im Sessel sitzend, das will auch kein Bild ergeben. Der war der erste „Macher“ im Amt, obwohl auf Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die beiden Langzeitkanzler, das Wort genauso zuträfe. Von letzterem sagte die so genannte, späte „Generation Golf2 leicht fassungslos, der sei bei ihrer Einschulung schon Chef gewesen und am Ende der Regelstundenzahl immer noch. Ob wir einmal von einer Ära Schröder sprechen, oder den Namen Merkel mit dem Begriff verbinden, mag die nächste Generation entscheiden.

**Brutale Frage** Aber wir hatten, das geriet angesichts der letzten Turbulenzen um Bellevue eben in Vergessenheit, sehr wohl Präsidenten, die ihrer Zeit einen prägenden Stempel gaben. Natürlich sprechen wir völlig unstrittig von einer Ära Heuss. Es gab auch eine Ära Heinemann, obwohl der erste Sozialdemokrat im höchsten Staatsamt aus eigenen Stücken nach einer Amtszeit ausschied. Es gab eine Ära von Weizsäcker, aber dann wird es

schon schwierig, ohne dass man den Nachfolgern Unrecht tun möchte. Roman Herzog und Johannes Rau waren jeweils nur fünf Jahre Hausherr in Schloss Bellevue, Horst Köhler beendete die zweite Periode aus eigenem Entschluss Knall auf Fall, und Christian Wulff schließlich schied aus, bevor er Kontur gewinnen konnte, wobei über ihn weder die Medien noch die Öffentlichkeit, der politische Gegner oder gar ein Internet-Shitstorm urteilen werden, sondern die Staatsanwaltschaft und vielleicht ein Gericht. Noch bei keinem Bundespräsidenten vor ihm aber hat sich so schnell und so brutal die Frage gestellt, welche Art von Mensch sich die Deutschen eigentlich an der Spitze des Staates wünschen, weil in der ganzen menschlichen Unzulänglichkeit – und die darf man ungeachtet der offenen juristischen Fragen konstatieren – doch schlagartig deutlich wurde, was wir von unserem obersten Repräsentanten erhoffen und was wir bei ihm auf keinen Fall sehen wollen.

**Rolle der Medien** Sicherlich hat die moderne Medienwelt, hat das Internet, haben die Indiskretion und der bröckelnde Respekt vor Königsthronen mit dazu beigetragen, dass sich die gekrönten und die ungekrönten Großkopfen nicht mehr so sicher, so unverletzlich fühlen dürfen. Das war lange anders, wobei fein zwischen dem Privaten und dem Dienstlichen unterschieden wurde, und die Sitten von Land zu Land auch noch einmal

verschieden sind. In Präsidialdemokratien wie den USA oder Frankreich erfuhr die Öffentlichkeit von den Amouren eines Präsidenten Kennedy nichts, weil die Medien davon nicht wussten, und darüber schwiegen. Die Rechtsbrüche eines Richard Nixon aber kosteten ihn ein Jahrzehnt später das Amt, sein Sexualleben hingegen interessierte nicht. Unsere Nachbarn im Westen hatten wohl nie einen Zweifel daran, dass Präsidenten wie Valérie Giscard d'Estaing, Francois Mitterand und Jacques Chirac keine Kinder von Traurigkeit waren und ganz genau wussten, wo ihre Vorteile zu finden waren. Und die Deutschen? Ihnen ging es mit ihren Präsidenten wohl meistens so wie Kindern mit den Eltern – dass sich bei denen etwas im Schlafzimmer abspielt, konnte und wollte man sich vor allem nicht vorstellen. Die einzige Ausnahme war Walter Scheel, dessen leider so tragisch verstorbene Frau Mildred der Inbegriff der modernen, dynamischen Partnerin war und die beide zusammen als ein voll im Leben stehendes Paar wahr genommen wurden.

**Moderne Deutschland** Und dann kam dieser Wulff. Er selber der Schwiegersonntyp par excellence, eine attraktive Frau, fröhliches Kinderlachen, eine Patchworkfamilie im Schloss Bellevue. Da fiel so ziemlich alles aus dem Rahmen des gewohnten Präsidientypus, da grüßte das moderne Deutschland. Hatte der Mann nicht Probleme wie Millionen andere Menschen in diesem Staat? War er nicht einer von uns? Was ihn auf den

ersten Blick so sympathisch machte, war auf den zweiten genau das Problem. Der Mann schien unsere Fehler zu haben, er ließ fünf gerade sein, hatte offenbar zu viel von der „Ich bin doch nicht blöd“- und „Geizist-geil“-Werbung inhaliert, mochte an so man-

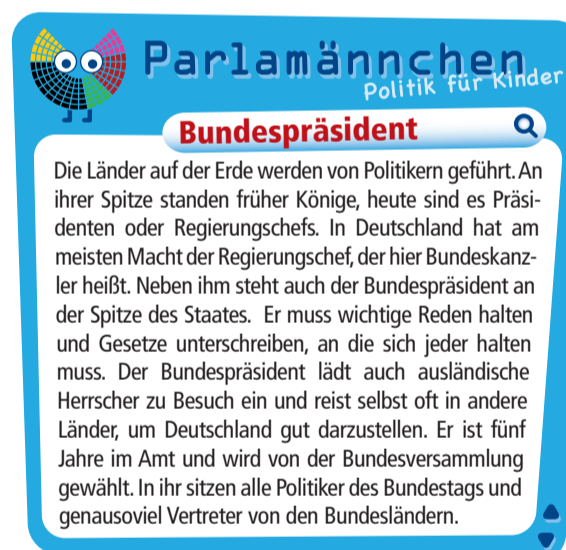
deutsch versteht. Ach ja: Und er sollte ein Herz für Minderheiten haben, gerade, weil er keine Angst haben muss, irgendwelche Mehrheiten dadurch zu verlieren.

**Gegenpol zur Regierung** Unser neuer Präsident oder unsere neue Präsidentin sollte natürlich Autorität haben – bitte nicht so extrovertiert, kein Bundesclown, keine Stimmungskanone, keiner, der mit seinen Reden ganze Säle zum Toben bringt. Wir brauchen im Bellevue keinen Volkstribun, ganz im Gegenteil. Unser Staatsoberhaupt soll sich nicht anmaßen, was ihm laut Verfassung nicht zusteht – er soll nicht der bessere Kanzler sein. Aber einen Gegenpol zur Regierungspolitik wünscht man sich dann schon gelegentlich, das hat zum Beispiel bei Richard von Weizsäcker und Johannes Rau durchaus zum Nutzen der politischen Kultur ganz gut geklappt. Unser Präsident darf im Olympiastadion sitzen und sich über einen Sieg der Fußballnationalmannschaft begeistert freuen – und dabei das Staatsoberhaupt der unterlegenen Mannschaft umarmen. Er darf auch mal die Contenance ein bisschen verlieren. Beim Sommerfest im Garten von Schloss Bellevue darf er ein Gläschen Wein

zu viel trinken, wenn seine Frau oder seine Lebensgefährtin anschließend aufpasst, dass er nicht noch Auto fährt. Überhaupt brauchen wir keinen Heiligen im Schloss. Es sollte wieder als besondere Ehre empfunden werden, wenn der Präsident zu einer Veranstaltung kommt oder gar bei ihr redet. Und eine Einladung ins Schloss Bellevue darf gerne wieder von jedem, dem sie zuteil wird, als eine ganz besondere Auszeichnung empfunden werden.

Früher war das Amt des Bundespräsidenten der krönende Abschluss einer langen Politikerkarriere. Nicht erst mit dem kläglichen Abschied von Christian Wulff, sondern bereits mit dessen Nominierung für das höchste Staatsamt wurde unübersehbar, dass Hausherr im Bellevue zu sein zum Lebensabschnittsjob geworden ist, nach dessen mehr oder minder erfolgreicher Absolvierung der Amtsinhaber sich neue Aufgaben suchen muss. Dass es nach Bundespräsident kein normales Berufsleben mehr geben kann, das ist vorbei. Wollen wir das so? Ob Angela Merkel das alles bedacht hat, als sie sich für Wulff entschied – sie, die doch in dem Ruf steht, alles immer vom möglichen Ende her zu betrachten? **Gerd Appenzeller**

Der Autor ist Herausgeber der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“



chem Schnäppchen nicht vorbegehen. So sehr sich die Bürger aber wohl wünschen, ihr Präsident möge nicht abgehoben, sondern volksnah sein (das liebten die Deutschen an Johannes Rau und an Horst Köhler), so sehr erwarten sie aber doch, dass die Nummer eins im Staate sich nicht auf alle kleinen Versuchungen einlässt.

**Die Kraft des Wortes** Und da man aus schlechten Erfahrungen eher lernt als aus guten – was wirklich schade ist –, machen sich viele Menschen jetzt Gedanken, wie unser Staatsoberhaupt eigentlich sein soll. Dieses Land leistet sich einen Präsidenten, den es für die Funktionsfähigkeit des Staates nicht braucht, zu dem es aber gerade deshalb aufschauen möchte. Die Würde des Präsidenten sollte unantastbar sein – auch durch ihn selbst. Seine einzige Macht ist die Kraft des Wortes, ohne dass er deswegen ein guter Redner sein muss. Wir erhoffen von ihm Ausstrahlung. Sie kann väterlich sein wie bei Heuss. Moralisch fordernd wie bei Heinemann. Hoheitsvoll und dennoch volksnah wie bei Carstens. Wahrhaft präsidial wie bei Weizsäcker. Fröhlich wie bei Scheel. Schalkhaft und anekdotisch wie bei Rau. Ein bisschen tadelnd und schlechtes Gewissen weckend wie bei Herzog. Aber die Frau, oder der Mann, der es ja wohl wieder werden wird, sollte jene Werte vorleben, von denen wir uns wünschen, dass sie dieses Land auszeichnen. Er sollte ein guter Nachbar sein, er sollte Missstände hier und überall da, wo wir sie auf der Welt ändern könnten, beim Namen nennen. Sie/Er soll nicht engstirnig, sondern tolerant sein. Deutschland ist ein sehr freies und ziemlich offenes Land, für Zuwanderer aus aller Welt, für andere Religionen, und es ist nicht nur ein großes, sondern auch ein großzügiges Land. Der Präsident sollte all das fördern und einfordern. Es wäre schön, wenn unser Präsident nicht nur deutsch spräche. Er darf gerne auch ein bisschen russisch oder englisch oder französisch oder spanisch verstehen, denn, pardon, liebe Politik, Europa spricht eben nicht deutsch, auch wenn es

## Logistische Meisterleistung

**BUNDEVERSAMMLUNG** Die Organisation läuft auf Touren

Die Organisation einer Bundesversammlung ist schon unter normalen Bedingungen kein leichtes Unterfangen: Ein Jahr vorher beginnen meist in der Bundestagsverwaltung die Vorbereitungen. Doch nun stehen die Mitarbeiter vor der Aufgabe, die Bundespräsidentenwahl innerhalb eines knappen Monats auf die Beine zu stellen. Kein Wunder, dass sich unmittelbar nach der Pressekonferenz, in der Christian Wulff seinen Rücktritt erklärt hatte, das Räderwerk der Bundestagsverwaltung in Gang setzte. Nur wenig später saßen rund 90 Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung in der Koordinierungsrunde zusammen, um einen 75 Punkte umfassenden Ablaufplan zu besprechen. Normalerweise werden die Aufgaben nacheinander Punkt für Punkt erledigt und abgehakt. „Jetzt muss alles gleichzeitig passieren“, sagt Thomas Pflüger, Leiter des Referats „Zentrale Assistenzdienste“.

**Bestuhlung aufgestockt** Stehen alle Delegierten fest, beginnt die „heiße Phase“ der Vorbereitung: Die Mitglieder der Bundesversammlung müssen offiziell eingeladen werden. Im Bundestags-Tagungsbüro werden tausende Blatt Papier gefaltet, eingetütet und mit Infobroschüren abgeschickt. Die Tagungsbüro-Mitarbeiter kümmern sich auch um den Druck von Wahlausweisen und Stimmkarten, sorgen dafür, dass Räume für die Fraktionen bereitgestellt werden und stattdessen das Reichstagsgebäude mit Wegweisern aus. Darüber hinaus müssen Kontingente in Hotels gebucht, Busse organisiert und die Auszahlung von Reisekosten vorbereitet wer-

den. Zwei Dutzend Referate sind an der Vorbereitung beteiligt. So betreut das Protokoll Ehren Gäste und das Diplomatische Corps, die Bundestagspolizei plant die Verkehrslenkung und entwickelt ein Sicherheitskonzept für den Einlass tausender Personen in den Reichstag. Wichtig ist auch die Vorbereitung des Plenarsaals. Normalerweise finden hier 620 Abgeordnete Platz. Am Tag der Bundespräsidentenwahl müssen aber 1240 Delegierte einen Stuhl erhalten, außerdem noch 88 Ersatzdelegierte. Die Bestuhlung wird deshalb auf über 1.300 Plätze aufgestockt. Die im Boden verankerten Plenarsaalsitze müssen bis auf die erste Reihe ausgebaut und durch andere Stühle ersetzt werden. „Vier Tage dauert es, die Stühle auszubauen“, sagt Referatsleiter Pflüger. „Und noch mal vier, um es wieder rückgängig zu machen.“

**„Alles erlebt“** Auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, schafft die Verwaltung nur durch kluge Planung: So hält sie für jeden Delegierten einen zweiten Satz Wahlausweise bereit. „Im Hotel vergessen, auf dem Weg ins Reichstagsgebäude verloren – wir haben alles schon erlebt“, sagt Tillich. In Atem hielt die Verwaltung zuletzt besonders die Frage, ob die Wahlkabinen rechtzeitig aus der Reparatur zurück sein würden. „Als wir die Firma nach der letzten Bundesversammlung beauftragten, dachten wir, wir hätten Zeit“, so Pflüger. Dass die Kabinen so schnell wieder gebraucht würden, hatte er nicht erwartet. Doch Pflüger kann aufatmen: Die Kabinen werden rechtzeitig fertig. **Sandra Schmid**



Abschied: Ex-Bundespräsident Christian Wulff beim Großen Zapfenstreich



**KURZ NOTIERT**

**Mitglieder des Ethikrates benannt**

Einstimmig hat der Bundestag am Donnerstag die gemeinsamen Wahlvorschläge der fünf Bundestagsfraktionen (17/8881) für die vom Parlament zu benennenden Mitglieder des Deutschen Ethikrats angenommen. Benannt wurden danach für die CDU/CSU-Fraktion Constanze Angerer und Weihbischof Anton Losinger sowie die Professoren Peter Dabrock, Wolfram Höfling und Elisabeth Steinhagen-Thiessen und für die SPD-Fraktion Wolf-Michael Catenhusen und Michael Wunder sowie die Professorin Claudia Wiesemann. Die FDP-Fraktion hatte Herbert Mertin und Professor Edzard Schmidt-Jortzig benannt, die Linksfraktion Christiane Fischer sowie Professor Frank Emmrich und die Grünen-Fraktion Ulrike Riedel. **sto** ||

**SPD will »Vorgänge« an Olympiastützpunkt aufklären**

Die SPD-Fraktion fordert umfassende Aufklärung zu »Vorgängen am Olympiastützpunkt Thüringen«. In einem Antrag (17/8896), der am vergangenen Donnerstag an den Sportausschuss überwiesen wurde, verweisen die Sozialdemokraten auf Medienberichte, wonach die Nationale Anti-Doping Agentur (NADA) gegen rund Sportler am Olympiastützpunkt Thüringen wegen Dopingverdachts ermittelte, und die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen einen Mediziner eingeleitet habe. Die SPD-Fraktion verlangt insbesondere darüber Informationen, »ob direkt oder indirekt Steuergelder zur Unterstützung von Doping eingesetzt wurden beziehungsweise werden«. Zugleich setzen sich die Abgeordneten dafür ein, Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte vor den Olympischen Spielen in London auf Blutmanipulation zu überprüfen. **mpi** ||

**Linke stellt sich vor Schlecker-Verkäuferinnen**

Die Linksfraktion dringt auf eine Unterstützung der mehrheitlich weiblichen Beschäftigten der Drogeriekette Schlecker. In einem Antrag (17/8880), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand, verweist die Fraktion darauf, dass die Drogeriekette im Januar 2012 die Einleitung eines Plan-Insolvenzverfahrens beantragt habe, das Ende März eröffnet werde. Betroffen seien mehr als 30.000 Beschäftigte. Von der Bundesregierung fordern die Abgeordneten unter anderem, »im Bedarfsfall öffentliche Bürgschaften oder staatliche Kredite für Schlecker unter der Bedingung zur Verfügung stellen, dass Arbeitsplätze und bestehende Tarifbindungen erhalten bleiben«. **sto** ||

**Musterverfahrensgesetz für Kapitalanleger soll bleiben**

Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) soll beibehalten werden. Das ist Ziel eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung (17/8799). Ende Oktober würde das Gesetz sonst außer Kraft treten. Eine Evaluation habe ergeben, dass das Musterverfahrensverfahren »ein taugliches Instrument« zur Bewältigung von Massenklagen im Bereich des Kapitalmarktes ist. Das Gesetz stelle insgesamt »ein funktionsfähiges Modell der kollektiven Rechtsdurchsetzung« dar und sei somit eine Verbesserung gegenüber dem früheren Rechtszustand. Das KapMuG ist laut Regierung »ein erster Schritt in die richtige Richtung«, um die Situation geschädigter Anleger zu verbessern und ihrer Rechtsschutzmöglichkeiten effektiver zu gestalten. **bob** ||

**Eurojust-Gesetz steht Reform bevor**

Das Eurojust-Gesetz (Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit) soll geändert werden. Die Bundesregierung legte dazu einen Gesetzentwurf (17/8728) vor. Neu sind insbesondere die Einführung eines sogenannten Koordinierungs-Dauerdienstes bei Eurojust und ausführliche Regelungen über die Befugnisse nationaler Mitglieder. Zudem soll das Gesetz künftig die Arbeit der nationalen Justizbehörden Europas bei der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität koordinieren und den Informationsaustausch zwischen den Justiz- und Polizeibehörden fördern. **bob** ||

**Mehr Hilfe für Europas Strafverfolger**

Der Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Staaten soll vereinfacht werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/5096) vor, den der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen der Koalition in der Ausschussfassung (17/8870) verabschiedete. Damit soll ein Rahmenbeschluss des EU-Minister Rates umgesetzt werden. **sto** ||



Wider den braunen Sumpf: Barbara John (oben l.) und Sebastian Edathy (oben r.), Neonazi-Gegner bei Demonstration in Münster (unten)

# Die Sicht der Neonazi-Opfer

**RECHTSEXTREMISMUS** Die Beauftragte für die Angehörigen der Ermordeten wirbt im Untersuchungsausschuss für Gedenkort

Aus Worten und Mimik Sebastian Edathys (SPD) sprach ungläubiges Staunen. Mehrfach insistierte der Vorsitzende des Bundestags-Untersuchungsausschusses, der die Hintergründe der dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) angelasteten Mordserie an neun türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin aufklären soll, am vergangenen Donnerstag gegenüber Barbara John, für ihre schwierige Aufgabe sei sie doch unzureichend ausgerüstet: Es fehle an Geld und Personal; um Hilfen für Angehörige der Getöteten wie Sozialleistungen oder Stipendien müssten sich doch eigentlich Ministerien kümmern. Doch die Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der Opfer wollte partout nicht in Jammern verfallen: Sie gehöre nicht zu denen, die als erstes einen gut ausgestatteten Stab verlangten: »Ich verabscheue diese Haltung«. Die bislang im Alleingang tätige CDU-Politikerin, die nur eine 400-Euro-Stelle vom Bundesjustizministerium zugesagt bekam, zeigte sich sogar froh, »dass ich keine Behörde bin«. Als ehemalige Berliner Ausländerbeauftragte wisse sie, was bürokratisch passiere, wenn man etwas »in die Linie gibt«. Lieber wolle sie persönlich Probleme »schnell klären«. So habe sie erreicht, dass ein Jobcenter die 10.000-Euro-Operhilfe der Regierung an Hinterbliebene nicht mit Sozialleistungen verrechne. Um Missverständnisse zu vermeiden, sagte John dann doch noch, dass sie »jede Hilfe gebrauchen kann«.

**Probleme für Familien** Der Untersuchungsausschuss wollte zum Auftakt seiner Arbeit mit der Anhörung Johns und zweier Sprecherinnen von Opferberatungsvereinigungen die Perspektive der Leidtragenden zur Sprache bringen, wie Edathy betonte. Eindringlich schilderte nun die 74-jährige Regierungsbeauftragte die Mühen, die Familien der Opfer bei Alltagsschwierigkeiten zu unterstützen.

John klagte behördlichen Starrsinn an. Kinder von getöteten Vätern seien wegen dieser Taten »aus dem Studium gerissen worden« und erhielten im Falle einer Wiederaufnahme dieser Ausbildung keine Stipendien. Ungeklärt sei, wer die Anwaltskosten der Betroffenen trage. Am schlimmsten findet John indes, dass die Angehörigen jahrelang »an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden« – wegen falscher Verdächtigungen der Polizei, die Täter im persönlichen Umfeld der Opfer oder im Auslandermilieu gesucht hatte. Infolge solcher Mutmaßungen sei das familiäre Umfeld oft zerrüttet worden, berichtete die Ombudsfrau, gegenseitige Verdächtigungen seien entstanden. Sie plädierte zugleich für »Gedenkort, damit diese Verbrechen im kollektiven Gedächtnis bleiben«, und forderte eine unabhängige Ombudsstelle für Beschwerden über Fehlverhalten der Polizei. Deren Ausbildung müsse stärker berücksichtigen, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei. Für die Hinterbliebenen sei es zudem wichtig, über die laufenden Ermittlungen zur NSU informiert zu werden.

**Beauftragter ernannt** Kritik und Vorschläge Johns stießen im Ausschuss durchaus auf Resonanz. Unions-Obmann Clemens Binninger (CDU) unterstützte das Verlangen nach Erinnerungstafeln an den Tatorten. Für die erschossene Polizistin existiert so etwas bereits in Heilbronn. Binningers SPD-Kollegin Eva Högl nannte es »sehr wichtig, solche Gedenkort zu schaffen«. FDP-Obmann Hartfried Wolff berichtete von der Absicht des Arbeitsministeriums, klarzustellen, dass die Opferhilfe nicht auf Hartz-IV-Zahlungen angerechnet werde.

Aus Sicht des Ausschusses ist man eine Aufklärung der Mordserie auch den Angehörigen der Opfer schuldig. Diese Recherchen gestalten sich freilich kompliziert. Hilfe bei der Aufarbeitung tausender Aktenberge erhoffen sich die Abgeordneten nun von einem speziellen Ermittlungsbeauftragten; ernannt wurde für diese Arbeit der Strafrechtsprofessor Bernd von Heintschel-Heinegg.

Bislang aber sind kaum Unterlagen eingegangen. Der Ausschuss und die von der Regierung berufene Bund-Länder-Kommission (BLK) nutzten deshalb ein Treffen nicht nur, um eine enge Kooperation zu vereinbaren, sondern auch, um von den Ländern eine lückenlose Aktenherausgabe zu fordern. Wolff monierte mit Blick auf die Länder: »Es holpert bei dieser Zusammenarbeit noch erheblich.« Die Linke-Obfrau Petra Pau erwartet indes von der Innenministerkonferenz am 22. März Signale für eine umfassende Kooperation. Notfalls werde man »sich aber vor Gericht sehen«, warnte sie. Seitens der BLK insistierte Berlins früherer Innensenator Ehrhart Körtling (SPD): »Nun muss ein bisschen Butter bei die Fische kommen.«

**Debatte über Demos** Mit dem Kampf gegen den Rechtsextremismus befasste sich der Bundestag am Donnerstag auch in einer aktuellen Stunde zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Gegendemonstranten bei einem Neonazi-Aufmarsch jüngst in Münster. Ingrid Remmers (Die Linke) kritisierte, sie sei von einer Polizistin »tätlich angegriffen und festgenommen« worden. Dieser Vorfall konnte nicht geklärt werden, stattdessen stritt man über ein adäquates Vorgehen bei rechtsextremen Demonstrationen. Der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer begrüßte es, wenn Bürger gegen solche Kräfte auf die Straße gingen. Das müsse aber friedlich geschehen. In Münster hätten verummumte linke Gegendemonstranten Polizisten mit Steinen und Flaschen beworfen. Maier betonte, die im Grundgesetz garantierte Versammlungsfreiheit sei »politisch neutral«, weshalb die Polizei Aufmärsche »von Linken wie Rechten schützen muss«. Remmers sagte, auch für Rechtsextreme gelte die Versammlungsfreiheit, doch müsse die Polizei »einer Neonazi-Demo nicht immer den Weg freiprägen«. Monika Lazar (Grüne) mahnte, die Polizei dürfe nicht »unverhältnismäßig reagieren«, wenn sie das Demonstrationsrecht gewährleiste. Daniela Kolbe (SPD) rief dazu auf, Rechtsextremisten »keine Räume zu lassen«. **Karl-Otto Sattler** ||

**AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN**

## Weiter Streit um MdB-Beobachtung

**BUNDESTAG** Auf klare Ablehnung bei der schwarz-gelben Koalition stößt ein Grünen-Vorstoß für eine Verfahrensregelung zur Beobachtung von Abgeordneten durch Nachrichtendienste. In einem Antrag (17/8797), der am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde, schreibt die Grünen-Fraktion, dass der verfassungsrechtliche Status von Bundestagsabgeordneten gebiete, dass diese »im Grundsatz vor geheimdienstlicher Informationssammlung und Überwachung geschützt sein müssen«. Nur in ganz besonderen Fällen könnten Ausnahmen davon zugelassen werden. Dies erfordere zuvor eine konstitutive Zustimmung des Bundestages. Der Grünen-Parlamentarier Volker Beck gab zu Protokoll, als genehmigendes Gremium kämen das Parlamentspräsidium oder die Obleute des Immunitätsausschusses infrage. Der CDU-Abgeordnete Bernhard Kaster hielt dem entgegen, dass zahlreiche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen in der Partei Die Linke vorlägen. Diese werde seit langem

vom Verfassungsschutz beobachtet. Es sei bekannt, dass zu den Beobachteten auch Linke-Abgeordnete gehören. Zudem sei es juristisch eindeutig geklärt, dass eine »offene Beobachtung« von Abgeordneten rechtmäßig sei. Der FDP-Parlamentarier Hartfried Wolff wandte sich gegen »die Behauptung der Grünen, mit der Freiheit des Abgeordnetenmandats verträglich sei im Grundsatz eine geheimdienstliche Beobachtung nicht«. Die SPD-Abgeordnete Sonja Steffen unterstrich, es mache einen Unterschied, »ob nur eine Beobachtung anhand öffentlich zugänglicher Quellen oder eine Überwachung mit geheimdienstlichen Mitteln« stattfindet. Für die Linksfraktion nannte ihre Abgeordnete Dagmar Enkelmann ein »ungeheuerlichen Vorgang, dass mindestens 27 Mitglieder ihrer Fraktion überwacht würden. Enkelmann fügte hinzu, Die Linke sei für die Abschaffung von Geheimdiensten und »grundsätzlich gegen die Überwachung von Abgeordneten, mit welchen Mitteln auch immer«. **sto** ||

## Sicherheitskooperation gebilligt

**ABKOMMEN** Mit den Stimmen der Koalition hat der Bundestag am Donnerstag Vertragsgesetzen zu Abkommen mit Kuwait (17/7601), Katar (17/7602), Kroatien (17/7603), Saudi-Arabien (17/7604), dem Kosovo (17/7605) und der Ukraine (17/7606) zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität zugestimmt. Den Abkommen mit Kroatien und dem Kosovo stimmte auch die SPD zu, die sich ansonsten enthielt. Die Grünen enthielten sich bei der Abstimmung über das Abkommen mit Kroatien, während sie die restlichen Abkommen ablehnten. Die Linksfraktion stimmte gegen alle Abkommen. Der CDU-Abgeordnete Clemens Binninger gab zu Protokoll, die Abkommen würden einen »maßgeblichen Beitrag zu mehr Sicherheit in allen Vertragsstaaten leisten«. Die FDP-Parla-

mentarierin Gisela Piltz verwies darauf, dass man im Innenausschuss eine Entschließung verabschiedet habe, mit der der Bundesregierung aufgegeben worden sei, dafür Sorge zu tragen, dass unter anderem »Daten nicht übermittelt werden, wenn Menschenrechtsverletzungen für die betroffenen Personen drohen«. Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Gunkel machte große Bedenken gegen die Abkommen mit Saudi-Arabien, Katar und Kuwait geltend. Für Die Linke kritisierte ihre Parlamentarierin Ulla Jelpke, in Ländern wie Saudi-Arabien, Kuwait und Katar würden »die Menschenrechte auf Schwerste missachtet«. Der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland bemängelte, die Abkommen seien »von zu unklaren menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Bindungen« gekennzeichnet. **sto** ||

## Vorstöße zur Verwahrung von Tätern

**SICHERUNGSVERWAHRUNG** Die SPD-Fraktion will die Neuregelung der Sicherheitsverwahrung auf schwerste Gewalt- und Sexualtaten beschränken. Über einen entsprechenden SPD-Antrag (17/8760) sowie einen Antrag der Linksfraktion (17/7843) debattierte der Bundestag erstmals am vergangenen Donnerstag. Die Linksfraktion fordert, wie ihre Abgeordnete Halina Wawzyniak betonte, »die Einsetzung einer Expertenkommission« zu der geplanten Neuregelung. Die Sicherheitsverwahrung sei »grundsätzlich verfassungswidrig«. Der SPD-Abgeordnete Burkhard Lischka sah in der Sicherheitsverwahrung das wahrscheinlich »wichtigste rechtspolitische Vorhaben in dieser Legislaturperiode«, weil es »um den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor gefährlichsten Gewalt- und Sexualstraftätern« gehe. Der CDU-Abgeordnete Ansgar Heveling plädierte

dafür, auf Grundlage eines bereits vorhandenen Gesetzentwurfes der Bundesregierung zu beraten, wie die »künftige Sicherheitsverwahrung ausgestaltet sein soll«. Die in dem SPD-Antrag vorgesehene »nachträgliche Therapieunterbringung« stieß bei dem FDP-Abgeordneten Christian Ahrendt und dem Grünen-Parlamentarier Jerzy Montag auf Kritik. Ahrendt forderte, hierbei die Länder in die Pflicht zu nehmen, denn sie »haben eigene Gesetze und eine eigene Zuständigkeit für den Umgang mit psychisch Kranken«. Montag ergänzte, dass der Bundestag bereits »das Recht der Sicherheitsverwahrung zum 1. Januar 2011 grundlegend reformiert« habe »und zwar so, dass es keine nachträgliche Therapieunterbringung vorsieht«. Die Anträge wurden an die Ausschüsse überwiesen. **ver** ||

## Elefantenehe oder Rot-Rot

**SAARLAND** In Umfragen liegen CDU und SPD gleichauf

Der SPD-Star bekam richtig sein Fett weg: »Ich werde mein Licht nicht unter den Scheffel stellen, bloß damit die Funzel von Heiko Maas etwas heller leuchtet«, giftete Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) jüngst. Und: »Der Ton wird noch härter werden«, drohte die saarländische Ministerpräsidentin. SPD-Landeschef Maas konterte, die CDU habe bei der Leiharbeit »gepennt« und »Versorgungsgorgen« inszeniert.

**Stellenabbau angestrebt** Doch das Wahlkampfgedöns täuscht: Kramp-Karrenbauer und Maas versprechen sich für die Zeit nach der Landtagswahl am 25. März die politische Ehe. Man wolle »klare Verhältnisse«, betonte die CDU-Frau, und die seien »am besten mit CDU und SPD möglich«. Es gehe darum, »die Probleme des Landes gemeinsam zu lösen«, assistierte der SPD-Mann. Gerechtfertigt wird die angestrebte Elefantenehe mit der Schuldenbremse. Im

Etat müssen bis 2020 jedes Jahr 70 Millionen Euro zusätzlich eingespart werden. Die CDU will 2.400 der 24.000 Jobs im Landesdienst streichen, auch für die SPD ist ein Stellenabbau »unvermeidlich«.

**Sympathien für Rot-Rot** Die Matadore ringen jetzt darum, wer Nummer eins wird. Umfragen sehen Union und SPD gleichauf mit etwa 36 Prozent. Der Linke-Spitzenkandidat Oskar Lafontaine, dessen Partei bei 15 Prozent verortet wird, trommelt freilich für Rot-Rot. Maas schließt dies zwar aus, doch an der SPD-Basis hat dieses Bündnis viele Sympathien. »Unsere Schuldenbremse heißt Vermögenssteuer« – so wirbt Lafontaine dafür, die Reduzierung der Neuwertschuldung vor allem über höhere Abgaben für Reiche anzuvisieren. Landet Maas hinter der CDU, könnte dies die SPD in eine Zerreißprobe stürzen: Nummer eins mit Rot-Rot oder Nummer zwei in der Großen Koalition?

FDP und Grüne scheinen derweil unterzugehen. Demoskopen sehen die Liberalen, deren Personal-Harakiri das Ende der schwarz-gelb-grünen Koalition provoziert hatte, bei zwei Prozent. Auch die Grünen drohen mit vier Prozent zu scheitern. Indes könnten es die Piraten schaffen, Umfragen geben ihnen fünf Prozent. Das Programm wirkt ziemlich diffus. Die 22jährige Spitzenfrau Jasmin Maurer stuft ihre Partei in der Mitte ein und propagiert »Transparenz, Basisdemokratie und mehr Mitbestimmung«. **kos** ||



Künftig ein Duo? Kramp-Karrenbauer (rechts) und Maas



In stationären Hospizen werden unheilbar kranke Patienten am Ende ihres Lebens palliativ versorgt und auch die Angehörigen liebevoll begleitet.

## Nichtzahler-Tarif in der PKV

**GESUNDHEIT** Die private Krankenversicherung (PKV) dringt auf die Einführung eines eigenen Tarifs für säumige Versicherte. Wie im Rahmen eines Expertengesprächs im Gesundheitsausschuss in der vergangenen Woche deutlich wurde, setzt sich der Verband der PKV für einen sogenannten Nichtzahler-Tarif in Höhe von rund 100 Euro pro Monat ein. Bezahlt würden dann nur noch Behandlungen in Notfällen.

Der PKV-Verband erörterte in der Sitzung, dass es inzwischen 144.000 Nichtzahler gebe – also solche Versicherte, die drei Monate oder länger ihren Beitrag schuldig geblieben seien. Die von Nichtzahlern verursachte Schuldensumme sei auf 550 Millionen Euro angewachsen. Eine Kündigung säumiger Versicherter sei seit Einführung der Versicherungspflicht im Jahr 2009 nicht mehr möglich. Weiter hieß es, bislang landeten Versicherte in der Regel im Basistarif, wenn sie ihre Beiträge auch nach einem Jahr nicht nachgezahlt haben. Aufgrund des hohen Beitragssatzes von rund 600 Euro pro Monat im Basistarif stiegen die Schulden des einzelnen Versicherten dann gegebenenfalls weiter deutlich an, erläuterte der Verband.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) erachtete einen Nichtzahler-Tarif grundsätzlich als sinnvoll. Er wies aber zugleich darauf hin, dass damit das Problem der Beitragsschuld nicht wirklich in den Griff zu bekommen sei. Vielmehr sei zu erwägen, ob Nichtzahlern „nach einer gewissen Wohlverhaltensphase“ eine Entschuldung gewährt werden könne.

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WidO) erläuterte während des Expertengesprächs, dass es das Problem der Nichtzahler auch in der gesetzlichen Krankenversicherung gebe. Im vergangenen Jahr sei hier ein Schaden von rund einer Milliarde Euro aufgelaufen, unterstrich das WidO. Allerdings habe das Solidarsystem im Vergleich zur PKV den Vorteil, Fehlbeträge automatisch auszugleichen.

Der PKV-Verband bestätigte, dass die Beitragszahlungsausfälle nicht auf die anderen Versicherten umgelegt werden dürften. Vielmehr müssten zum Ausgleich Unternehmensmittel herangezogen werden. *mpi*

# Begleitung beim Sterben

**PETITIONEN** Der Bedarf an stationären Hospizen ist derzeit nicht gedeckt. Er wird weiter steigen

Auf eine bundesweite Regelung darf der Petent Mark Castens nicht hoffen. „Wir haben uns in der Frage der Bereitstellung von Hospizplätzen bewusst für eine lokale Regelung entschieden, die von den Ländern gesteuert wird“, machte Ulrike Flach (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium (BMG), vergangene Woche vor dem Petitionsausschuss deutlich. Gerade im Falle von Hospiz- und Palliativstationen sei eine Regelung „vor Ort“ am besten, betonte sie. Gleichzeitig sei es Aufgabe der Bundesregierung, „entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen“. Dies sei mit der Novellierung des Arzneimittelgesetzes 2009 auch geschehen, sagte die Staatssekretärin.

„Dieser respektlose Umgang führte dazu, dass meine Mutter nie zur Ruhe kam“, sagte Petent Castens und stellte klar: „So darf man mit Sterbenden nicht umgehen.“ In seiner Petition fordert er daher eine „bundesweite bedarfsgerechte Versorgung mit Hospizplätzen“. Dem stehen aus seiner Sicht zwei entscheidende Punkte entgegen: Da ist zum einen das derzeitige Finanzierungsmodell der Hospize mit einem 90-prozentigen Anteil der Krankenkassen und einem zehnprozentigen Anteil an Spenden und ehrenamtlicher Tätigkeit. Das, so Castens, führe dazu, dass insbesondere in Gegenden mit einer geringen Bevölkerungsdichte ein wirtschaftliches Betreiben von Hospizen kaum möglich sei. Zum anderen fehlt es nach seiner Ansicht an einer zuverlässigen Bedarfsermittlung. Weder das BMG noch die Verbände hätten konkrete Zahlen, kritisierte der Petent und forderte „ein vernünftiges Konzept, mit dem Flächenlandkreise berücksichtigt werden, die bei der Bedarfsermittlung bisher durchs Raster fallen“.



»So darf man mit Sterbenden nicht umgehen«  
Petent Mark Castens

Das Ministerium sieht jedoch keinen Grund, zu einer trägerunabhängigen Bedarfsplanung überzugehen, sagte Flach. „Wir stellen den Bedarf nicht selbst fest, sondern arbeiten mit den Daten, die uns von den entsprechenden Organisationen zur Verfügung gestellt werden“, antwortete sie auf Nachfragen der Abgeordneten.

Problematische Mehrkosten Doch der Deutsche Hospiz- und Palliativverband (DHPV) hält an der bisherigen Aufteilung der Finanzierung fest, wie DHPV-Geschäftsführer Benno Bolze im Gespräch mit dieser Zeitung deutlich machte. „Wir wollen keine Inselflösung“, sagte Bolze. Ziel sei weiterhin die Einbindung in das Gemeinwesen, „was wir durch die Einwerbung von Spenden und ehrenamtliche Arbeit erreichen“.

Problematisch, fügte Bolze hinzu, sei nicht in erster Linie der Eigenanteil von zehn Prozent, sondern dass dieser häufig bei über 20 Prozent liege. Das sei der Fall, wenn Kosten von den Kassen nicht anerkannt werden. „Diese Mehrkosten sind für die Hospize nicht mehr tragbar“, betonte Bolze. Auf diese Problematik hatte während der Sitzung des Ausschusses auch der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn aufmerksam gemacht. Die Staatssekretärin verwies auf die Gesetzeslage, wonach der Zuschuss der gesetzlichen Krankenversicherung eben bei 90 Prozent liege. „Uns ist nicht bekannt, dass es hier zu Abweichungen kommt“, sagte Flach. Ausnahmen könne es nur geben, wenn es sich um „nichtzuschussfähige Leistungen“ handle, stellte sie klar.

Der Petent Mark Castens zog nach der Sitzung ein ernüchterndes Fazit. Die Politiker würden den demografischen Wandel nicht ausreichend in Betracht ziehen, kritisierte er: „Wenn der Bedarf jetzt schon nicht gedeckt werden kann, wie soll das erst in der

Zukunft gelingen?“ Am Geld könne es eigentlich nicht scheitern, sagte Castens. Schließlich seien Krankenhausplätze, die oftmals die Alternative zu fehlenden Hospizangeboten darstellten, um ein Vielfaches teurer. *Götz Hausding*

Anzeige

## Stadt bauen. Stadt leben. Nationaler Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur

Die Europäische Stadt ist lebendige Geschichte und erlebbare Stadtgestalt, demokratische Einheit und Raum sozialer Integration. Die demographische Entwicklung, der Wandel von Wirtschaftsstrukturen und Klima stellen die Städte, Gemeinden und Regionen vor neue Herausforderungen, auf die sie in den letzten Jahren mit innovativen Projekten und Strategien bereits reagiert haben.

Mit der erneuten Vergabe des Preises 2012 würdigt das BMVBS realisierte Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung in Stadt und Region, die zur Nachahmung, zu neuen Überlegungen und weiterem Handeln anregen. Der Wettbewerb richtet sich an alle Städte und Gemeinden, Gebietskörperschaften, Wirtschaftsunternehmen, Projekt-träger, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände sowie Einzelpersonen.

Es werden Auszeichnungen in vier Kategorien vergeben:

- Gebäude und Stadtraum
- Region und Landschaft
- Gemeinwohl und Zivilgesellschaft
- Energie und Infrastruktur

Ausschreibungsunterlagen und weitere Informationen:

[www.stadtbauenstadtleben.de](http://www.stadtbauenstadtleben.de)

Abgabetermin für die Bewerbungsunterlagen:

25. Mai 2012



## SPD will »Lex Frankfurter Flughafen«

**AKTUELLE STUNDE** Forderung zur Tarifeinheit stößt bei den anderen Fraktionen auf Skepsis

„Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ – so lautet der Grundsatz der Tarifeinheit, der Jahrzehntelang in Deutschland Gültigkeit besaß. Seit das Bundesarbeitsgericht diesen im Jahr 2010 kippte, ist das anders: Heute dürfen in einem Unternehmen mehrere Tarifverträge nebeneinander bestehen. Spartengewerkschaften, die Interessen kleinerer Berufsgruppen vertreten, zeigten sich damals zufrieden – Arbeitgeber und Deutscher Gewerkschaftsbund äußerten sich dagegen in seltener Einigkeit besorgt, die Entscheidung könne eine Spaltung der Belegschaften und eine Vielzahl neuer Konflikte befördern.

**Zurück auf der Agenda** Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach sich seinerzeit für eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit aus; seither ist es still geworden um das Thema. Wieder auf die Agenda geholt hat es jetzt die SPD: Alarmiert von den jüngsten Streiks am Frankfurter Flughafen, in denen die Gewerkschaft der Flugsicherung Lohnsteigerungen für Vorfeldmitarbeiter durchzusetzen versuchte, machte sich die Fraktion in einer von ihr beantragten Aktuelle Stunde in der vergangenen Woche für eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit stark. Mit ihrer Forderung, dass nur jeweils die stärkste Gewerkschaft in einem Betrieb das Streikrecht bei Tarifauseinander-

setzungen haben soll, steht die SPD jedoch vorerst allein. Die anderen Fraktionen reagierten auf die Forderung skeptisch. SPD-Vizefraktionschef Hubertus Heil sagte in der Debatte, die Tarifautonomie sei ein „zentraler Grundpfeiler“ der sozialen Marktwirtschaft. Eine Spaltung der Belegschaften müsse verhindert werden. Es könne nicht sein, dass sich „Spartengewerkschaften auf Kosten von Gesamtbelegschaften einen schlanken Fuß machen“. Der Streik in Frankfurt sei ein Beispiel für die „Entsolidarisierung“. Seine Fraktion reiche der Union die Hand, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, betonte Heil. Doch die zeigt sich zurückhaltend. Die Materie sei juristisch kompliziert und extrem komplex, sagte der Unions-Arbeitsmarktexperte Karl Schiewerling (CDU). Zudem gebe es von Gewerkschaften und Arbeitgebern höchst unterschiedliche Signale, wie einer drohenden Tarifzersplitterung begegnet werden könne. Schiewerling kündigte einen Vorschlag „in absehbarer Zeit“ an. Unions-Vizefraktionschef Günter Krings (CDU) wies zudem darauf hin, dass gerade die Auseinandersetzung am Frankfurter Flughafen gezeigt habe, dass es sehr wohl bereits Möglichkeiten gebe, den Missbrauch des Streikrechts zu verhindern. Das Arbeitsgericht Frankfurt hatte Ende Februar den Ausstand

der Vorfeld-Beschäftigten an Deutschland größtem Flughafen gestoppt.

**Kein Königsweg** Der FDP-Arbeitsmarktexperte Heinrich Kolb betonte, Streiks seien zulässig, wenn sie für die Durchsetzung der Tarifforderungen verhältnismäßig seien – die jüngsten Auseinandersetzungen hätten aber bei vielen Menschen den Eindruck erweckt, dass es „nicht verhältnismäßig“ sei, wenn 200 Mitarbeiter für Lohnerhöhungen von 40 bis 70 Prozent kämpften und dabei den weitaus größeren Teil der Belegschaft in Haftung nähmen. Er schließe, sagte Kolb, „ausdrücklich nicht aus“, dass der Gesetzgeber tätig werden könnte. „Ein Königsweg“ dränge sich allerdings nicht auf. Die Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke sagte, dass in Frankfurt Solidaritätsstreiks unterbunden worden seien, beweise, dass es rechtliche Grenzen gebe. Wer gegen eine Zersplitterung der Tariflandschaft sei, müsse unter anderem gesetzliche Mindestlöhne einführen und Leiharbeit regulieren. Empört zeigte sich der Linksparlamentarier Michael Schlecht. Er warf der SPD vor, das Streikrecht einschränken zu wollen; dies sei eine „Perversion“. Rot-Grün habe jahrelang die Macht der Gewerkschaften geschwächt und sei „hauptverantwortlich für das politische Desaster heute“. *Susanne Kailitz*

**K**ristina Schröder (CDU) ist frohen Mutes: Auch wenn noch viel zu tun sei, sei das Jahr 2011 ein gutes Jahr für Frauen in diesem Land gewesen, sagte die Familienministerin am vergangenen Donnerstag in der Bundestagsdebatte zur Geschlechtergerechtigkeit. Die Diskussionen der vergangenen Monate hätten schon jetzt zu viel Bewegung in den Unternehmen geführt. Schröder berichtete auch von ihrer jüngsten Reise nach Tunesien, wo Frauen auf den Straßen und an den Computern für Freiheit und Demokratie gekämpft hätten und betonte, Deutschland stehe hinter diesen Frauen. Nicht sprechen mochte Schröder am Weltfrauentag indes über den ersten Gleichstellungsbericht der Regierung (17/6240), der zur Beratung in den Fachausschuss überwiesen wurde. Dessen Befunde dürften Schröder nicht gefallen: Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, heißt es, sei „trotz eines Umbruchs im deutschen Erwerbssystem nach wie vor nicht realisiert“. Auch die Bestandsaufnahme zum Thema „Frauen in Führungspositionen“ falle „ernüchternd“ aus. So habe die „seit neun Jahren existierende freiwillige Vereinbarung der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ zu „keiner Veränderung der Geschlechterverteilung in Führungspositionen geführt“. Der Bericht, der bereits 2008 bei einem Gutachtergremium in Auftrag gegeben und im Sommer 2011 vorgelegt wurde, kommt zu dem Schluss, „dass in der Gleichstellungspolitik in Deutschland unter Lebensverlaufsperspektive bislang kein konsistenter Politikansatz zu erkennen ist“. So sieht das auch die Opposition. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dagmar Ziegler, stellte fest, hierzulande stimmten die „Rahmenbedingungen für Frauen“ nicht, sie seien „strukturell benachteiligt“. Die Ministerin verschleie jedoch „Augen und Ohren“ und kombiniere einen „Realitätsverlust“ mit „politischen Fehlentscheidungen“ wie dem Betreuungsgeld. Statt einen Mindestlohn einzuführen, wolle die Regierung den „Irrweg“ der Minijobs ausbauen. Die SPD-Familienpolitikerin Christel Hummel betonte, das Gutachten sehe bei Minijobs und beim Ehegattensplitting Handlungsbedarf. Die Koalition müsse sich von dem Modell der Frau als „Zuverdienerin“ verabschieden und dürfe keine Anreize dafür setzen, keine oder eine nur geringfügige Beschäftigung aufzunehmen.

**Lohnunterschiede** Renate Künast, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, attestierte Schröder eine „bemerkenswert schlechte Rede“ – dies sei nicht, was die Frauen dieses Landes verdienen. Man müsse endlich den eklatanten Lohnunterschied von durchschnittlich 21,6 Prozent zwischen Männern und Frauen beseitigen. Für 2012 kündigten die Frauen erwarten, dass die 620 Abgeordneten des Bundestags „notfalls fraktionsübergreifend“ Initiativen starten, die Frauen „zu mehr Rechten“ verhelfen. Für die Linke stellte Yvonne Ploetz fest, Berlin sei durch den Vorstoß der EU-Kommissarin Viviane Reding für eine verpflichtende Frauenquote in den Unternehmen durch



## Warten auf die Grünphase

### GLEICHSTELLUNG I Der Bundestag streitet am Weltfrauentag über Lohnunterschiede und Quoten – ohne Ergebnis

Vorfahrt in die Chefetagen haben Frauen in Deutschland noch lange nicht.

Brüssel überholt worden. Dies sei das „richtige Signal“. Sie frage sich, sagte Ploetz, was sie „peinlicher finde“: die „bisslose Flexi-Quote“ oder das „kampflose Einknicken“ der Familienministerin, die durch einen „FDP-Zwergenaufstand umgepuselt“ worden sei. Während die FDP strikt gegen eine verpflichtende Quote ist, setzt Schröder auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft, die sogenannte „Flexi-Quote“. FDP-Generalsekretär Patrick Döring, der einzige männliche Redner der Debatte, hielt der Opposition entgegen, jungen, gut ausgebildeten Frauen zu wenig zuzutrauen. Für die „neue Generation von Verantwortungsträgern in Unternehmen und Wirtschaft“ sei

es heute „selbstverständlich, nicht in antiquierten Rollenbildern zu denken“. Für die CDU botte die Familienpolitikerin Ingrid Fischbach, unter Schwarz-Gelb sei bereits viel getan worden. Es gehe nun darum, Gründe für die Entgeltungleichheit zu beiseitigen und Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf zu unterstützen. Ihre CSU-Kollegin Dorothee Bär zeigte sich kritischer: Wichtigstes Thema sei es derzeit, mehr Frauen in Führungspositionen zu bekommen. Hier habe sich trotz „zahlreicher Beteuerungen und guter Vorsätze“ nicht viel getan. Sie sei daher „froh über die Unterstützung aus Brüssel“ und „enttäuscht“ über Bestrebungen, die Diskussion zu verschieben.

Die Parlamentarier votierten in der Sitzung gegen einen Antrag der Linken zur „Geschlechtergerechten Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft“ (17/4842). Ein Antrag der Koalition zur „Geschlechtergerechtigkeit im Lebensverlauf“ (17/8879), ein fraktionsübergreifender Antrag zur Gleichberechtigung in Entwicklungsländern (17/8903) sowie zwei Anträge der Grünen gegen die Entgeltdiskriminierung von Frauen (17/8897) und zur Anerkennung und Wiedergutmachung des Leids der „Trostfrauen“ (17/8789) wurden mit dem Gleichstellungsbericht zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Susanne Kailitz

## Soldaten sollen frei telefonieren

**BUNDESWEHR** Deutschlands Soldaten in Auslandseinsätzen sollen kostenlos mit der Heimat telefonieren können. Dies fordern alle Fraktionen des Bundestages. Bislang waren nur 30 Minuten pro Woche kostenfrei. Der Bundestag überwiegt am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden überfraktionellen Antrag der CDU/CSU, SPD, FDP und von Bündnis 90/Die Grünen (17/8895) sowie einen Antrag der Linken (17/8795) zur weiteren Beratung in die Ausschüsse. Nachbesserungen bei den Kommunikationsmöglichkeiten in Auslandseinsätzen fordern die Fraktionen auch für die Videotelefonie. Übereinstimmend setzen sie sich dafür ein, dass die Unterkünfte mit den notwendigen technischen Voraussetzungen ausgestattet werden. Dabei sei zu beachten, dass die Privatsphäre der Soldaten während eines Videotelefonats zu schützen sei. Die Fraktionen begründen ihren Antrag mit der besonderen Bedeutung der Kommunikation der Soldaten mit ihren Familien. Dies trage wesentlich zur Motivation und Einsatzbereitschaft der Soldaten sowie zur Vermeidung von stressbedingten Belastungsstörungen bei. Während die Linkenfraktion in ihrem Antrag zusätzlich eine prinzipiell kostenfreie Nutzung des Internets für die Soldaten fordert, wollen die anderen Fraktionen zunächst die Kosten durch die Bundesregierung prüfen lassen. Dem Verteidigungsausschuss soll dann ein Konzept zur Umsetzung und Finanzierung vorgelegt werden. Freuen dürfen sich über die beiden Anträge nicht nur die davon profitierenden Soldaten und deren Angehörige, sondern auch Frauen in Führungspositionen, „deutlich unterrepräsentiert“ seien. „Darüber dürfen wir auch nicht hinwegreden. Das ist richtig“, räumte sie ein. Trotzdem sprach sie sich gegen eine Pflichtquote aus, dies würde „keine Probleme lösen“. Ihr Fraktionskollege Stephan Harbarth plädierte für „passgenaue Lösungen“, die einer starren Quote vorzuziehen seien. In Familienunternehmen sei die Führungsspitze beispielsweise davon abhängig, ob die Familie Söhne oder Töchter bekomme, argumentierte er.

## Verhärtete Fronten

GLEICHSTELLUNG II Ein Ende im Quotenstreit ist nicht in Sicht. SPD legt Gesetzentwurf vor

Frauenquote ja oder nein? Nachdem diese Frage bereits am vergangenen Donnerstag kontrovers im Bundestag diskutiert worden war, stand sie einen Tag erneut im parlamentarischen Fokus: In Form eines Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion (17/8878). Die Sozialdemokraten fordern eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen. Die Erfüllung der Quote soll nach den Vorstellungen der Fraktion in einem mehrstufigen System erfolgen: Für Aufsichtsräte soll eine erste Stufe ab dem kommenden Jahr von insgesamt 30 Prozent pro Geschlecht gelten. Die zweite und finale Stufe mit einer 40-prozentigen Besetzung durch Frauen ab 2015. Für Vorstände soll die gleiche zweistufige Regelung gelten, allerdings fordert die SPD hier lediglich einen Frauenanteil von 20 Prozent im Jahr 2012. Bis zum Jahr 2015 müssten aber auch Vorstände die Quote von 40 Prozent erfüllen.

**»Schlusslicht in Europa«** Die SPD-Abgeordnete Eva Högl argumentierte, dass Deutschland mit seinem geringeren Frauenanteil in Führungspositionen, „Schlusslicht unter den Industrienationen und in Europa“ sei. Diese Situation sei „mehr als peinlich“. Eine Umbesetzung besetzter Positionen in Aufsichtsrat oder Vorstand wolle sie jedoch nicht verlangen. „Wir schmeißen niemanden raus, aber wir wollen die frei werdenden Plätze mit Frauen besetzen“, erklärte Högl. Die Quote solle ausschließlich für neu zu besetzende Positionen gelten. Die CDU-Parlamentarierin Andrea Astrid Voßhoff bestätigte Högl, dass Frauen in Führungspositionen „deutlich unterrepräsentiert“ seien. „Darüber dürfen wir auch nicht hinwegreden. Das ist richtig“, räumte sie ein. Trotzdem sprach sie sich gegen eine Pflichtquote aus, dies würde „keine Probleme lösen“. Ihr Fraktionskollege Stephan Harbarth plädierte für „passgenaue Lösungen“, die einer starren Quote vorzuziehen seien. In Familienunternehmen sei die Führungsspitze beispielsweise davon abhängig, ob die Familie Söhne oder Töchter bekomme, argumentierte er.



Forderung nach der Quote

**Verfassungsauftrag** „Ohne Quote tut sich nichts, das haben die Unternehmen Jahrzehnte lang nachgewiesen“, entgegnete Barbara Höll, Abgeordnete der Linken. Laut Verfassung seien Frauen und Männer gleichberechtigt, also müsse im Auftrag des Grundgesetzes eine Frauenquote „eigentlich in allen gesellschaftlichen Bereichen zugrunde liegen“. „Davon sind wir aber noch weit entfernt“, fügte Höll hinzu: Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Sport seien „vornehmlich von Männern besetzt.“ Höll führte an, dass Norwegen mit einer Frauenquote von etwa 40 Prozent in

Führungspositionen die europäischen Länder in dieser Hinsicht anführe. Auch in anderen Ländern werde „viel getan“, nur Deutschland würde „hinterherhinken“. Deshalb sei Deutschland ein „gleichstellungspolitisches Entwicklungsland“. Der FDP-Parlamentarier Marco Buschmann kündigte an, den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion nicht zu unterstützen, weil seine Fraktion ein solches „Zwangsinstrument“ für falsch halte: Das würde keinen gesellschaftlichen Fortschritt bringen, auch die Frauen insgesamt in Deutschland würden nicht von der Quote profitieren. Denn es gebe, so argumentierte Buschmann, nur eine geringe Zahl von Führungspositionen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl. Er schlug eine bessere Kinderbetreuung außerhalb der gängigen Arbeitszeiten vor. So könnten auch Frauen in Führungspositionen, die in Randzeiten oder über die normalen Arbeitszeiten hinaus tätig seien, eine Kinderbetreuung finden.

**»Die Besten der Besten«** Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beklagte Ekin Deligöz, „dass nicht mal die zuständigen Ministerinnen“ im Plenum anwesend seien. Den Befürworterinnen der Frauenquote gehe es „um die Inhalte“, es sei „kein Selbstzweck“. „Wir wollen die festgefahrenen männlichen Strukturen aufbrechen“, auch bei Männern würde die Quote ihre Zustimmung finden. „Wir wollen nur die Besten der Besten in diesem Land auf den Führungspositionen“, sagte Deligöz. Zu den Besten zählten aber eben auch Frauen. Nur so könne Deutschland beziehungsweise deutsche Unternehmen überhaupt international wettbewerbsfähig bleiben. Im Anschluss an die Erste Lesung wurde der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in den Rechtsausschuss sowie in die mitberatenden Ausschüsse überwiesen. ver

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Pro und wider Whistleblower

**ARBEIT UND SOZIALES** Die Veröffentlichung von Missständen in Behörden und Unternehmen durch deren Mitarbeiter, das sogenannte „Whistleblowing“, war in der vergangenen Woche Thema einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Die geladenen Experten gaben ihre Einschätzungen zu einem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (17/8567) und einem Antrag der Fraktion Die Linke (17/6492) ab. Beide Fraktionen wollen Hinweisgeber vor Jobverlust und Mobbing schützen. Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) begrüßten „jede Aktivität“, die Hinweisgebern vor Sanktionen schützt. Für einen effektiveren Schutz von Whistleblowern sprach sich auch Martin Henssler, Jura-Professor aus Köln aus. Zustimmung erhielt Henssler vom Verdi-Vertreter Jens Schubert. Dies sei „unerlässlich“, um die Gesellschaft etwa vor „Gammelfleisch oder Korruption“ zu schützen. Ähnlich sah das der Arbeitsrechtler Tim Wybitul: Hinweise auf Missstände in Unternehmen seien ein „wichti-

ges Element der Vermeidung und Korrektur von Fehlentwicklungen“. Ähnlich argumentierte Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht. Beschäftigte müssten vor Nachteilen geschützt werden, wenn sie sich weigerten, Straftaten zu vertuschen. Wenig erbaut von den Anträgen zeigten sich Vertreter des Arbeitgeberlagers. So verwies Roland Wolf, Repräsentant der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, darauf, dass Unternehmen bereits Vereinbarungen hätten, die „Arbeitnehmer zur Anzeige der Verletzung von gesetzlichen Pflichten ermächtigen“. Guido Strack, Vorsitzender des Vereins „Whistleblower-Netzwerk“, bezeichnete die Rechtsprechung der Fachgerichte hingegen als „unzureichend“. Er sprach sich deutlich für eine gesetzliche Regelung aus. Als aufstrebender Beamter hatte er einst Missstände in seiner Dienststelle kritisiert; wenig später wurde er aufs Abstellgleis geschoben. Strackprozessiert bis heute. ver

### Altersbegriff auf dem Prüfstand

**FAMILIE** Der in Deutschland übliche Altersbegriff soll in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf den Prüfstand. Dafür sprachen sich Experten in der vergangenen Woche in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses zum Sechsten Bericht der Bundesregierung zur Lage der älteren Generation (17/3815) übereinstimmend aus. Der Altersbegriff sei sehr stark abhängig vom Renteneintrittsalter, erläuterte der Sozial- und Rechtswissenschaftler Thomas Klie von der Hochschule der Evangelischen Landeskirche Baden. Dies sei aber unsinnig, da es den Fähigkeiten der Menschen nicht gerecht werde. Diese Ansicht unterstützte auch der Gerontologe Andreas Kruse von der Universität Heidelberg. Auch Christian Rolf, Experte für Versicherungsrecht von der Universität Köln, plädierte für ei-

nen Abschied von überkommenen Altersgrenzen. Diese seien diskriminierend und in vielen Fällen auch mit EU-Recht nicht in Einklang zu bringen. Dies gelte jedoch auch für Altersgrenzen, von denen Menschen profitieren. Dazu gehöre beispielsweise die verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Menschen jenseits des 58. Lebensjahres. In der Anhörung wurden jedoch auch kritische Stimmen laut. Die Soziologin Silke van Dyk von der Universität Jena bemängelte, dass sich der Bericht der Regierung zu stark auf die Frage konzentrierte, wie die Potenziale älterer Menschen genutzt werden könnten. Fragen der sozialen Sicherung jedoch blieben unberücksichtigt. Zudem gehe der Bericht nicht auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede ein. Frauen seien stärker von Altersarmut betroffen. aw

### Disput um Schlecker-Insolvenz

**ARBEIT** Die Linksfraktion verlangt von der Bundesregierung, die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten der insolventen Drogerieketten Schlecker zu unterstützen. In einem Antrag (17/8880), den der Bundestag vergangenen Donnerstag beriet, fordern die Abgeordneten, „öffentliche Bürgschaften oder staatliche Kredite für Schlecker unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, dass Arbeitsplätze und bestehende Tarifbindungen erhalten bleiben“. Ferner solle die Regierung die Zahlung des Insolvenzgeldes von drei auf sechs Monate vor Beginn des Insolvenzverfahrens anheben. „Die Politik kann sich nicht aus der Verantwortung stellen“, sagte Sabine Zimmermann (Linke). Bei allen anderen Fraktionen stießen die Pläne auf Ablehnung. Union und FDP warfen der Linken vor, das Schicksal der Schlecker-Mitarbeiterinnen zu instrumentalisieren. „Sie versuchen

aus menschlichem Leid politisches Kapital zu schlagen“, kritisierte Gitta Connemann (CDU). „Auf dem Rücken der Betroffenen formulieren Sie Forderungen, die den Menschen bei Schlecker mitreichen helfen“, ergänzte die FDP-Abgeordnete Gabriele Molitor. SPD und Grüne verlangten, die geplante Transferegesellschaft zügig zu gründen. Hier sei vor allem Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) gefordert, sagte Gabriele Hiller-Ohm (SPD). Brigitte Pothmer (Grüne) stellte klar, Schuld an der Pleite habe „die katastrophale Unternehmensführung“. Trotzdem sei die Politik in der Pflicht, den Beschäftigten eine neue Jobperspektive zu eröffnen. Der Insolvenzverwalter hatte kürzlich angekündigt, bei der Drogerieketten 11.750 Jobs streichen und rund 2.400 der bundesweit etwa 5.400 Filialen schließen zu müssen. mpi

## Kein Ende der Leiharbeit

ARBEIT UND SOZIALES Linke steht allein mit Forderung

Leiharbeit beziehungsweise Zeitarbeit wird auf absehbare Zeit ein Teil der Realitäten auf dem deutschen Arbeitsmarkt bleiben. Zumindest stand die Fraktion Die Linke am vergangenen Freitag im Plenarsaal des Bundestages auf einsamem Posten, als sie ein Verbot der Leiharbeit forderte. Der entsprechende Antrag der Linksfraktion (17/8794), über den das Parlament in Erster Lesung beriet, wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Die Leiharbeit sei in den vergangenen zehn Jahren zu einem Massenphänomen geworden, bemängelte die Abgeordnete Jutta Krellmann (Linke). Inzwischen „kratze“ die Zahl der in Leiharbeitsverhältnissen beschäftigten Menschen „an der Millionemarke“, 120.000 von ihnen müssten ihr Gehalt mit staatlicher Unterstützung aufstocken. Die meisten derzeit offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkt seien in der Leiharbeit zu finden. „Leiharbeit muss abgeschafft werden“, forderte Krellmann kategorisch.



Gewerkschaftsprotest auf der Zugschleife

Die Linksfraktion zeichne – einmal mehr – ein „Zerrbild der Arbeitswelt“, hielt der Unionsabgeordnete Max Straubinger (CSU) Krellmann entgegen. Gerade mal drei Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sei in Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Die Zeitarbeit ermögliche es Firmen in Zeiten voller Auftragsbücher, das Arbeitsaufkommen zu bewältigen. Sie sei gerade für geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose eine Chance, wieder in den Arbeitsmarkt eingebunden zu werden. In diesem Sinne argumentierte auch der FDP-Abgeordnete Heinrich Kolb. Die Linksfraktion solle aufhören, immer ein so negatives Denken zu verbreiten. Die Argumentation der Koalitionsfraktionen wollte der SPD-Abgeordnete Klaus Barthels trotz offensichtlicher Ablehnung des Linken-Antrags nicht uneingeschränkt gelten lassen. Im Gesundheitswesen oder bei der Gebäudereinigung, wo viele Leiharbeiter zu finden seien, gebe es keine Produktionsspitzen, die bewältigt werden müssten. In diesen Bereichen habe Leiharbeit nichts zu suchen. Die steigende Zahl solcher Arbeitsverhältnisse sei „besorgniserregend“. Barthels trat für gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit ein. Die Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich „irritiert“ über den Antrag der Linksfraktion. Erst habe sie eine Regulierung der Leiharbeit gefordert, jetzt wolle sie diese verbieten. Leiharbeit sei mitunter notwendig, müsse aber in definierten Bereichen reguliert werden. aw



Von der Werkbank bis in die Führungsetagen ist es ein oft beschwerlicher Weg. Réne Obermann (Bild links unten), Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom, hat seinem Konzern vor zwei Jahren eine Frauenquote von 30 Prozent auf der Führungsebene verpasst.

# Ein hilfreiches »Miststück«

**GLEICHSTELLUNG** An der Quote scheiden sich die Geister. Unternehmerinnen setzen auf den gesellschaftlichen Wandel

Zur Quote hat Elisabeth Kreuzkamm-Aumüller eine klare Meinung. „Völliger Blödsinn“ sei die. Denn eines sei mal klar: „Entweder man fühlt sich als Frau berufen, eine Führungsposition auszufüllen, dann ist man auch so strukturiert und ehrgeizig, dass man es schafft. Oder man ist es eben nicht.“ Elisabeth Kreuzkamm-Aumüller hat sich das Führen immer zugetraut. 1993 ging die gebürtige Münchnerin nach Dresden, um dort die Bäckerei der Familie zu übernehmen. Sechs Monate wollte sie bleiben, um das Unternehmen aus seinen damaligen Schwierigkeiten zu holen, inzwischen ist sie seit fast 20 Jahren im Freistaat und verantwortlich für mehr als 60 Mitarbeiter. Dass eine Frau den Job stemmen könnte, hatte Kreuzkamm-Aumüllers Ururgroßvater, der die Firma 1825 in Dresden gründete, sicher nicht auf der Rechnung – und selbst ihr eigener Vater schrieb noch Ende der 1970er-Jahre in seiner Unternehmenschronik, „leider“ seien ihm ja „nur zwei Töchter geblieben“. „Großartig, oder?“, sagt die Unternehmerin grinsend. Bis Frauen wirklich zugehört werden, einen Führungsjob zu meistern und dabei Karriere und Beruf unter einen Hut bringen zu können, müsse es in der Gesellschaft ein „gravierendes Umdenken“ geben, „das bekommt man auch nicht durch eine verordnete Quote“. Die Mutter von vier Kindern weiß genau, wovon sie spricht. Als sie als junge Frau in die Männerdomäne Bäckerei gekommen sei, habe man sie dort sehr kritisch beäugt. Und als in den vergangenen Jahren sowohl der unternehmerische Erfolg als auch die Familie stetig größer wurden, habe ihr Umfeld nicht mit Kommentaren dazu gespart, ob man als so hart arbeitende Firmenchefin überhaupt eine gute Mutter sein könne.

haus die Bereiche ziemlich klar in die männliche Bäckerei und die weibliche Konditorei aufgeteilt und wirklich flexible Arbeitszeiten aufgrund der Produktionsbedingungen nunmal nicht machbar, aber Kreuzkamm-Aumüller traut ihren Mitarbeiterinnen an vielen Stellen mehr zu, als es ein männlicher Chef täte. So hat sie gerade eine Auszubildende eingestellt, die erst vor wenigen Monaten ein Baby bekommen hat. „Natürlich ist mir klar, dass das ein unternehmerisches Risiko ist. Aber wenn mir diese junge Frau sagt, dass sie es hinbekommt, dann glaube ich ihr das. Ich weiß ja selber, was wir Frauen schaffen können.“

**Rollenverständnis** Ermutigen – das ist auch für Maria Mintrops Personalführung ein Schlüsselwort. Die 55-Jährige leitet gemeinsam mit ihrem Mann zwei Hotels in Essen mit insgesamt mehr als 100 Mitarbeitern. Dabei setzt sie immer wieder auf Wiedereinsteigerinnen: Frauen, die nach der Familiengründung lange zu Hause geblieben sind und den Anschluss an ihre eigentlichen Jobs verloren haben. „In unserer Gegend setzen immer noch auch viele junge Frauen auf die ganz klassische Rollenverteilung und hoffen einfach, dass ihre Ehe für immer hält. Aber schauen Sie sich die Scheidungsraten doch an!“ Mintrop hält es für einen großen Fehler, weibliche Erwerbstätigkeit quasi als eine Alternative unter vielen zu betrachten – „sich in so eine Abhängigkeit zu begeben ist doch Wahnsinn“. Weil sie als zweifache Mutter

genau weiß, wie schwer sich Job und Familie häufig vereinbaren lassen, versucht sie, es Müttern in ihrem Unternehmen so leicht wie möglich zu machen. Deren Kinder können, wenn es nach der Schule mit der Nachmittagsbetreuung schwierig ist, ins Hotel kommen. „Dann gibt es etwas zu essen und einer der Auszubildenden passt auf sie auf.“

**Gewinn für das Unternehmen** Von diesen Möglichkeiten profitiert auch die Chef:in. „Mitarbeiterinnen, die wir so unterstützen, fühlen sich gut aufgehoben und sind auch bereit, dem Betrieb viel Einsatz zurückzugeben.“ Wie die Dresdner Unternehmerin Elisabeth Kreuzkamm-Aumüller hält Maria Mintrop gesellschaftliches Umdenken für viel wichtiger als eine Quote – doch die müsse wohl auch kommen, „wenn es einfach nicht anders geht“. Beide Frauen haben in ihren eher kleinen Unternehmen die Erfahrungen der so genannten gläsernen Decke nicht gemacht. „Aber ich kann mir lebhaft vorstellen, wie hart es für viele Frauen in großen Konzernen ist, wenn sie von links und rechts ausgegrenzt werden. Vielleicht braucht es dort so einen gesetzlichen Zwang.“

**Selbstverpflichtung** Oder einen selbst verordneten: Die Telekom hat sich als erster Dax-Konzern vor fast zwei Jahren eine eigene Quote verpasst; will bis 2015 30 Prozent aller Positionen im mittleren und oberen Management mit Frauen besetzen. Melanie Kowal, im Unternehmen für das Projekt „Fair Share“ zuständig, sagt klar, man habe erkennen müssen, dass ohne spezielle Förderungen Frauen viel zu selten in den oberen Etagen landen; trotz aller guten Vorsätze. Frauen seien nicht so gut wie Männer, wenn es darum gehe, Netzwerke zu bilden, und oft zu zögerlich, sich auf Stellen zu bewerben, wenn sie nicht perfekt auf das geforderte Profil passten. „Man muss sie ermuntern, sich in die Prozesse einzuklagen und ihre Wünsche klar zu artikulieren.“ Dass die Quote nur der Anfang eines umfassenden Kulturwandels sein kann, davon ist man auch beim Bund deutscher Unternehmerinnen überzeugt. Geschäftsführerin Carlotta Köster-Brons sagt: „Wir brauchen ein neues Bild von Karriere – dass eben nicht der Mitarbeiter der Beste ist, der abends am längsten bleibt.“ Umdenken müssten aber nicht nur die Männer: „Die Frauen selbst müssen begreifen, dass jeder die Verantwortung hat, für sich selbst zu sorgen. Die Ära der Alleinverdienmodelle ist vorbei.“

**Frauen in den Medien** Maßgeblich einwirken auf die Gesellschafts- und Rollenbilder könnten die Medien. Doch in der deutschen Presselandschaft sind Frauen ebenso unter-

repräsentiert in Führungspositionen wie in der Wirtschaft oder auch der Politik. In nur zwei Prozent der rund 360 Tages- und Wochenzeitungen haben Frauen in den Sesseln der Chefredakteure Platz genommen. Auch an den Redaktionsspitzen bei großen Magazinen wie „Spiegel“, „Stern“ und „Focus“ sind Männer tonangebend. Nicht besser ist die Lage in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: von den zwölf Intendanten sind lediglich drei weiblich. Die Journalistinnen-Initiative „Pro Quote“ nahm die Zahlen zum Anlass, um öffentlichkeitswirksam eine weibliche 30-Prozent-Quote in den Chefredaktionen „auf allen Hierarchieebenen“ in den nächsten fünf Jahren zu fordern. In einem offenen Brief stellten sie den Chefredakteuren, Intendanten, Verlegern und Herausgebern die süffisante Frage: „Schaffen Sie das?“ Die Antworten der Angesprochenen sind auf der Homepage der Initiative ([www.proquote.de](http://www.proquote.de)) nachzulesen, sie reichen von Lippenbekenntnissen über Eigenlob bis hin zu

Einwänden. „Es ist offensichtlich, dass zu wenige Frauen an der Spitze von Redaktionen und Verlagen tätig sind, deshalb sind Ihre Hinweise wichtig und richtig“, meint etwa Christian Nienhaus von der WAZ-Mediengruppe und verweist auf das Förderprogramm für junge Führungskräfte in seinem Haus, deren Teilnehmer zu 63 Prozent weiblich seien, „was sich später automatisch auf den höheren Hierarchie-Ebenen niederschlagen wird“. Chefredakteurin Stefanie Burgmaier hat einen spartenspezifischen Einwand gegen die Quote parat: „Ich würde gerne mehr Frauen an den entscheidenden Stellen von ‚Börse Online‘ einsetzen. Dafür müssen sich zunächst einmal mehr Frauen für den Finanzjournalismus interessieren und entscheiden. Von den rund 50 Finanzjournalisten, die für die G+J Wirtschaftsmedien arbeiten, sind etwa ein Viertel weiblich.“ Die Unterzeichnerinnen von „Pro Quote“ wissen, dass die Quote ihre Tücken hat und nur ein Mittel zum Zweck ist: „Die Quote

ist und bleibt ein Miststück, aber wenn es nicht anders geht, dann muss sie übergangsweise einspringen. Traurig genug in einem angeblich doch so fortschrittlichen und aufgeklärten Land“, argumentiert ZDF-Moderatorin Dunja Hayali. Vielleicht hätte sich auch Papst Benedikt XVI. zu einer Antwort aufgeschwungen, wenn er von „Pro Quote“ angeschrieben worden wäre. Zumindest kann er darauf verweisen, dass die deutschsprachige Redaktion der Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano“ bereits seit dem Frühjahr 2008 von der Österreicherin Astrid Haas geleitet wird und dass die englische Ausgabe komplett aus Frauen besteht. Papst Benedikt habe ihn persönlich gebeten, so ließ Giovanni Maria Vian, Chefredakteur der Heimatredaktion der Vatikanzeitung im vergangenen August wissen, Frauen „personell und thematisch“ mehr Raum zu geben. Der Papst als Anhänger der Frauenquote? Sicherlich nicht beim Priesteramt – der letzten echten Männerbastion. *Susanne Kailitz/Alexander Weinlein*

»Die Ära der Alleinverdienmodelle ist vorbei«

Carlotta Köster-Brons, Bund dt. Unternehmerinnen



Familienministerin Schröder (CDU) hält nichts von einer Pflichtquote.

## Der große Unterschied

**GEHALT** Frauen verdienen ein Fünftel weniger als Männer

Nirgendwo in Europa ist der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern so groß wie in Deutschland. Das geht aus einer neuen Datenbank der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, die seit vergangener Woche zugänglich ist. Danach verdient eine vollbeschäftigte Frau hierzulande 21,6 Prozent – mehr als ein Fünftel – weniger als ein Mann. Der OECD-Durchschnitt liegt den Angaben zufolge bei einem Lohngefälle von 15,9 Prozent. Den geringsten Unterschied weist demnach Norwegen mit 8,7 Prozent auf. Die Datenbank erfasst den mittleren Verdienst aller erwerbstätigen Frauen und Männer. Die Daten stammen aus dem Jahr 2009, der OECD zufolge das jüngste Jahr, „das einen umfassenden Vergleich zulässt“. Die OECD führt das Gefälle zwischen den Geschlechtern vor allem darauf zurück, dass Frauen in der Regel in schlechter bezahlten Branchen arbeiten.

**Öfter in Teilzeit** Hinzu kommt, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) und das Statistische Bundesamt (Destatis) unionso anlässlich des Internationalen Frauentages bilanzierten, dass Frauen „deutlich öfter in Teilzeit“ arbeiten. Nach Destatis-Angaben waren im Jahr 2010 in Deutschland insgesamt 69,6 Prozent der 20- bis 64-jährigen Frauen erwerbstätig. Von diesen arbeiteten 45,6 Prozent in Teilzeit und 54,4 Prozent in

Vollzeit. Im EU-Durchschnitt lag die Teilzeitquote mit 30,8 Prozent erheblich niedriger. Laut Destatis führt jede zweite Frau als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit die Betreuung von Kindern beziehungsweise Pflegebedürftigen oder andere familiäre und persönliche Verpflichtungen an. Zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden auf dem Arbeitsmarkt ergänzte die BA, dass Frauen häufiger langzeitarbeitslos seien und damit im Geschlechtervergleich das höhere Risiko trügen, arbeitslos zu bleiben. Laut BA lag die Quote sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Frauen im Juni 2011 bei 48,7 Prozent. Bei Männern liegt dieser Wert bei 56 Prozent. In Minijobs arbeiteten den Angaben zufolge im Juni 2011 fast doppelt so viele Frauen (3,2 Millionen) wie Männer (1,7 Millionen). Zumindest mittelfristig besteht für Frauen jedoch die Aussicht auf eine Verbesserung. „Frauen haben einen starken Verbündeten, den demografischen Wandel“, sagte BA-Vorstand Heinrich Alt in der vergangenen Woche. Die Arbeit bleibe, aber die Arbeitskräfte gingen aus. „Umso dringender müssen wir den Blick auf diejenigen richten, die bisher zum Teil am Rande des Arbeitsmarktes standen“, betonte Alt – beispielsweise qualifizierte Frauen, denen wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten der Zugang zu guten und gut bezahlten Jobs derzeit versperrt ist. *Monika Pilath*

Anzeige

**Kürschners Handbuch Verbraucher-schutz**  
Ausgabe 2012  
504 Seiten, Broschur  
EUR 39,80  
ISBN 978-3-87576-694-3

**Kürschners Handbuch Haushalt, Finanzen**  
Ausgabe 2012  
600 Seiten, Broschur  
EUR 39,80  
ISBN 978-3-87576-703-2

**Inhalt:**

- Über 400 Fachpolitiker aus Bund, Ländern und Europa
- Übersichten der Fachausschüsse in den Parlamenten und Abteilungen in den Ministerien
- Namen und Kontaktdaten der zuständigen Ansprechpartner

**Kürschners Politikkontakte** Hauptstraße 74  
53619 Rheinbreitbach  
Tel. 02224 3232 · Fax 02224 78639 · E-Mail [vertrieb@ndv.info](mailto:vertrieb@ndv.info)  
Datenbank [www.kuerschner.info](http://www.kuerschner.info) · Shop [www.politik-kontakte.de](http://www.politik-kontakte.de)





Gefährlicher Ortstermin: Knapp ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima konnten auch ausländische Journalisten, hier in Begleitung von Mitarbeitern der Betreiberfirma Tepco, die Anlage besuchen.

## Pfand für Handys verlangt

**UMWELT** Die Sammlung und Weiterverwertung von nicht mehr benötigten Geräten der Informationstechnologie und von Kommunikationsgeräten (ITK-Geräte) soll unter anderem durch ein Pfandsystem für Mobiltelefone und Smartphones verbessert werden. Außerdem soll die Bundesregierung darauf hinwirken, dass bei der Produktion der Geräte und bei der Verwertung von Altgeräten dem Ziel der Ressourceneffizienz besser Rechnung getragen wird, heißt es in einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/8899), der vom Bundestag am Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Dafür soll es ein verbessertes System der haushaltsnahen sortenreinen Sammlung und eine Rücknahmepflicht von Geräten geben. Um die Verbraucher zur Rückgabe alter Geräte zu bewegen, soll ein „ziel führendes und effizientes Pfandsystem“ für Mobiltelefone und Smartphones eingeführt werden. Als mögliche Pfandgebühr werden zehn Euro genannt. Falls das System bei Mobiltelefonen und Smartphones erfolgreich sein sollte, soll es auf weitere ITK-Produktgruppen wie Laptops, Netbooks, Tabletcomputer und Spielekonsolen ausgeweitet werden. Nach Angaben der Fraktion nimmt die Zahl der nicht mehr benötigten Geräte zu. Außerdem gebe es immer mehr Berichte über das geplante, künstliche Veraltern (Obsoleszenz) von Geräten. Dies widerspreche dem Ziel der Abfallvermeidung. *hle*

## »Versorgung mit Energie sicher«

**UMWELT** Die Energieversorgung in Deutschland ist nach Angaben von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sowohl jetzt als auch in Zukunft garantiert. Dies erklärte Röttgen vergangene Woche vor dem Umweltausschuss des Bundestags. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen berichtete er über den aktuellen Stand der Energieversorgung und auf Antrag der Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen über den Stand des Endlagersuchgesetzes. Wer bei Netzausfall hafte, „das muss geregelt werden“, fügte Röttgen hinzu. Die Börsenstrompreise in Deutschland sind nach Angaben des Ministers ebenfalls stabil, wobei sie deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Der Strom in Deutschland sei sogar auch günstiger als in der Schweiz und in Frankreich. Auch bei hoher Nachfrage würde der Preis stabil bleiben. Für die Windenergie an Land „ist für 2012 eine Leistungssteigerung zu erwarten“, sagte Röttgen weiter. Bezüglich der sogenannten Offshore-Windanlagen vor den Küsten sagte er, dass sich derzeit zwei neue Anlagen in Bau befänden; weitere seien in Planung. Photovoltaik-Anlagen hätten durch die Energieverbände bereits profittiert. Hätte es keine Gesetzesnovelle gegeben, betonte der Minister, hätte das „zum Ende der Photovoltaik-Technik geführt“. Es sei der „schlagende Beweis“ erbracht, dass „Photovoltaik-Einspeisung die Zukunft ist.“ Folge der Energieverbände sei auch, dass „in einem nationalen Konsens“ die bundesweite Endlagersuche behandelt werde. Es sei eine „fundamentale Veränderung der deutschen Politik“, dass Bund und Länder gleichermaßen der Meinung seien, die Suche nach einem geeigneten Endlager für radioaktive Abfälle sei ein nationales Thema und „nicht die Sache Niedersachsens“. *ver*

# Die unsichtbare Gefahr

**ENERGIEWENDE** Opposition bezweifelt, ob es die Regierung ernst meint mit dem Atomausstieg

Es waren nur wenige Minuten. Minuten, die das Leben hunderttausender Menschen in der Region um die Stadt Fukushima für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, schlagartig veränderte. Als am 11. März 2011 um 14:46 Uhr Ortszeit die japanische Küste von einem der bislang schwersten Erdbeben erschüttert wurde, ahnte in Deutschland zur gleichen Zeit wohl niemand, dass dieses Beben auch hier vieles ins Wanken bringen sollte: nur wenige Monate später beschloss die Bundesregierung mit großer Unterstützung der Opposition die Abschaltung aller deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022 und ein ganzes Paket von Maßnahmen, mit dem Deutschlands Energieversorgung in den kommenden Jahrzehnten auch ohne Atomstrom gesichert werden soll.

für einen Ausstieg. Damit endete aber schon die Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition. Denn der frühere Umweltminister, dessen Fraktion sich in einem Antrag (17/8898) für ehrgeizigere Ziele bei der Energieverbände ausgesprochen hatte, ging mit der Koalition hart ins Gericht: „Wir sind in einigen Bereichen, Zeugen einer schwarz-geblenen Konterrevolution“, sagte er. Konkret kritisierte er die geplante Solarkürzung, ebenso wie die Blockade Deutschlands bei der EU-Energieeffizienzrichtlinie und zu geringe Klimaschutzziele. All das sei eine „energiepolitische Bankrotterklärung“,

wettere Tritin. Man habe den Eindruck, dass aus der Diskussion um die Energieverbände politisches Kapital geschlagen werden sollte, kritisierte Jens Koeppen (CDU). Man habe damals eine „Vernunftsentscheidung“ getroffen, sagte er. Nicht mit Blick auf „3/11“, wie das Reaktorunglück in Fukushima auch genannt wird, sondern auch mit dem Wissen, dass auf der Erde bald neun Milliarden Menschen leben würden. Sein Fraktionskollege Michael Paul (CDU) erinnerte nochmals an

die näheren Umstände des Unglücks: Es habe „massive Fehler in der Auslegung der Anlage und Versäumnisse des Atomkraftbetreibers Tepco gegeben.“ „Wir haben radiologisch unheimlich Glück gehabt“, sagte Paul. Durch radioaktive Strahlung habe es keinen einzigen Toten oder Verletzten gegeben, erklärte er. Dabei berief er sich auf einen Bericht des früheren Leiters der Strahlenschutzkommission, Professor Rolf Michel, vor dem Umweltausschuss in der vergangenen Woche.

**Versagen immer möglich** Die Opposition bedachte Pauls Rede mit vielen Zwischenrufen und sah sich in ihrer Annahme bestätigt. „Sie wollen eigentlich nicht die Energieverbände, sie wollen das alte Denken“, erklärte der SPD-Abgeordnete Matthias Miersch. Sein Fraktionskollege Marco Bülow sah dahinter eine Strategie: „In Deutschland werden Lügen fortgesetzt, um uns vom Atomausstieg abzuhalten.“ Für Bülow hat Fukushima bestätigt, „dass Mensch und Technik versagen können – egal wie achtsam die Menschen sind“. Spätere Generationen müssten die Lasten der Atomenergie tragen, ohne selber davon profitieren zu können. Für „politisch unumkehrbar“ hält die Energieverbände hingegen Michael Kauch (FDP). Beweise dafür seien etwa, dass der Energieverbrauch in Deutschland noch nie so niedrig wie 2011 gewesen sei. Den schwarzen Peter der Energieverbände sieht er bei der Oppo-

sition. „Dort wo sie Verantwortung tragen, torpedieren sie die Energieverbände“, sagte er mit Blick auf die Blockade der energetischen Gebäudesanierung im Bundesrat. Die Linken-Abgeordnete Dorothee Menzner, kürzlich von einer Japanreise zurückgekehrt, berichtete: „Fukushima ist eine sterbende Stadt. Wer es sich leisten kann, zieht weg.“ Die Situation dort sei weiter hoch brennend. Doch gebe es keine beschlossene Abkehr von der Atomtechnik – auch wenn sich

dort 80 Prozent der Menschen gegen die Atomkraft aussprechen würde. „Die Macht der Atomkonzerne ist enorm“, sagte sie. Das Datum 2022 für einen Atomausstieg in Deutschland ist für sie daher auch zu lange. Das gehe deutlich schneller, forderte sie. Daher will sie sich weiter engagieren, wie viele andere auch am Jahrestag des Unglücks mit Demos und Lichterketten. Denn Menzner war sich sicher: „Diese Regierung wird weiter Druck brauchen.“ *Annette Sach*

### STICHWORT

#### EIN JAHR NACH FUKUSHIMA – Bilanz einer Katastrophe

- > Zahl der Opfer** Nach dem Erdbeben und dem anschließenden Tsunami verloren am 11. März 2011 mehr als 15.800 Menschen ihr Leben. Mehr als 115.000 Gebäude entlang der 400 Kilometer langen Küste wurden zerstört. Schätzungsweise 340.000 Menschen mussten in dem betroffenen Gebiet um Fukushima ihre Heimat verlassen.
- > Wirtschaftliche Schäden** Das Ausmaß der Schäden für die Wirtschaft ist noch nicht abschätzbar. Viele Gebiete der Landwirtschaft sowie Fischgründe sind nicht mehr nutzbar.
- > Zukunft der Atomkraft** In Japan sind von 54 Atomkraftwerken noch zwei Anlagen am Netz. Sie sollen für Wartungsarbeiten am 26. März abgeschaltet werden. Bislang gibt es in Japan keine Engpässe bei der Energieversorgung.



Anzeige

## DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Jetzt auch als E-Paper

\* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

DasParlament

Die Ware Wissen

## Strom sparen in Küche und Keller

**WIRTSCHAFT** Stahlindustrie kann ihren Energiebedarf aus physikalischen Gründen kaum noch verringern

Wer Strom sparen und Energie effizienter nutzen will, muss nicht weit gehen: In Küche, Bad und Keller liegen die größten Einsparpotenziale. Mit 55 Terrawattstunden im Jahr würden fast 40 Prozent des privaten Stromverbrauchs in Deutschland auf Elektro-Haushaltsgeräte entfallen, teilten Vertreter der Firma Bosch Siemens Hausgeräte in einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses zum EU-Vorschlag für eine Energieeffizienzrichtlinie in der vergangenen Woche mit.

**Lange in Betrieb** Durch die lange Nutzungsdauer würden Kaufentscheidungen lange nachwirken. So würden Geschirrspüler zwölf Jahre lang genutzt, Gefriergeräte 17 Jahre. Moderne Hausgeräte würden jedoch nur noch die Hälfte, zum Teil sogar nur ein Drittel des Stroms verbrauchen. „Insgesamt ließen sich durch den Austausch dieser sehr alten Geräte in den Haushalten jährlich rund 15 Terrawattstunden Strom einsparen“, hieß es in der Stellungnahme der Firma. Um diese Potenziale zu heben, wurden Anreizprogramme empfohlen. Vorbild könnte die „Abwrackprämie“ für alte Autos sein. Gegenstand der Anhörung waren zudem Anträge der Oppositionsfraktionen SPD (17/8159), Die Linke (17/8457) und Bündnis 90/Die Grünen (17/7462), in denen eine wirkungsvolle Ausgestaltung der EU-Richtlinie und eine wirkungsvolle Energieeffizienz gefordert wird.

In der Anhörung warnte die Wirtschaft vor zu scharfen Verpflichtungen zur Energieeffizienz und Energieeffizienz. So lehnte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) „absolute Energieeffizienzparzele ab, da diese nicht mit dem zyklischen Konjunkturverlauf zu vereinbaren sind, ohne dass dies zu Lasten der Wirtschaftskraft europäischer Unternehmen geht“. Der Richtlinien-Vorschlag soll die EU zu einer Senkung des Primärenergieverbrauchs um 20 Prozent bis zum Jahre 2020 befähigen. Von der Wirtschaftsvereinigung Stahl hieß es, die deutsche Stahlindustrie habe ihren spezifischen Primärenergieverbrauch seit 1960 um annähernd 40 Prozent gesenkt. „Der Bedarf an Kohlenstoffträgern für den Eisenerz Reduktionsprozess im Hochofen sowie an Schmelzstrom für Elektrolichtbogenöfen lässt sich allerdings aus chemischen und physikalischen Gründen kaum noch weiter verringern“, hieß es in der Stellungnahme. Die Energieeffizienzpotenziale der Stahlindustrie lägen weit unter den von der Politik angestrebten Steigerungsraten. „Vor diesem Hintergrund dürfen die Anforderungen gegenüber energienteintensiven Industrien wie der Stahlindustrie nicht überspannt werden“, wurde gewarnt. „Insgesamt setzt der Entwurf zu stark auf starre Planvorgaben und zu wenig auf flexible und effiziente Marktelemente“, hieß es vom Bundesverband der Energie- und Was-

serwirtschaft (BDEW). Daher halte man „überhaupt nichts von dieser Art Verpflichtung“. Die Kupfer verarbeitenden „Wieland-Werke“ (Ulm) erklärten: „Pauschal für alle Unternehmen sind solche festen Vorgaben kontraproduktiv.“ Das Ziel der EU-Richtlinie sei „sehr sportlich“. Dagegen hieß es von der Prognos AG, das mittelfristige Ziel der EU, 20 Prozent Primärenergie einzusparen, liegt in guter Übereinstimmung mit den nationalen Zielen

und erfordere aus nationaler Sicht kaum zusätzliche Anstrengungen. Anders als die Industrievertreter ging die deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz davon aus, dass durch Endenergie-Effizienzmaßnahmen bis 2020 bis zu 14 Prozent des Endenergieverbrauchs eingespart werden könnten. Allein mittels Stromeffizienzmaßnahmen könne auf die Kapazität von mindestens zehn Kernkraftwerken verzichtet werden. *hle*



Alte Kühlschränke gehören im Zeitalter der Energieeffizienz zum Recycling.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Ressourcen effektiver einsetzen

**Umwelt** Die Bundesregierung soll sich im Rahmen des Bundeshaushalts 2012 für eine Steigerung der Ressourceneffizienz einsetzen. Mit den Stimmen der Koalition wurde am vergangenen Donnerstag ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion (17/8575) gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Die Abgeordneten beschlossen damit, die Rohstoffstrategie der Bundesregierung weiter konsequent umzusetzen und die hohen Verwertungsquoten bei mineralischen Abfällen auch zukünftig zu gewährleisten. Außerdem soll eine umfassende „Nationale Forschungs- und Innovationsförderstrategie“ für Ressourcentechnologien entwickelt werden. Die Zielsetzungen und Maßnahmen des Ressourceneffizienzprogramms sollen weiterhin evaluiert und konkretisiert werden.

„Ich denke, dass es wirklich etwas bringt, Umwelt und Wirtschaft endlich zu verzahnen, für einen besseren Verbraucherschutz und für bessere Kennzeichnungen zu sorgen und durch das Ressourceneffizienzprogramm insgesamt voranzukommen“, erklärte Horst Maierhofer der FDP-Fraktion. Ihm entgegenete Gerd Bollmann von der SPD-Fraktion mit einem Fragenpaket: „Warum wird deutscher Müll nach China exportiert, dort unter menschenunwürdigsten Bedingungen per Hand verarbeitet und dies dann in Deutschland als stoffliche Verwertung anerkannt? Damit unsere Quoten eingehalten werden? Damit China mehr Sekundärrohstoffe erhält?“ Er begrüßte zwar die Idee des Antrags, doch stünden „Fehler“ des Antrags im Widerspruch zur Ressourceneffizienz.

Thomas Gebhart, CDU/CSU-Fraktion, hingegen betonte, dass es ein solches Programm „noch nie“ gegeben habe: „Die Handlungsfelder und die Aufgaben werden umfassend beschrieben und dargelegt.“

Die Rednerin der Linksfaktion, Eva Bulling-Schröter, forderte, Produkte fortan so zu gestalten, „dass sie nach ihrer Lebensdauer sinnvoll stofflich verwertbar sind. Viele Wegwerf-, aber auch Luxusartikel müssen in Zeiten des Klimawandels und der Ressourcenknappheit wenn schon nicht verboten, dann wenigstens deutlich teurer werden.“ Die Grünen räumten zwar, ein dass der Antrag wichtige Punkte aufgreife. Der Grünen-Abgeordnete Oliver Krischer warf der Regierungskoalition aber vor, zu zerstören „was über mehrere Legislaturperioden hinweg zu dem Thema aufgebaut wurde.“ Es gebe in dem Programm „keine konkreten Maßnahmen.“ wie etwa verbindliche Recyclingquoten. Ein solcher Antrag bleibe daher unverbindlich. *ver ll*

Klimafreundlich im Dienstwagen

**FINANZEN** Steuerliche Vorschriften für Firmenwagen sollen konsequent an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. So soll die steuerliche Abzugsfähigkeit des Aufwands für Personenkraftwagen, die als Firmenwagen genutzt werden, entsprechend den fahrzeugspezifischen Kohlendioxid-Emissionen begrenzt werden, heißt es in einem Antrag der Linksfaktion (17/8883), der vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Neuregelung soll für ab 2013 erstmals zugelassene Autos gelten.

Die Fraktion schlägt vor, für Fahrzeuge mit einem Kohlendioxid-Ausstoß bis 155 Gramm pro Kilometer weiterhin den Abzug aller Aufwendungen zuzulassen. Je übersteigende fünf Gramm Kohlendioxid soll die Abzugsfähigkeit um 2,5 Prozentpunkte reduziert werden. Außerdem wird verlangt, den maßgeblichen Kohlendioxid-Wert (2013: 155 Gramm) jedes Jahr um fünf Gramm zu verringern.

Änderungen soll es nach den Vorstellungen der Linksfaktion auch bei der Besteuerung der privaten Nutzung von Firmenwagen geben. So soll an die Stelle der heute üblichen Besteuerung

von einem Prozent des Kaufpreises für Fahrzeuge mit einem Ausstoß bis zu 125 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer eine Besteuerung von nur noch 0,9 Prozent der Anschaffungskosten pro Kalendermonat treten. Dies sei ein „positiver Anreiz“, schreibt die Fraktion. Je übersteigende fünf Gramm Kohlendioxid pro Kilometer soll die Besteuerung aber um 0,025 Prozentpunkte erhöht werden. Der maßgebliche Kohlendioxid-Wert soll bis 2020 jedes Jahr um jährlich fünf Gramm vermindert werden.

Nach Angaben der Fraktion sind Pkw für rund zwölf Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich. Seit 2001 würden mehr Neuwagen durch Unternehmen angeschafft als von Privatleuten. Der durchschnittliche Verbrauch von Firmenwagen liege erheblich über dem Verbrauch privater angeschaffter Fahrzeuge. „Da Firmenwagen zudem meist als Gebrauchtwagen an Private weiterverkauft werden, sinkt der durchschnittliche Verbrauch von Personenkraftwagen in Deutschland zu langsam. Es ist daher umgehend erforderlich, finanzielle Anreize für die Anschaffung klimafreundlicher Firmenwagen zu beschließen.“ *hfe ll*

Zukunft des Neuner-Gremiums

**HAUSHALT** Der Bundestag will bei der Ausgestaltung der parlamentarischen Beteiligungsrechte bei der Umsetzung des ESM-Pakets das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum sogenannten Neuner-Gremium (Beteiligungsrechte des Bundestages beim Rettungsschirm EFSF) einarbeiten. Dies wurde vergangene Woche bei der Sitzung des Haushaltsausschusses deutlich, in der sich die Abgeordneten über die Bewertung des Verfassungsgerichtsurteils informieren ließen.

Der Vertreter der Bundestagsverwaltung betonte dabei, dass das Verfassungsgericht vor allem das Budgetrecht des gesamten Parlaments und die Gleichheit des Mandats betont habe.

Für den Prozessbevollmächtigten des Bundestages ist die Gerichtsentscheidung von der verfassungsrechtlichen Leitvorstellung getragen, die Verantwortung des Parlaments und die Rechtsstellung der Abgeordneten mit Blick auf die Haushaltsverantwortung in Systemen intergovernmentalen Regierens zu betonen. Er hielt allerdings auch fest, dass die wesentlichen Konstruktionsmerkmale des Neuner-Gremiums – also die Konstituierung durch ein Bundesgesetz, die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen des Parlaments und die Spiegelbildmög-

lichkeit des „kleinstmöglichen“ Gremiums – vom Bundesverfassungsgericht „ausdrücklich“ bestätigt worden seien. Der entsprechende Gestaltungsspielraum des Bundestages hätte insoweit gesichert werden können, betonte der Rechtsanwält.

Der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion betonte, neben Änderungen beim derzeitigen EFSF-Gesetz sei das Urteil besonders wichtig für die Ausgestaltung des ESM. Die FDP-Fraktion hielt es für gut, dass jetzt bei allen wesentlichen Entscheidungen im Hinblick auf EFSF und ESM das Parlament beteiligt werden müsse.

Die SPD betonte, dass alles getan werden müsse, um eine verfassungsmäßige Grundlage bei dieser Gesetzgebung zu bekommen.

Die Linksfaktion begrüßte, dass durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Auftrag des Neuner-Gremiums eindeutig definiert worden sei.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist es nun wichtig zu klären, ob das Neuner-Gremium in dieser Größe beibehalten werden kann oder ob auch Stellvertreter gewählt werden müssten. Ein Abgeordneter der SPD-Fraktion warnte davor, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu unterlaufen. *mik ll*



Hitziger Protest

**SOLARENERGIE** Die Pläne der Regierung, die Förderung für Sonnenstrom zu kürzen, stoßen auf viel Kritik. Schwarz-Gelb sieht aber gerade darin neue Chancen für die Branche

Mehr als 11.000 Menschen demonstrieren in der vergangenen Woche in Berlin gegen die Pläne der Regierung, die Solarförderung zu kürzen.

Auf einen Verbündeten konnten sich sowohl die Befürworter als auch die Gegner des geplanten Gesetzes zur Kürzung der Solarförderung verlassen: die Sonne. Sie strahlte, als sich die Gegner des Gesetzentwurfs zur Kürzung der Solarförderung – Solarfirmen wie auch Gewerkschaften – in der vergangenen Woche vor dem Brandenburger Tor versammelten. Und auch als die Regierung am vergangenen Freitag ihren Gesetzentwurf (17/8877) in erster Lesung ins Parlament einbrachte, blitzten Sonnenstrahlen mit voller Kraft in den Plenarsaal hinein. Frühlingsgefühle wollten bei der Debatte um die Zukunft der Photovoltaik aber nicht aufkommen. Die Diskussion, wie hoch die Kürzungen für Strom aus Sonne in den nächsten Jahren ausfallen sollen, wurde, wie Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) bemerkte, „leidenschaftlich“ und „hitzig“ geführt. Denn während die Regierung möchte, dass die Solarbranche „erwachsen“ wird, sieht die Opposition die Photovoltaik als Lackmuseum, wie ernst es die Regierung mit der Energiewende wirklich meint.

**Frontalangriff auf Solarindustrie** Seit dem Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) Ende Februar nach wochenlangem Streit ein gemeinsames Papier zur Kürzung der Solarförderung präsentiert hatten, ist die Aufregung groß: Solarfirmen äußerten in Brandbriefen an Abgeordnete ihre Angst, dass ihre Firmen in den Ruin getrieben werden könnten, Handwerker fürchten, dass sie auf bereits gekauften Solaranlagen sitzen bleiben könnten, und die Gewerkschaften sehen Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr. Auch von Seiten der Bundesländer, insbesondere aus Ostdeutschland, wo viele Solarunternehmen ihren Sitz haben, hagelt es Kritik. Denn die Solarindustrie ist dort vor allem auch in strukturschwachen Gebieten angesiedelt. Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) bezeichnete die Regierungspläne als „Frontalangriff auf die Solarindustrie“. Auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) pochte im Vorfeld auf Korrekturen. Die angestrebten Senkungen seien zu hoch und setzten falsche Schwerpunkte, sagte er vergangene Woche zum Auftakt der internationalen Handwerksmesse in München.

Katherina Reiche (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, kennt diese Vorwürfe: „Kahlschlag“, „Ausstieg“ und „Deindustrialisierung“ seien nur einige davon, sagte sie bei der Debatte am vergangenen Freitag. Die Empörungskurve der Opposition könne keine Grenzen, „aber leider ist die Lernkurve der Opposition kleiner als die der Photovoltaik“, sagte sie. Die Kürzungen für Strom aus Solaranlagen hält sie für notwendig – gerade auch für die Zukunft der Branche. Denn ein Massenmarkt wie die Photovoltaik könne nicht dauerhaft durch Subventionen gespeist werden. Vielmehr müsse das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zum „Marktertüchtigkeitsmodell“ werden. „Die Industrie muss sich unabhängig behaupten“, forderte die CDU-Abgeordnete. Gleichzeitig bekräftigte

sie das Ziel der Regierung, bis zum Jahr 2020 insgesamt 35 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Bereits 2011 habe der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung 21 Prozent ausgemacht, sagte Michael Kauch (FDP). Es sei daher die Regierung, die die „Politik für eine schnellere Energiewende“ machen würde. Der Solarstrom sei aber nur ein Marktsegment der erneuerbaren Energien: „Wind und Biomasse sind das Rückgrat der erneuerbaren Energien“, sagte Kauch. Genau die sieht die Opposition mit dem neuen Gesetz in ernster Gefahr. Für Ulrich

Kelber (SPD) sind die Neuregelungen „ein durchsichtiger Angriff auf das EEG“, weil die Verlässlichkeit bei der Förderung nicht mehr gewährleistet sei. Er kritisierte auch, dass das Kabinett durch eine neue Verordnungsermächtigung in Zukunft das Recht habe, die Kürzungen ohne Beteiligung des Parlaments zu kappen. Für Kelber eine klare „Entmachtung des Parlaments“.

**Blockade der Energiewende** Ein Vorwurf, den auch Gregor Gysi (Die Linke) teilte. „Sie wollen keine öffentliche Diskussion“ warf er der Regierung vor und nannte die Neuregelung schlicht „Solarausstiegsgesetz“. „Wie viele Unternehmen wollen Sie noch in die Insolvenz schicken?“, fragte er. Der Osten, mahnte Gysi, verträge keine zweite Deindustrialisierung. Auch Gysi vermutete daher hinter den Plänen der Regierung eine „Blockade der Energiewende“ und eine „Förderung hin zu den großen Energiekonzernen“. Bärbel Höhn sah das genauso: „Es geht Ihnen darum, die Solarenergie klein zu machen, um die Gewinne der großen Energiekonzerne groß zu halten“, sagte sie. Denn es sei gerade der Solarstrom gewesen, der den großen deutschen Energiekonzernen wie RWE erst kürzlich einen Gewinnrückgang um 20 Prozent beschert habe, sagte Höhn. Der Gesetzentwurf wurde an den Umweltausschuss überwiesen. Am 21. März beraten dann Experten in einer öffentlichen Anhörung über die Kürzungspläne. Bis das Gesetz Ende März verabschiedet werden soll, wird es in Berlin, mit oder ohne Sonne, noch viele hitzige Debatten geben. *Annette Sachll*

**FAKTEN**

- > Kürzung der Solarförderung** Der Gesetzentwurf (17/8877) sieht vor, die Förderung von Solarstrom, je nach Größe der Anlage, einmalig um 20 bis 30 Prozent zum 1. April 2012 zu kürzen. Danach soll es pro Monat eine weitere Kürzung um 0,15 Cent pro Kilowattstunde geben.
- > Strommenge** Künftig sollen nur noch 85 bis 90 Prozent des produzierten Stroms vergütet werden. Der restliche Strom soll entweder selbst verbraucht oder verkauft werden.
- > Zubau** Der Neubau von Anlagen soll 2012 und 2013 auf eine Leistung von 2.500 bis 3.000 Megawatt beschränkt werden.

Alle wollen Kraft und Wärme koppeln

**WIRTSCHAFT** Förderung der dezentralen Energieversorgung soll verbessert werden

Bundesregierung und alle Fraktionen haben ein Bekenntnis zur besseren Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) abgegeben. In einer Debatte des Deutschen Bundestages am Donnerstag sprach der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Hans-Joachim Otto (FDP), von einem „Bündel von Maßnahmen“ zur Stärkung dieser Technik. „Die Bundesregierung steht zur Kraft-Wärme-Kopplung als Effizienztechnologie“, sagte Otto. Durch Nutzung der bei der Stromerzeugung anfallenden Abwärme für Heizwecke könnten Wirkungsgrade bis zu 90 Prozent erreicht werden.

Die Bundesregierung will die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung verbessern, um den Anteil dieser Technik an der deutschen Stromerzeugung auf 25 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erhöhen. Der dazu von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (17/8801) wurde vom

Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

**Förderhöchstgrenze** Mit der Novelle sollen die Zuschläge auf den Strompreis für KWK-Anlagen, die ab 2013 den Betrieb aufnehmen, erhöht werden. Die seit 2009 auf 750 Millionen Euro begrenzte Gesamtförderung soll aber nicht erhöht werden. Bei unveränderter Förderung werde die Kraft-Wärme-Kopplung im Jahr 2020 einen Anteil von 20 Prozent an der Nettostromerzeugung erreichen. Damit werde das Ziel eines Anteils von 25 Prozent nicht erreicht, schreibt die Bundesregierung.

Rolf Hempelmann (SPD-Fraktion) begrüßte den Gesetzentwurf als Schritt in die richtige Richtung. Die Kraft-Wärme-Kopplung sei ein wesentlicher Pfeiler in jeder Effizienzstrategie. Hempelmann wies darauf hin, dass die Modernisierung vorhandener KWK-Anlagen ein bisher erheblich unterschätzter Bereich sei. *hfe ll*

Um die Energiewende zu vollenden, werde die Kraft-Wärme-Kopplung gebraucht, sagte Thomas Bareiß (CDU/CSU-Fraktion). Zugleich warf er der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen vor, die Inbetriebnahme einer der modernsten und größten KWK-Anlage in Datteln im Ruhrgebiet zu verhindern. Dort könnten 100.000 Menschen mit Wärme versorgt werden. Damit stieß Bareiß auf unterschiedlichen Widerspruch von Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen). Er entgegnete, beim Kraftwerk in Datteln handle es sich um einen „Schwarzbau“ aus der Zeit der Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Die rot-grüne Landesregierung sei jetzt dabei, die Fehler der Regierung Rüttgers zu reparieren. Eva Bulling-Schröter (Die Linke) bezeichnete die Förderhöchstgrenze von 750 Millionen Euro als unverstärkt, wenn man stärker auf die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung setzen wolle. Sie nannte KWK „Strom von unten“. *hfe ll*

Anzeige

**Transformation ist messbar**

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)  
**Transformationsindex BTI 2012**  
 Politische Gestaltung im internationalen Vergleich  
 2012, 140 Seiten, Broschur  
 € 20,- [D] / sFr. 35,50  
 ISBN 978-3-86793-343-8

Seit dem „arabischen Frühling“ ist das Wort Transformation erneut in aller Munde. Der BTI ist eines der differenziertesten internationalen Messinstrumente zur Analyse von Transformationsprozessen weltweit. Er informiert über den Stand von Demokratie und Marktwirtschaft sowie die Qualität politischer Gestaltungsleistungen in 128 Transformationsländern. Die aktuelle Publikation bietet einen Überblick über globale Trends und regionale Entwicklungen und den idealen Einstieg in 128 detaillierte Ländergutachten und den interaktiven Transformationsatlas.

[www.bti-project.de](http://www.bti-project.de)

Verlag BertelsmannStiftung

Postfach 103, 33311 Gütersloh | ☎ 05241/80-88280 | ✉ 05241/46970  
[www.bertelsmann-stiftung.de/verlag](http://www.bertelsmann-stiftung.de/verlag) | sabine.reimann@bertelsmann-stiftung.de



Immer schneller, immer teurer: Der elektronische Handel dominiert inzwischen das Börsengeschehen.

## Steueränderung bei Kleinbauern

**FINANZEN** Die Bundesregierung sieht Handlungsbedarf bei der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen bei landwirtschaftlichen Einkünften und will dafür einen mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurf vorlegen. Es gebe zwar noch keinen Zeitplan, aber andererseits solle das Thema auch nicht auf die lange Bank geschoben werden, erklärte der Vertreter der Bundesregierung am Mittwoch im Finanzausschuss zu einem als Unterrichtung (17/8428) vorgelegten Bericht des Bundesrechnungshofs. Dieser hatte erhebliche Defizite in der Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe ermittelt. Dabei geht es um Betriebe, die ihren Gewinn nach Durchschnittssätzen ermitteln. Diese Gewinnermittlung ist als eine vereinfachte, pauschalierende Methode gedacht, die kleine landwirtschaftliche Betriebe von Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten befreit. Von bundesweit 581.042 Fällen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft nutzen 138.204 (23,8 Prozent) diese Möglichkeit. Voraussetzungen sind unter anderem eine selbstbewirtschaftete Fläche bis höchstens 20 Hektar und Tierbestände bis höchstens 50 Vieheinheiten. Der Bundesrechnungshof vertrat die Ansicht, dass der nach Durchschnittssätzen ermittelte Gewinn die tatsächlichen Einkünfte nicht realitätsnah wiedergibt. Daher wurde eine vereinfachte Gewinnermittlung auf Basis der Einnahmen empfohlen. hle ||

## Mehr Forschung gefordert

**TOURISMUS** Aus Sicht führender Fachwissenschaftler muss die tourismuswissenschaftliche Forschung vorangetrieben werden. Deutschland müsse wie ganz Europa mehr tun, um die Innovationskraft der Branche zu erhalten und auszubauen, um konkurrenzfähig zu bleiben, betonten die Sachverständigen unisono vergangene Woche in einer öffentlichen Anhörung des Tourismusausschusses zum Thema „Tourismus und Wissenschaft – Ausbildung, Forschung, Wissenstransfer“. Eine „kleinteilige Drittmittelforschung“ reiche nicht aus, um wissenschaftlichen Nachwuchs in ausreichender Quantität und Qualität zu gewinnen, betonte der Professor für Tourismus an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Theo Eberhard. Er fügte hinzu: „Die Lehre ist immer die Forschung von gestern.“ Notwendig sei eine ausreichende Ausstattung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Professor Armin Brysch von der Fakultät für Tourismus an der Hochschule Kempten forderte, die Internationalisierung der Tourismuswissenschaft auszubauen. Der Druck auf Studenten, einen Bachelor-Abschluss innerhalb von sechs Semestern zu schaffen, lasse junge Leute jedoch oftmals vor einem wichtigen Auslandssemester zurückschrecken. Die Vergleichbarkeit und Anerkennung von Studieneinheiten müsse verbessert werden. Der Leiter des Instituts für Management und Tourismus an der Fachhochschule Westküste (Heide), Bernd Eisenstein, sagte in diesem Zusammenhang, in dem seit 2004 angebotenen Bachelor-Studiengang an seiner Einrichtung sei ein Auslandssemester obligatorisch. Er wies zugleich darauf hin, dass die Tourismuswissenschaft bislang zu ökonomiezentriert sei. Ohne soziologische, psychologische, pädagogische oder geografische Ansätze werde die Innovationskraft auf Dauer geschwächt. mpi ||

# Moloch Derivate-Märkte

**FINANZEN** Rohstoff-Terminhandel soll reguliert werden. Opposition warnt vor Hunger durch Spekulation

Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel steigen längst nicht mehr allein wegen größerer Nachfrage. Auch die Spekulation spielt eine immer wichtigere Rolle. „Um Fehlentwicklungen an den Rohstoffmärkten vorzubeugen, ist eine gezielte und wirksame Regulierung des Rohstoffterminhandels erforderlich“, heißt es in einem Antrag von CDU/CSU und FDP-Fraktion (17/8882). Es sei Zeit, sich mit dem Thema Spekulation mit Rohstoffen zu beschäftigen, stellte CDU/CSU-Finanzexperte Ralph Brinkhaus in der Debatte des Bundestages über diesen Koalitionsantrag am Donnerstag fest. Handel, Termingeschäfte und auch Spekulation mit Rohstoffen habe es immer gegeben. „Trotzdem machen wir uns Sorgen um den Markt für Rohstoffderivate“, sagte Brinkhaus. Die Preise würden stark schwanken.

men haben, lag genau an diesem Moloch Derivatemarkte, der mittlerweile das Vielfache des Bruttoinlandsprodukts der ganzen Welt umfasst.“ Dass es auf den Rohstoffmärkten diese Verwerfungen gebe, „wollen wir verhindern“. Daher müsse es strenge Regeln geben sowie eine Aufsicht, die auch eingreifen könne. Ein komplettes Verbot dieser Derivategeschäfte lehnte Brinkhaus ebenso ab wie völlige Marktfreiheit. „Es gibt eine Legitimation dafür, diese Märkte zu regulieren.“ Die elementare Bedeutung der Rohstoffversorgung für die deutsche Wirtschaft hob Björn Sänger hervor. Rohstoffe seien Grundlage für jede Form des Wirtschaftens und für Wohlstand. Wenn es um Lebensmittel gehe, werde das Thema von den Menschen besonders aufgenommen und sei manchmal „ethisch überladen“. Sänger sagte: „Finanzinvestoren werden benötigt, denn irgendjemand muss das Risiko nehmen.“ Dass die Preisschwankungen weiter zunehmen, „wollen wir nicht“, sagte Sänger, der aber eine Preisregulierung strikt ablehnte.



»Es gibt eine Legitimation dafür, diese Märkte zu regulieren.«  
Ralph Brinkhaus (CDU)

**Parallelen zu Finanzmärkten** In die Rohstoffmärkte fließe „unglaublich viel Kapital“ von Finanzinvestoren und Hedgefonds. Eine ähnliche Entwicklung habe es auf dem Markt der Finanzderivate gegeben, wo sich das Volumen dieser Geschäfte verundertfach habe, sagte Brinkhaus und erinnerte. „Ein erheblicher Teil der Probleme, die wir im Rahmen der Finanzmarktkrise bekom-

men haben, lag genau an diesem Moloch Derivatemarkte, der mittlerweile das Vielfache des Bruttoinlandsprodukts der ganzen Welt umfasst.“ Dass es auf den Rohstoffmärkten diese Verwerfungen gebe, „wollen wir verhindern“. Daher müsse es strenge Regeln geben sowie eine Aufsicht, die auch eingreifen könne. Ein komplettes Verbot dieser Derivategeschäfte lehnte Brinkhaus ebenso ab wie völlige Marktfreiheit. „Es gibt eine Legitimation dafür, diese Märkte zu regulieren.“ Die elementare Bedeutung der Rohstoffversorgung für die deutsche Wirtschaft hob Björn Sänger hervor. Rohstoffe seien Grundlage für jede Form des Wirtschaftens und für Wohlstand. Wenn es um Lebensmittel gehe, werde das Thema von den Menschen besonders aufgenommen und sei manchmal „ethisch überladen“. Sänger sagte: „Finanzinvestoren werden benötigt, denn irgendjemand muss das Risiko nehmen.“ Dass die Preisschwankungen weiter zunehmen, „wollen wir nicht“, sagte Sänger, der aber eine Preisregulierung strikt ablehnte.

nungen, aber in Wirklichkeit mache sich „tiefe Enttäuschung“ breit. Die Koalition bleibe auf einer beschreibenden Ebene, er teile Prüfaufträge und wolle die Entwicklungen beobachten. „Sie sind nicht die Vogelwarte eines Naturreservats, Sie regieren“, rief Sieling den Koalitionsabgeordneten zu. Die Preisexplosionen auf den Rohstoffmärkten und bei Grundnahrungsmitteln seien nicht mit wachsender Nachfrage oder Produktionseinbrüchen zu erklären. 1990 hätten die Derivatemarkte ein Volumen von zwei Billionen Euro gehabt, während das Welt-Bruttoinlandsprodukt 20 Billionen Euro betrage habe. 2010 habe das Verhältnis 600 Billionen Euro Derivate und 60 Billionen Weltbruttoinlandsprodukt betragen. „Die Welt ist auf den Kopf gestellt worden“, sagte er.

**Spekulation der Banken** Finanzmarktakteure hätten zwischen 2003 und 2008 ihre Investitionen in die Rohstoffmärkte von 13 auf 200 Milliarden erhöht und inzwischen verdoppelt, erläuterte Ulla Lötzer (Die Linke). Die Deutsche Bank sei einer der wichtigsten Spieler. „Da wollen Sie mir nicht im Ernst sagen, dass das mit Absicherung gegen Preis- und Währungsschwankungen von Realgeschäften zu tun hat. Das hat mit Spekulation zu tun“, sagte Lötzer. Die Maßnahmen der Koalition bei Derivaten und beim Hochfrequenzhandel, wo sich mit minimalen Kursdifferenzen Milliardengewinne erzielen lassen würden, seien aber „völlig unzureichend“. Der Hochfrequenzhandel „gehört ganz einfach verboten und

nicht nur registriert“, forderte die Linken-Abgeordnete. Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick warf der Koalition vor, zwar „knackige Worte“ zu verwenden, aber in Wirklichkeit sogar hinter den Forderungen der G 20 zurückzubleiben. „Wenn hier in Deutschland Menschen in Produkte investieren, wo sie davon profitieren, wenn die Preise für Weizen steigen und deswegen Leute Schwierigkeiten haben, ihren Hunger zu stillen, dann ist das eine ethische Frage und die muss man beantworten“, sagte Schick. „Mit Essen spielt man

nicht“, stellte er zum Zertifikatehandel mit Weizen fest. „An dieser Stelle sind wir für Verbote“, sagte Schick, der den Antrag der Koalition als „Marketingantrag“ kritisierte. In ihrem an die Ausschüsse überwiesenen Antrag fordern CDU/CSU- und FDP-Fraktion, alle Hochfrequenzhändler der Marktaufsicht zu unterstellen. Auch der Handel mit Rohstoffderivaten soll schärfer überwacht werden. Bei Fehlentwicklungen sollen Gegenmaßnahmen wie die Begrenzung der Positionen einzelner Händler an den Börsen möglich sein. Hans-Jürgen Leersch ||

**STICHWORT**

**ROHSTOFFMÄRKTE – Neue Marktplätze für Hedgefonds und Zucker**

**> Akteure** Auf den Rohstoffmärkten treten verstärkt die vom damaligen SPD-Chef Franz Müntefering als „Heuschrecken“ kritisierten Hedgefonds auf. Sie wetten auf die Preisentwicklung, egal ob bei Öl, Getreide oder Kakaobohnen.

**> Instrumente** Die Wetten werden als Termingeschäfte (Derivate) organisiert. Ein Teilnehmer verspricht einem anderen, dass er zum Beispiel Getreide zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem bestimmten Betrag von ihm kauft. Ist der Marktpreis höher, macht der Käufer einen Gewinn.

**> Negative Folgen** Ist der Preis niedriger, macht der Käufer (Fonds) Verlust. Ist der Kauf zum Teil kreditfinanziert, entsteht eine Hebelwirkung, weil der Kredit nicht mehr bedient werden kann. Folge: Die Anleger des Fonds verlieren alles.



### AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## »Gerechtere Verkehrssünderkartei«

**VERKEHR** „Die Verkehrssünderkartei soll einfacher, gerechter und transparenter werden.“ Dies erklärte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) vergangene Woche im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bei der Vorstellung der Eckpunkte zur Reform des Verkehrszentralregisters in Flensburg. Ziel sei es, nur noch diejenigen mit Punkten zu belegen, die die Verkehrssicherheit gefährden würden. Das bestehende Zentralregister habe sich in den vergangenen 50 Jahren um „Lichtjahre“ vom Bürger entfernt, betonte der Minister. Es gebe einen gewaltigen Verwaltungsaufwand bei zur Zeit rund neun Millionen Akten und große Auslegungsschwierigkeiten, die ganze „Heerscharen von Rechtsanwälten“ beschäftigen würden. Deshalb sei eine Reform dringend notwendig. Nach dem geplanten neuen System gebe es einen Punkt für schwere Verkehrsverstöße und zwei Punkte für sehr schwere Verkehrsverstöße. Wenn ein Verkehrsteilnehmer insgesamt acht Punkte habe, werde der Führerschein eingezogen. Ramsauer rechnet damit, dass die Zahl der erfassten Einträge um rund zehn Prozent sinken wird. Dagegen könnte der Entzug der Führerscheine um rund zehn Prozent auf rund 5.500 im Jahr steigen. Ramsauer wies ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei dem von ihm vor-

gelegten Bericht lediglich um Eckpunkte handle. Nach eingehender Debatte mit den Betroffenen werde ein Gesetzentwurf vorgelegt. Er hoffe, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden könne. Dem schloss sich der Sprecher der Union an. „Die bisher vorgelegten Überlegungen gehen alle in die richtige Richtung“, betonte er und schlug vor, dass bei den bisher schon in Flensburg eingetragenen Verkehrssündern bei der Überleitung ein Punkt gestrichen werden könne. Auch die FDP-Fraktion hielt den Ansatz des Verkehrsministeriums für „gut und richtig“. Dadurch würden die Missbrauchsmöglichkeiten verringert. Auch für die SPD-Fraktion findet das bisherige System keine Akzeptanz mehr bei den Verkehrsteilnehmern. Die neuen Pläne hielt die Sprecherin aber für „genauso kompliziert“. Die SPD-Fraktion kritisierte, dass nach der öffentlichen Präsentation des Ministeriums die meisten Menschen davon ausgehen würden, dass die Entscheidung schon endgültig gefallen sei. Für die Linksfraktion ist Verkehrssicherheit mehr als nur die Reform eines Punktekatals. Für Bündnis 90/Die Grünen handelt es sich bei der Reform nur um einen Nebenschauplatz der Verkehrssicherheit. Das Reformkonzept sei „nicht überzeugend“. mik ||

## Parlamentarischer Beistand für den Tourismus-Boom

**ITB** Der Reisetandort Deutschland trotz der Finanzkrise. Die Abgeordneten wollen dafür sorgen, dass das so bleibt

Aufgrund der Finanzkrise müssen die Bürger vieler Staaten den Gürtel enger schnallen – ihre Reiselust nach Deutschland hat dies aber bislang nicht eingeschränkt. „Im Jahr 2011 konnte das Reiseland Deutschland seinen Rekord aus dem Vorjahr erneut brechen und 63,8 Millionen ausländische Übernachtungen verbuchen“, verkündete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsministerium, Ernst Burgbacher (FDP), vergangenen Donnerstag auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin. Damit der Reiseboom anhält, wollen sich die Bundestagsfraktionen gemeinsam dafür einsetzen, dass für das Auslandsmarketing Deutschlands künftig mehr Geld zur Verfügung steht. Das sagten die tourismuspolitischen Sprecher bei einem Treffen des Tourismusausschusses mit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) auf der ITB zu.

**Brähmig nennt Zielmarke** Der Vorsitzende des Ausschusses, Klaus Brähmig (CDU), betonte, wenn der Bund einen Zuwachs bei Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste auf 80 Millionen erwarte, müsse er auch bereit sein, mehr Geld für die Vermarktung des Tourismusstandortes Deutschland im Ausland zu investieren. Brähmig nannte in diesem Zusammenhang

eine Zielmarke von fünf Millionen Euro. In diesem Jahr erhält die DZT 27,7 Millionen Euro vom Bund. Die DZT kümmert sich um das Image der deutschen Reisebestimmungen im Ausland. Sie unterhält weltweit 30 Ländervertretungen. Die DZT-Vorstandsvorsitzende Petra Hedorfer sagte, ihre Organisation halte am Ziel fest, bis zum Ende der Dekade die 80-Millionen-Marke bei den Übernachtungen ausländischer Gäste zu erreichen. Allerdings werde 2012 angesichts der Unsicherheiten in der Weltkonjunktur „ein schwieriges Jahr“. Die DZT werde im laufenden Jahr einen Schwerpunkt auf das Segment Geschäftsreisen legen. Burgbacher wies darauf hin, dass die Reisebranche hierzulande mit einer Bruttowertschöpfung von fast 100 Milliarden Euro und 2,9 Millionen direkt im Tourismus Beschäftigten eine Wachstumslokomotive sei. Ausländische Reisende gäben jährlich rund 36,6 Milliarden Euro in Deutschland aus. Die tourismuspolitische Sprecherin der Unions-Fraktion, Marlene Mortler, sagte, die DZT brauche für ihre Arbeit Kontinuität. „Nur so können Netzwerke vor Ort aufgebaut werden“, unterstrich die CSU-Abgeordnete. Sie fügte hinzu: „Jeder Euro, der hier eingesetzt wird, bringt ein Vielfaches zurück.“ Ähnlich äußerte sich ihr FDP-

Amtscollegen Horst Meierhofer. Der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Hans-Joachim Hacker, sagte, die Mittelerhöhung für die DZT im Haushalt 2012 sei „die richtige Botschaft“. Er regte an, die 2017 in der 500-Jahr-Feier der Reformation mündende Luther-Dekade noch stärker in das Bewusstsein potenzieller Deutschland-Touristen zu rufen.

Der Tourismusexperte der Grünen-Fraktion, Markus Tresselt, unterstrich, um Zukunftsmärkte anzugehen, brauche die DZT mehr Geld. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, „auch die Wirtschaft stärker einzubinden“. Für die Fraktion Die Linke forderte Ilja Seifert, auch Jugendlichen aus ärmeren Ländern eine Reise nach Deutschland zu ermöglichen. Monika Pilath ||



Der Tourismusausschuss diskutierte auf der ITB mit den Spitzen der Tourismuszentrale.

# Ehrgeizige Pläne

**EUROPA** Mit ihrem Arbeitsprogramm 2012 will die EU-Kommission vor allem den Finanzsektor reformieren. Dabei muss sie zwei Ziele unter einen Hut bringen: Stabilität und Wachstum



Das Arbeitsprogramm möchte auch den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa stärken. Die EU-Kommission hat angekündigt, 2012 insgesamt 129 Initiativen umzusetzen.

Eigentlich bot die Debatte über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2012 über weite Strecken keine Überraschungen. Sprecher der Koalition lobten die vor allem von deutschen Initiativen geprägten Anstrengungen der EU für eine europaweit angelegte Stabilitätspolitik, monierten jedoch einzelne Ziele der Kommission wie etwa eine Transaktionssteuer als eigenständige Brüsseler Einnahmequelle. Die SPD machte sich besonders für EU-Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und speziell der Jugendverwerflosigkeit stark. Die Linke kritisierte die Brüsseler Politik generell als unsozial, worauf die Kommission in ihrem Konzept nicht eingehen. Also nichts Unvermutetes, nichts Spektakuläres.

Doch dann wurde es bei der Rede der Grünen-Abgeordneten Lisa Paus plötzlich munter im Plenum. Schließlich kommt es nicht alle Tage vor, dass die kleinste Oppositionsfraktion als Sachwalter der Kommission gegen Union und FDP auftritt, die sich als klassische Europaparteien verstehen.

**Im Zeichen der Finanzkrise** Indes hatte Paus im Programm einige Punkte als grüne Anliegen identifiziert, so die Förderung der Energiewende, eine EU-weite Besteuerung des Energieverbrauchs, die Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer oder die Bekämpfung der Steuerflucht als Vehikel zur Erhöhung der Einnahmen und damit zur Stabilisierung der Staatsfinanzen. Genau diese Politik der Brüsseler Kommission werde aber von der Koalition blockiert, warf die Abgeordnete Union und FDP vor. Das Arbeitsprogramm der Kommission 2012 steht

ganz im Zeichen der Finanz- und Staatsschuldenkrise. Deren Auswirkungen sollen durch eine konsequente Konsolidierungspolitik, aber auch durch die Förderung von Wachstum und Beschäftigung bekämpft werden.

Den Stabilitätspakt, zu dem als „Meilenstein“ der Fiskalpakt gehöre, würdigte Michael Link (FDP) als „großen Erfolg“ der deutschen Regierung, die entschieden für eine Schuldenbremse auf europäischer Ebene eingetreten sei. Zu einer gewissen Vorsicht rief der Staatsminister im Auswärtigen Amt bei der von der Kommission angestrebten Neuordnung der Finanzmärkte. Diese müsse man „angemessen regulieren“, forderte er. Das beste Wachstumsprogramm sei die Vertiefung des Binnenmarkts. An Projekten der Kommission wie der Reform der Mehrwertsteuer und der Altersvorsorge übte der FDP-Politiker jedoch Kritik.

Auch Detlef Seif (CDU) plädierte für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, dabei sei jedoch „Fingerspitzengefühl“ geboten. Seine Skepsis gegenüber einer Finanztransaktionssteuer begründete der CDU-Parlamentarier nicht zuletzt mit den Interessen des deutschen Finanzplatzes. Sein CSU-Kollege Karl Holmeier findet die von der Brüsseler Kommission befürwortete Finanztransaktionssteuer im Prinzip gut – doch nicht als EU-Abgabe, sondern als nationale Einnahmequelle. Wachstumsimpulse sind aus Sicht Seifs vor allem in „Schief-lagenländern“ sinnvoll, von „Marshallplänen“ will er allerdings nichts wissen: Billiges Geld fließe nur in den Konsum, aber nicht in den Wirtschaftsaufbau. Axel Schäfer (SPD) forderte, die Kommission müsse neben den Erfordernissen der Sta-

bilitätspolitik mehr Gewicht auf den sozialen Zusammenhalt sowie auf Wachstum und Beschäftigung legen. Besonders bei der Bekämpfung der Jugendverwerflosigkeit „muss auf EU-Ebene schnell etwas passieren“, verlangte der SPD-Abgeordnete.

**Soziale Schlagseite** Er rief dazu auf, den Einfluss der Parlamente in der Brüsseler Politik auszuweiten. Zu diesem Zweck müsse der Bundestag die Kommission besser in seine Politik einbeziehen. Auch sollten sich vor der nächsten Wahl der Kommissare die Kandidaten den nationalen Volksvertretungen vorstellen. Auch die Grüne Paus kritisierte, dass die EU-Politik zunehmend von den Regierungen bestimmt werde. Für An-

## KOMPAKT

> **EU-Arbeitsprogramm** Mit dem Programm werden die politischen Prioritäten der Gemeinschaft für das Jahr 2012 in konkrete Maßnahmen umgesetzt.

> **Reform des Finanzsektors** Anleger sollen künftig besser geschützt werden. Zudem soll Mehrwertsteuerbetrug und die Kapitalflucht in Steueroasen verhindert werden.

> **Größeres Wachstum** Der digitale Binnenmarkt soll weiter verstärkt werden. Zudem sollen Verbraucher bei Online-Geschäften wirksamer geschützt werden. Daneben wurden weitere Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung beschlossen.

drej Hunko von der Linken hat die Brüsseler Politik generell eine unsoziale Schlagseite. Zur Mitverantwortung der Kommission für die Griechenland-Pakete finde sich nichts in deren Arbeitsprogramm, kritisierte er. Darin entdeckte Hunko wenig Gutes, aber immerhin das Ja zu einer Finanztransaktionssteuer. Eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte suchte er allerdings vergeblich.

In ihrem Programm für 2012 spricht die Kommission von einem „vernünftigen Gleichgewicht“ zwischen der „Wiederherstellung nachhaltiger öffentlicher Finanzen und der Förderung des Wachstums“. Die eingeleiteten Reformen zur Regulierung der Finanzmärkte, etwa bei Ratingagenturen, sollen dieses Jahr abgeschlossen werden. Wachstumsimpulse will man im einzelnen etwa durch die Unterstützung des Forschungssektors, durch mehr Wettbewerb im Schienenverkehr, durch Investitionen in Energiesysteme oder durch den Ausbau des elektronischen Geschäftsverkehrs erreichen. Der Sozialfonds soll für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Mehr grenzüberschreitende Mobilität bei jungen Leuten soll helfen, die Jugendverwerflosigkeit einzudämmen.

In der EU will die Kommission Investitionen in „dynamische Zukunftsbereiche lenken“. Dazu gehöre eine „ressourceneffiziente und kohlenstoffarme Wirtschaft“. Einen wichtigen Beitrag könne dabei die Verabschiedung einer Energiesparrichtlinie leisten. Die Entwicklung erneuerbarer Energien müsse beschleunigt werden. An der Atomkraft will die Kommission im Übrigen festhalten, doch müsse die „nukleare Sicherheit“ verbessert werden. *Karl-Otto Sattler*

## Erbe der Balkankriege

**TRIBUNAL** Chefankläger Brammertz informiert EU-Ausschuss

Über die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag hat der Chefankläger Serge Brammertz vergangene Woche in einem Gespräch im Europaausschuss des Bundestag berichtet.

Der 50-jährige belgische Jurist hatte das Amt 2008 von seiner Schweizer Kollegin Carla del Ponte übernommen. Bereits 2003 wurde er als Stellvertretender Ankläger zum Internationalen Strafgerichtshof (StGH) in Den Haag berufen, wo er vorrangig mit Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen in Uganda, Darfur und der Demokratischen Republik Kongo befasst war.

Der ICTY wird die letzten Prozesse gegen Kriegsverbrecher des ehemaligen Jugoslawiens aller Voraussicht nach 2014 abschließen – nach insgesamt 21 Jahren Arbeit.

Im Europaausschuss gab Brammertz unter anderem auch eine Einschätzung zum Stand der Aufarbeitung der Vergangenheit in den ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens. Während die kleinen Staaten wie Montenegro und Mazedonien auf einem guten Weg seien, gebe es in Teilen der Bevölkerung Serbiens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas Sympathien für angeklagte mutmaßliche und selbst für verurteilte Kriegsverbrecher. Die Zusammenarbeit mit den Behörden der genannten Länder bei der Fahndung nach mutmaßlichen Tätern und der Aufklärung von Verbrechen sei vor allem auf Druck des Strafgerichtshofs und der EU in Gang gekommen.

Als einer der letzten mutmaßlichen Kriegsverbrecher wurde im Mai 2011 nach jahrelanger Fahndung der serbische General Ratko Mladic nördlich von Belgrad festgenommen. Ihm werden zahlreiche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bosnienkriegs vor Last gelegt, darunter das Massaker von Srebrenica, bei dem im Sommer 1995 Zehntausende muslimische Frauen und Kinder vertrieben und etwa 8.000 muslimische Jungen und Männer ermordet worden waren.

Noch zwei Jahre sind für die Arbeit des Strafgerichtshofs vorgesehen. Sämtliche der gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher aus dem ehemaligen Jugoslawien befinden sich jetzt in Haft. Der Prozess gegen Ratko Mladic beginnt im Mai dieses Jahres. Im vergangenen Jahr verurteilte das Gericht den kroatische Ex-General Ante Gotovina, der in Teilen seiner Heimat als Volksheld verehrt wird, für Kriegsverbrechen an serbischen Zivilisten zu 24 Jahren Gefängnis.

Der ICTY kann Prozesse lediglich gegen persönlich Anwesende führen. Die Höchststrafe, die er verhängen kann, ist die lebenslange Freiheitsstrafe. Der Strafvollzug erfolgt nicht in Den Haag, sondern in einem der Staaten, die sich in Verträgen mit den Vereinten Nationen bereit erklärt haben, Verurteilte aufzunehmen. Der Gerichtshof kann Verfahren auch an zuständige nationale Gerichte, wie beispielsweise die Sonderkammer für Kriegsverbrechen des Bezirksgerichts im serbischen Belgrad überweisen. *verlahe*



Chefankläger Serge Brammertz

## Langer Weg nach Europa

**BALKAN** Bundestag lehnt Integrations-Strategie der Grünen ab

Mit einem Antrag zur Integration der Länder des westlichen Balkan sind die Grünen gescheitert. CDU, FDP und Die Linke lehnten die Initiative ab, SPD und Grüne sprachen sich dafür aus.

In ihrem Antrag (17/7774) hatten die Grünen eine EU-Strategie zur Integration der Länder des westlichen Balkans gefordert, „die im Beitrittsprozess kein Land der Region zurücklässt“. Als Grundlage der Strategie sollte die Unveränderlichkeit der gegenwärtig bestehenden Grenzen gelten.

„Das Tor zu Europa steht für die Region offen. Den Schritt durch dieses Tor müssen die Länder selber machen. Sie sind uns willkommen“, sagte der FDP-Außenpolitiker Rainer Stinner in der Debatte am vergangenen Donnerstag. Josip Juratovic (SPD) verwies auf das Beispiel Kroatiens. Es würde zeigen, dass das Land im Beitrittsprozess moderner geworden sei. Es sei zudem eine Zivilgesellschaft aufgebaut worden und das Land habe eine klare Perspektive abseits des Nationalismus bekommen. Ein europäische Westbalkan-Strategie müsse diese Perspektive für alle Länder schaffen: „Wir erleben derzeit auf dem gesamten Balkan Resignation bis hin zu po-

litischer Apathie“, sagte Juratovic. Die Jugendarbeitslosigkeit in der gesamten Region betrage über 50 Prozent. Die wirtschaftliche Produktion liege bei gerade einmal 50 Prozent des Niveaus von 1989, erklärte Juratovic.

Der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter sprach sich in der Debatte dafür aus, innerhalb der EU eine innenpolitische Akzeptanz für die Erweiterung zu erreichen. Dabei müsse man auch die Euro-Diskussion berücksichtigen. Kiesewetter rief zudem dazu auf – zum Beispiel durch weitere Visa-Erleichterungen – dem Kosovo zu helfen.

In ihrer zu Protokoll gegebenen Rede kritisierte Sevim Dagdelen (Die Linke), der Grünen-Antrag zielen darauf ab, „schwarze Löcher im Westbalkan herbeigebomben Kleinstaatendauerhaft als vollwertige Mitglieder aus der EU herauszuschulen“.

Die Grünen-Abgeordnete Marieluise Beck widersprach dieser Ansicht vehement: Alle diese Länder wollen man in der EU sehen. Man solle aber alles dafür tun, „dass der Letzte nicht irgendwann in 20 Jahren“ käme. Denn, erklärte die Grünen-Abgeordnete, „schwarze Löcher im Westbalkan können wir nicht gebrauchen.“ *Bernard Bode*

»Den Schritt durch dieses Tor müssen die Länder selber machen.«

Rainer Stinner (FDP)

## »Weiß nix, will nix wissen, tut nix«

**ROMA** In vielen EU-Ländern werden sie noch immer diskriminiert. Die Opposition sieht auch hierzulande Handlungsbedarf

Die Situation der Roma ist in vielen Staaten der Europäischen Union von Diskriminierung und Ausgrenzung gekennzeichnet. In dieser Einschätzung waren sich die Redner aller Fraktionen während der Debatte zu einer Großen Anfrage der Grünen (17/5536, 17/7131) am vergangenen Freitag einig. Unterschiedlich bewertet wurde hingegen die Situation in Deutschland. Die Opposition warf der Bundesregierung fehlendes Problembewusstsein vor und forderte einen Abschiebestopp für Roma. Aus Sicht von Union und FDP kommt hingegen die Regierung sowohl national als auch international ihrer Verantwortung nach.

Die Situation der Roma sei in vielen Staaten katastrophal, sagte Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen). „In Deutschland ist sie dramatisch schlecht“, fügte er hinzu. Die Bundesregierung verfare jedoch nach dem Motto: „Weiß nix, will nix wissen, tut nix.“

So schreibe sie etwa in der Antwort auf die Grünen-Anfrage, sofern die Verbesserung der Bildungssituation eine staatliche Aufgabe sei, lägen die Befugnisse dafür bei den Ländern. „So werden wir unserer historischen Verantwortung nicht gerecht“, urteilte Beck.

Die Bundesregierung habe die Wichtigkeit der Integration der Roma seit langen erkannt, befand hingegen Peter Beyer (CDU). Daher engagiere sie sich für eine Verbesserung der Situation im Rahmen der europäischen Institutionen. Beyer rief dazu auf, „bei allen Problemen auch die posi-

tiven Beispiele zu benennen, die zeigen, dass es für jede Minderheit möglich ist, ihre Lebenssituation eigenständig zu verbessern.“



In Europa leben schätzungsweise zehn Millionen Roma.

Es gebe viele Formen der Diskriminierung – unter anderem im Bildungsbereich, sagte Angelika Graf (SPD). Nicht nachvollziehbar sei es, wenn die Bundesregierung schreibe, dass es keine Ansätze für Roma-Feindlichkeit gebe, obwohl es viele Berichte dazu gebe. Auf deren Basis müsse ein Nationaler Aktionsplan aufgelegt werden, forderte Graf. Ein solcher Plan werde nicht benötigt, entgegnete Pascal Kober (FDP). „Die allermeisten Roma in Deutschland sind sehr gut integriert“, sagte er. Eine explizit auf die Roma ausgerichtete Strategie könne eher noch zu deren Diskriminierung beitragen, fürchtete er. Der Grünen-Forderung nach einem Abschiebestopp für Roma in den Kosovo schloss sich Andrej Hunko (Die Linke) an. Das müsse jedoch auch den rot-grünen Landesregierungen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vermittelt werden, forderte er. *Götz Hausding*

Anzeige

## Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland

Die CDU

Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit  
Von Franz Walter | Christian Werwath | Oliver D'Antonio  
2011, 261 S., brosch., 19,90 €  
ISBN 978-3-8329-5644-8



Die Schriftenreihe »Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland« wird herausgegeben von Karl-Rudolf Korte (NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen).

Weitere Informationen: [www.nomos-shop.de/12557](http://www.nomos-shop.de/12557)

**Nomos**

## KURZ NOTIERT

## Linke für Aufwertung der Beziehungen zu Palästina

Die Fraktion Die Linke setzt sich für eine Aufwertung der diplomatischen Beziehungen zu Palästina ein. Ein Antrag (17/8375) der Fraktion wurde am vergangenen Donnerstag in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Die Linke fordert darin unter anderem, die Bundesregierung solle „unverzüglich“ mit der palästinensischen Autonomiebehörde Verhandlungen über die gegenseitige Aufwertung des Status der deutschen und der palästinensischen Generaldirektionen aufnehmen. Zur Begründung heißt es, eine Aufwertung der diplomatischen Vertretungen sei ein Signal für das angestrebte Ziel der zwischen Palästinensern und Israel auszuhandelnden Zwei-Staaten-Lösung. Diese unterstütze den Aufbau eines lebensfähigen, demokratischen, in Frieden und Sicherheit an der Seite Israels existierenden palästinensischen Staates. *bob*

## Bisky tritt als Fraktionschef im Europaparlament zurück

Lothar Bisky ist als Vorsitzender der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im Europaparlament zurückgetreten. Neben gesundheitlichen Gründen führte der 70-Jährige in der vergangenen Woche in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ Differenzen mit seiner Fraktion an. Anders als die Mehrzahl seiner Kollegen setzte er sich dafür ein, dass die Linksfraktion stärker mit den Fraktionen der Sozialdemokraten und Grünen zusammenarbeiten soll. *dpa/ah*

## Grüne wollen Georgien enger an Europa binden

Für eine engere Kooperation mit Georgien spricht sich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen aus. In einem Antrag (17/8778) plädiert sie für eine stärkere Anbindung der Landes an die EU. Die russische Regierung sei dazu aufzufordern, sich der völkerrechtlich bindenden Gewaltverzichtserklärung des georgischen Präsidenten Saakaschwili ihrerseits anzuschließen. Gegenüber beiden Ländern sei volle Kooperation der nationalen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag im Rahmen des fortlaufenden Vorermittlungsverfahrens anzustreben. Ferner gelte es, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Kontakte mit den De-facto-Regierungen in Abchasien und Südossetien aufgenommen werden, um unter anderem die Rückkehr der Binnenvertriebenen aus dem Krieg 2008 zu ermöglichen. *bob*

## SPD setzt auf freiwillige Entwicklungshelfer

Die SPD-Fraktion fordert eine Aufstockung der Mittel für den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „Weltwärts“. Die Evaluierung des im Jahr 2007 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eingerichteten Dienstes falle positiv aus und spreche für eine Fortführung des Programms, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/8769). Trotz wachsender Nachfrage hätte die Bundesregierung zwischen 2010 und 2012 zu wenig Geld bereitgestellt, um interessierte junge Menschen zu entsenden. Die Sozialdemokraten fordern deshalb, unter anderem den Mittelansatz im Haushalt 2012 durch Umschichtungen zu erhöhen und 2013 auf 70 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken. *ah*



Noch 15 Monate im Amt: Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad

# Angezählter Scharfmacher

## IRAN Parlamentswahl bringt Schlappe für Mahmut Ahmadinedschad – aber keine Wende im Atomstreit

Lothar Bisky ist als Vorsitzender der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im Europaparlament zurückgetreten. Neben gesundheitlichen Gründen führte der 70-Jährige in der vergangenen Woche in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ Differenzen mit seiner Fraktion an. Anders als die Mehrzahl seiner Kollegen setzte er sich dafür ein, dass die Linksfraktion stärker mit den Fraktionen der Sozialdemokraten und Grünen zusammenarbeiten soll. *dpa/ah*

lob und Anerkennung für einen US-Präsidenten sind eigentlich nie aus dem Iran zu vernehmen. Die Vereinigten Staaten werden dort gewöhnlich von höchster Stelle als „großer Satan“ und Anführer der „internationalen Arroganz“ tituliert. Und nun dies: Ayatollah Ali Khamenei, Irans „Oberster Führer“, höhnte in der vergangenen Woche zwar wieder, dass Washingtons Sanktionen den Iran nicht klein kriegen würden, doch dann fand Khamenei plötzlich versöhnliche Worte: Es sei gut, dass Barack Obama weiter auf eine diplomatische Lösung im Atomstreit setze.

**Verhandlungen** Die Worte fielen nur Stunden nach dem Gespräch Obamas mit dem israelischen Premier Benjamin Netanyahu und fast zeitgleich mit der Erklärung der EU-Außenbeauftragten, Catherine Ashton, man sei bereit, die „Fünf-plus-Eins“-Gespräche mit Teheran wieder aufzunehmen. Mit diesen Verhandlungen hatten die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und Deutschland bis vor einem Jahr vergeblich versucht, eine Lösung des Atomstreits mit Teheran herbeizuführen. Khameneis Geste kam kurz nach den iranischen Wahlen zum Parlament („Majlis“) Anfang März. Sie könnte ein Anzeichen dafür sein, dass diese Wahlen vielleicht doch etwas ändern, auch wenn diese Abstimmung weder als frei noch als demokratisch bezeichnet werden können: Parteien wurden nicht zugelassen, ein beträchtlicher Anteil der Kandidaten wurde vom iranischen „Wächterrat“ im Vorfeld disqualifiziert, be-

kannte Oppositionsführer sind inhaftiert oder stehen unter Hausarrest. Die Wähler konnten sich letztlich entscheiden zwischen konservativen Anhängern von Präsident Mahmud Ahmadinedschad und konservativen Anhängern des „Obersten Führers“, Ali Khamenei. Alle zusammen hatten sich immer als „Prinzipalisten“ bezeichnet, die den Grundsätzen der Islamischen Revolution von 1979 treu bleiben.

**Zwei Lager** In letzter Zeit hat sich das Lager aber gespalten, weil Erzkonservative Ahmadinedschad vorwarfen, sich immer mehr von den Prinzipien der Islamischen Republik abzuwenden und stattdessen eine nationalistische Linie zu verfolgen. Hinzu kamen Vorwürfe von Vetternwirtschaft und ausbleibenden Reformen: Ahmadinedschad betriebe eine dem Land schädliche Innen-, Außen- wie Wirtschaftspolitik. Die Kritiker des Präsidenten scharten sich mit dem Parlamentspräsidenten Ali Lardischi an ihrer Spitze hinter dem „Obersten Führer“ Khamenei. Mit der überwältigenden Mehrheit, die sie im Parlament errungen haben, dürfte die Aktionsfreiheit Ahmadinedschad für die verbleibenden 15 Monate seiner Amtszeit als Präsident erheblich einschränken. Lardischi hat beste Aussichten, 2013 ihm als Präsident zu folgen. Die Verschiebungen innerhalb des Regimes läutet allerdings noch keine grundsätzliche Wende in der iranischen Außenpolitik ein. So sehr die Sanktionen sich auf die Wirtschaft auswirken und dort in erster Linie die Schwächsten treffen, die mit den erzwungenen Preissteigerungen kaum

noch mithalten können, so wenig wird der Iran in der Atomfrage nachgeben. Sie ist längst – bis in die Reihen der Opposition hinein – zu einer Angelegenheit nationalen Stolzes und Prestiges geworden. Die Forderung, der Iran solle auf die Anreicherung von Uran verzichten, wird von den meisten

Israel wiederum befürchtet nichts so sehr, als dass der Iran mit der Anreicherung von Uran in relativ kurzer Zeit im Stande wäre, Atomwaffen zu produzieren. Nach den jahrelangen zahlreichen und heftigen Verbalattacken Ahmadinedschads, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, fragt man sich in Jeru-

eine „strategische Zweideutigkeit“ in der Atomwaffenfrage gehe. Die Regierung Netanyahu sieht allerdings nur noch ein kleines Zeitfenster für die Chance, die teils unterirdisch angelegten iranischen Atomanlagen militärisch auszuschalten. Erstmals sprach seine Regierung vergangene Woche in aller Offenheit von einem Präventivschlag gegen den Iran aus der Luft, der das viel kleinere Übel gegenüber einem späteren Atomangriff aus Teheran sei, selbst wenn sich Iran mit konventionellen Waffen rächen würde und mit 5.000 zivilen Opfern in Israel zu rechnen sei. Die israelische Bevölkerung sieht das anders: Eine Umfrage der liberalen Tageszeitung „HaAretz“ ergab, dass eine breite Mehrheit gegen einen Angriff ist. Zumal solch ein Militärschlag aus der Luft im Iran vermutlich nur punktuelle Schäden anrichten, nicht aber das iranische Atomprogramm insgesamt aufhalten dürfte.



Israel fürchtet, dass im iranischen Atomkraftwerk Buschehr Plutonium gewonnen wird.

Iranern als Versuch interpretiert, ihr Land klein zu halten und ihm Rechte zu verwehren, die ihm – auch nach dem Atomwaffenvertrags (NPT) – zustehen würden. Offiziell behauptet Iran, mit seinem Atomprogramm die Nutzung von Kernenergie im Sinn zu haben.

salem, was erst passiert, wenn Teheran erst einmal über Atomwaffen verfügen würde. Die Experten sind sich allerdings selbst in Israel einig, dass das mindestens noch Monate dauern würde. Der Auslandsgeheimdienst der USA ließ vergangene Woche verlauten, dass es dem Regime im Iran wohl eher um

**Spiel auf Zeit** Obama hat klargestellt, dass ein Präventivschlag womöglich keine Lösung bringt, aber unabsehbare Folgen für die gesamte Nahostregion haben könnte. In einem Punkt ließ allerdings auch er keinen Zweifel: Den Bau einer Atomwaffe würde die USA Teheran nicht durchgehen lassen. Netanyahu scheint nun umzudenken: Ende vergangener Woche sprach der Premier davon, eine militärische Aktion sei „keine Frage von Tagen oder Wochen“. Aber eben „auch nicht von Jahren“. *Peter Philip*

Der Autor berichtete 23 Jahre aus Jerusalem für die Süddeutsche Zeitung und den Deutschlandfunk.

## Putin der Dritte

### RUSSLAND Der Premier kehrt als Präsident in den Kreml zurück. Als unersetzlich gilt er nicht mehr

Die Präsidentenwahl hat Wladimir Putin gewonnen – doch ein Tag der Entscheidung war der 4. März nicht. Die wichtigste Frage bleibt unbeantwortet: Wohin steuert Russland? Noch ist ungewiss, ob der neue Präsident den Dialog mit seinen Kritikern sucht, oder ob er die Zügel wieder fester anzieht. Einerseits hat Putin die Demonstrationen der vergangenen Monate als „nützlich für Russland“ bezeichnet. Er verspricht Vorwürfen über Wahlmanipulationen nachzugehen und hat seinen Gegenkandidaten, den Multimilliardär Michail Prochorow, zur Beteiligung an der Regierung aufgerufen. Der Oligarch hatte in Moskau und Sankt Petersburg, den Hochburgen der protestierenden Mittelschicht, ein beachtliches Ergebnis von knapp 20 Prozent erreicht. Würde Putin ihn zum Minister machen, würden viele der unzufriedenen Bürger das als Entgegenkommen verstehen. Ein weiteres Signal sendete der scheidende Präsident und wohl neue Premier Dmitrij Medwedjew aus. Er ordnete an, das Urteil gegen den inhaftierten ehemaligen Yukos-Chef Michail Prochorow zu überprüfen. Die Freilassung politischer Gefangener ist eine Hauptforderung der Demonstranten.

Andererseits fürchten derzeit viele, dass ihr Land wieder in alte Zeiten zurückkehrt, in denen die Regierung konsequent gegen ihre



Ein drittes Mal Präsident: Wladimir Putin

Gegner vorging. Einen ersten Vorgeschmack gab es am Abend nach der Wahl, als sich 20.000 Menschen aus Ärger über das offenbar manipuliert Wahlergebnis auf dem zentralen Puschkin-Platz versammelten. Zwar ließ die Polizei die Mehrheit zunächst gewähren und griff erst ein, nachdem ein kleiner Rest den Platz nicht räumen wollte. Doch die dann folgende Härte gegen Demonstranten erinnert an Tage, die schon ver-

**Marsch durch Institutionen** Die Zukunft wird auch von der Entwicklung der Opposition abhängen. Alexej Nawalny, bekannter Blogger und einer der führenden Köpfe der Opposition, hat zu weiteren Protesten aufgerufen, zu denen „Zehntausende in Moskau und anderen Städten auf die Straße gehen“ sollen. Doch Beobachter bezweifeln, dass der Massenprotest noch lange solchen Zulauf erreicht. „Die Straßenproteste haben ihr Ziel erreicht“, glaubt Alexej Muchin vom Zentrum für politische Information in Moskau. Jetzt sei es an der Zeit, dass die Opposition die Straße verlasse und Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen gründe. „Die Wahlen sind vorbei“, sagt Nikolaj Petrow vom Moskauer Carnegie Center. „Doch der Wandel, den sie entfacht haben, wird Jahre fortauern.“ *Oliver Bilger, Moskau*

Der Autor ist „Handelsblatt“-Korrespondent.

## Romney siegt ohne Glanz

### USA Die Entscheidung über den Präsidentschaftskandidaten der Konservativen steht weiter aus

Unter „Momentum“ wird in Amerika die Dynamik verstanden, die mit den Erfolgreichen ist. Eine Art Aura, nicht wirklich messbar, eher gefühlt. Nach dem „Super Tuesday“, bei dem in zehn amerikanischen Bundesstaaten der republikanische Herausforderer von Barack Obama bei der Präsidentenwahl im Herbst gewählt wurde, müsste das Momentum bei Mitt Romney sein. Ist es aber nicht.

Maggie Habermann, Analytikerin von „Politico“, bringt die Meinung vieler Kommentatoren auf den Punkt: „Romney bleibt weiter der Mann, der auf der Suche nach einer Botschaft ist.“ Dabei hatte der ehemalige Gouverneur von Massachusetts am Mammot-Wahltag sechs Urnengänge für sich entschieden; darunter in einem Wimpernschlag-Finale den traditionellen wichtigen Bundesstaat Ohio. Mit 415 (von 1.144 nötigen) Delegiertenstimmen liegt der 64-jährige Romney jetzt deutlich vor den Verfolgern Rick Santo-

rum, Newt Gingrich und Ron Paul. An seinem von Meinungsforschern ermittelten Kern-Problem ändert das nichts. Bei wohlhabenden, weißen Wählern, für die Themen wie Wirtschaft und Staatsverschuldung wichtig sind, kann der ehemalige Private-Equity-Manager punkten. Wiedergeborene Christen und Angehörige der Arbeiterklasse fühlen sich bei dem tief religiösen Rick Santorum besser aufgehoben. Der frühere Senator von Pennsylvania hat am „Super Tuesday“ zwar nur drei Siege davon getra-

gen. Das Kopf-an-Kopf-Rennen mit Romney in Ohio macht den 53-Jährigen, der sich seiner proletarischen Wurzeln als Enkel italienischer Bergwerksarbeiter rühmt, aber nun zum alleinigen Herausforderer Romneys. Ron Paul (76) ging am vergangenen Dienstag völlig leer aus. Newt Gingrich hat einzig seinen Heimat-Bundesstaat Georgia gewinnen können. Beide wollen nicht aufgeben. Paul, weil er landesweit eine unbeirrbar Mini-Gefolgschaft hinter sich weiß. Gingrich, weil ihn ein Casino-Mogul aus Las Vegas mit millionenschweren Finanzspritzen politisch am Leben erhält. Das zieht das von Hetze und Verleumdungen geprägte Rennen um die Präsidentschaftskandidatur in die Länge.

Noch fehlen Romney, der im Grunde moderat-liberal ist, im Vorwahlkampf aber extrem nach rechts rutscht, über 700 Delegiertenstimmen für den Nominierungsparteitag Ende August in Florida. Bis dahin könnte er sich bei unabhängigen Wählern, die in der Präsidentenwahl am 6. November entscheidend sind, unmöglich gemacht haben, warren Berater und sehen als einzigen Nutznießer derzeit den Mann im Weißen Haus: Barack Obama. *Dirk Hautkapp, Washington*

Der Autor ist Korrespondent der WAZ-Gruppe



Mitt Romney, Sieger des „Super Tuesday“

KURZ NOTIERT

**Kulturpolitiker sind gegen höhere Mehrwertsteuer**

Der Kulturausschuss hat sich überfraktionell gegen die von der EU-Kommission geforderte Erhöhung der ermäßigten Mehrwertsteuer auf Kunstgegenstände und Sammlerstücke von derzeit sieben Prozent auf den üblichen Satz von 19 Prozent ausgesprochen. Nach Ansicht des Ausschusses stellt der ermäßigte Steuersatz ein „wesentliches Instrument indirekter Kulturförderung“ dar, das im Interesse der Künstler, des Kunstmarktes und der Kunstnutzer liege. Die Kommission sieht darin allerdings einen Verstoß gegen EU-Recht und droht mit einem Vertragsverletzungsverfahren. In ihrer Stellungnahme fordern die Fraktionen im Ausschuss die Bundesregierung auf, zusammen mit der EU-Kommission nach einem Weg zu suchen, den ermäßigten Steuersatz innerhalb des Rechtsrahmens der EU zu erhalten. Es gehe „nicht um eine fiskalpolitische Kleinigkeit“, sondern um die „Identität der Kulturnation Deutschland“. **aw**

**Unesco-Welterbe soll für Tourismus genutzt werden**

Die Bundesregierung soll mit den Tourismusorganisationen, den Welterbestätten und der Deutschen Bahn AG einen Plan zur besseren Nutzung des touristischen Potenzials des Unesco-Welterbes in Deutschland erarbeiten. Zudem sollen die Welterbestätten weiterhin im Rahmen der finanziellen Spielräume durch den Bund unterstützt werden. Den entsprechenden Antrag von CDU/CSU und FDP (17/7357) nahm der Bundestag am vergangenen Donnerstag ohne Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Opposition an. **aw**

**Grüne wollen Kooperation zwischen Bund und Ländern**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für eine Änderung des Grundgesetzes ein, um das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu kippen. Durch die Föderalismusreform von 2006 sei der Bund aus jeder Mitverantwortung für den Schul- und Bildungsbereich heraus gedrängt worden. In ihrem Antrag (17/8902), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in Erster Lesung in die Ausschüsse zur Beratung überwie, fordert sie die Bundesregierung auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung vorzulegen. Für eine Änderung des Grundgesetzes bedarf es einer Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. **aw**

**SPD: Zulassungsverfahren für Universitäten modernisieren**

Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass das dialogorientierte Serviceverfahren für die Hochschulzulassung zum Wintersemester 2013/14 eingeführt wird. Falls notwendig müsse der Bund die Kosten zur Entwicklung und flächendeckenden Anwendung der notwendigen Software übernehmen. Die SPD verweist darauf, dass das Serviceverfahren bereits zum Wintersemester 2009/10 hätte eingeführt werden sollen. Die Einführung sei dann immer wieder verschoben worden. Der Bundestag überwie den Antrag (17/8884) am vergangenen Donnerstag in Erster Lesung zur weiteren Beratung in die Ausschüsse. **aw**



Musik steht weit oben auf der Agenda der Jugend in Deutschland. Jeder vierte Jugendliche macht selbst Musik.

# In Moll und Dur

**MUSIKFÖRDERUNG** Die Opposition kritisiert fehlendes Konzept der Regierung. Koalition sieht Bund gut aufgestellt

Die Musik steht bei der Jugend nach der Freundschaft direkt an zweiter Stelle“, freute sich Wolfgang Börsen. Und der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion fügte an: Als ehemaliger Schlagzeuger in Jazz-Bands könne er dies gut verstehen: „Musik fasziniert.“ Deutlich weniger fasziniert zeigten sich hingegen die kulturpolitischen Sprecher der Oppositionsfraktionen am vergangenen Donnerstag in der Debatte über die Musikförderung des Bundes. Dies sei, monierten übereinstimmend Sigmund Ehrmann (SPD), Luc Jochimsen (Die Linke) und Agnes Krumwiede (Bündnis 90/Die Grünen) ohne ein erkennbares Konzept. Das lasse die Antwort der Regierung auf eine

Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/7222, 17/4901) deutlich erkennen.

»Gesamtstaatliches Interesse« Die Förderung der Musik liegt wegen des im Grundgesetz verankerten Kulturföderalismus eigentlich in der Hand der Bundesländer und Kommunen. Darauf weist die Regierung in ihrer Antwort ausdrücklich hin. Doch auch der Bund fördere einzelne Institutionen und Projekte, wenn diese „im gesamtstaatlichen Interesse“ liegen. Dieses „gesamtstaatliche Interesse“ an der Musik war dem Bund im Jahr 2010 rund 44,2 Millionen Euro wert, die er in Form von Fördergeldern zur Verfügung stellte. Genau an diesem „gesamtstaatlichen Interesse“ entzündete sich in der Debatte jedoch die Kritik der Opposition. Dieses sei an kei-

ner Stelle der Antwort näher definiert, bemängelten Ehrmann und Krumwiede. Und auch aus der Förderungspraxis lasse sich nicht erschließen, warum ein Musikprojekt oder eine Institution im gesamtstaatlichen Interesse liege, eine andere aber nicht. Zudem gäbe es zwischen den zuständigen Ressorts in der Regierung keine Koordination, bemängelte Ehrmann. Neben Kulturstaatminister Bernd Neumann (CDU), der für die allgemeine Musikförderung des Bundes verantwortlich zeichnet und den Großteil der Fördergelder vergibt, beteiligen sich aber auch das Familien- und das Bildungsministerium mit eigenen Mitteln. Hinzu kommt die Musikförderung im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik, die im Verantwortungsbereich des Auswärtigen Amtes liegt.

Besonders hart ins Gericht gingen SPD, Linke und Grüne mit der Förderung der Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth, die der Bund bereits seit 1953 bezuschusst – im Jahr 2010 mit immerhin rund 2,3 Millionen Euro. Es sei „Hohn und Spott“, schimpfte Luc Jochimsen hörbar erregt, wenn die Regierung behaupte, sie fördere die Bayreuther Festspiele auch deshalb, um „bezahlbare Kartenpreise für breite Bevölkerungsschichten“ zu gewährleisten. Jochimsen spielte damit auf die umstrittene Kartenverkaufspraxis bei den Festspielen an, die auch vom Bundesrechnungshof moniert worden war. In die gleiche Kerbe schlug auch Agnes Krumwiede. Die Wagner-Festspiele entwickelten sich für die Regierung „zur Götterdämmerung von gesamtstaatlicher Bedeutung“, spottete die ausgebildete Konzertpianistin. Nachdem nun auch der bayerische Rechnungshof interveniert habe, solle Kulturstaatminister Neumann nun hoffentlich dafür, dass die Festspiele keine „Exklusivveranstaltung für einen Förderverein“ bleiben. Neumann hatte am Tag zuvor angekündigt, dass die Praxis der Ticketvergabe geändert werden soll. Zukünftig sollen 65 statt 40 Prozent der Karten frei verkäuflich sein. In der Vergangenheit war der größere Teil der Karten in Kontingenten an langjährige Abonnenten wie die „Gesellschaft der Freunde von Bayreuth“ oder die Wagnerverbände gegangen.

»Starkes Musikland« Wolfgang Börsen stellte den eher traurigen Moll-Klänge der Opposition deutlich freundlicher klingende Dur-Klänge entgegen: Deutschland sei ein „starkes Musikland“. Über sieben Millionen Menschen seien hierzulande musikalisch aktiv, die Orchesterlandschaft mit ihren 750 Symphonie- und Staatsorchestern sei „weltweit einzigartig“ und mehr als 50.000 Rock-, Pop- und Jazzbands spielten „zwischen Flensburg und Freiburg“. Der Bund, betonte der Christdemokrat, sei ein „verlässlicher Partner bei der finanziellen Förderung“ für die Länder geworden. Börsen räumte jedoch zugleich ein, dass einzelne Bereiche der Musikförderung des Bundes überprüft werden sollten. Mit Blick in die Reihen der SPD-Fraktion konnte er sich allerdings nicht den Hinweis verkneifen, dass die Grundlagen in der Vergangenheit durch drei sozialdemokratische Kulturstaatminister gelegt worden seien. Neumann habe mit der „Initiative Musik“, die gezielt Projekte in der populären Musik fördere, neue Akzente gesetzt.

Wirtschaftsfaktor Auch Reiner Deutschmann, kulturpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, hob die positiven Aspekte der Musiklandschaft in Deutschland hervor. Musik sei nicht nur ein Kulturgut, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Musikbranche erwirtschaftete einen Jahresumsatz von rund 5,5 Milliarden Euro. Der sächsische Abgeordnete verwies in diesem Zusammenhang nicht ohne Stolz auf die auch international so erfolgreichen deutschen Musikgruppen wie „Tokio Hotel“ und „Silbermond“ aus den neuen Bundesländern. Großen Wert legte Deutschmann auf den Schutz der Künstler durch die Einhaltung des Urheberrechts. Die Liberalen würden stets dafür kämpfen, dass das Urheberrecht auch in Zeiten der millionenfachen Raubkopien im Internet gestärkt werde.

Dem wirtschaftlichen Erfolg der Musikbranche stellte die Opposition die wirtschaftlich und sozial prekäre Lage vieler Musikschaffenden in Deutschland entgegen. Jochimsen und Krumwiede wiesen auf das jährliche Durchschnittseinkommen der Musiker hin. Dies lag nach Angaben der Regierung im Jahr 2010 bei 11.780 Euro. Angesichts solcher Zahlen nutze es wenig, sagte Jochimsen, wenn die Koalition immer wieder auf die Verantwortung der Länder und Kommunen hinweise. **Alexander Weinlein**

KURZ REZENSIIERT



**Sebastian Christ: Das Knurren der Panzer im Frühling. Ein Kriegsbericht aus Afghanistan.**

**Pattloch Verlag, München 2011; 208 S., 16,99 €**

Worauf hat ein Feldjäger der Bundeswehr, der in Kunduz oder Faizabad seinen Dienst leistet, keine Lust? Bei seinem nächsten Einsatz will er seine Zeit nicht damit verbringen, in Mazar-e-Sharif Autos anzuhalten um dem Fahrer zu sagen: „Das war nicht in Ordnung, du bist zehn Kilometer zu schnell gefahren.“ Ernest Hemingway wollte es wissen. Der junge Lew Tolstoj hat gekämpft und geschrieben. Auch Sebastian Christ aus Frankreich wollte den Krieg kennen lernen. Es genügte ihm nicht, über die Bilder im Fernsehen zu staunen oder sich bisweilen zu ärgern. Deshalb ging er im Jahr 2010 nach Afghanistan. Seit zehn Jahren sind Bundeswehrsoldaten am Hindukusch stationiert. Der 30-jährige Journalist, mit zwei Preisen ausgezeichnet, besuchte als „embedded journalist“ die Truppe. Man solle keinem trauen, der über Afghanistan berichtet, die Meldungen in den Abendnachrichten könne man ohnehin vergessen – so lautet Christs erster Rat an seine Leser. „In diesem Buch können Sie etwas über die sinnliche Wahrheit erfahren, die in diesem Konflikt steckt“. Außerdem empfiehlt er: „Es lohnt sich, genau zu lesen.“ Legen die Leser nach dieser überheblichen Einleitung, in der der Autor sein eigenes Werk preist, das Buch nicht auf der Hand, werden sie dafür belohnt mit einer guten, stellenweise sogar sehr gut geschriebenen Reportage. Dem vom Pressestab der Bundeswehr-Festungen in Afghanistan geradezu mütterlich umsorgten Journalisten ist es gelungen, die Menschen um ihn herum zu beschreiben. Auf diese Weise vermittelt er den Lesern die Stimmung vor Ort. Fast glaubt man, den afghanischen Sand zwischen den Zähnen zu spüren. Wie angespannt sehen die Soldaten aus, bevor sie das Feldlager verlassen, um später in ein Gefecht mit den Taliban zu geraten? Welches Lied hören sie zum Zapfenstech? Dort gibt es sogar einen Tanzlehrer für Rumba und Tango, der den ISAF-Soldaten helfen soll, sich besser zu entspannen. Solche Geschichten bekommt man in den Abendnachrichten nicht erzählt. **Aschot Manutscharjan**



**Eberhard Sandschneider: Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen.**

**Hanser Verlag, München 2011; 196 S., 19,90 €**

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums im Jahr 1989/91 war eine historische Zäsur. Wer wollte dem Westen jetzt noch die globale Dominanz streitig machen? Manch diesbezügliche Träume sind inzwischen jedoch geplatzt. Nicht nur aufgrund fehlgeleiteter Kriege in Afghanistan und im Irak – asymmetrische Kriege sind kaum zu gewinnen – und wiederholten Finanzkrisen. Auch aufstrebende Schwellenländer stellen sich einer westlichen Dominanz entgegen. Eberhard Sandschneider, Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, skizziert die internationale Machtkonstellation. Für die Weltmacht USA seien heute nur zwei Länder von herausragender Bedeutung: Israel und China. Die USA seien nicht nur eine atlantische sondern auch eine pazifische Macht – heute mehr denn je. In China werde der große Gegenspieler erkannt, Europa hingegen sei inzwischen von nachgeordneter Bedeutung. Die Europäische Union werde in den USA als hoffnungslos überdehnter und entscheidungsschwacher Akteur gesehen. Sandschneider plädiert deshalb für ein Mehr an europäischer Eigenständigkeit. Leicht werde das nicht sein – auch gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern. Nicht zuletzt, weil der Kontinent auch in voraussehbarer Zukunft nicht mit einer Stimme sprechen werde, nationalstaatliche Interessen dominierten. Über die Maßen bedrohlich, so lautet die zentrale These des Autors, muss eine solche Entwicklung jedoch für Europa nicht sein. Machtverhältnisse seien nie stabil, man müsse einmal zurückstecken können. Auch ein Land wie China stehe vor gigantischen Herausforderungen. Noch sei Europa im weltweiten Vergleich eine Insel des Wohlstands und des Friedens. Um das zu erhalten, seien weniger große Reden über Integration oder Finalität Europas nötig, als vielmehr ein Mehr an Selbstvertrauen und ein Mehr an Pragmatismus. Die aktuelle Eurokrise biete dafür gehörig Gelegenheit. Sandschneders Buch ist nicht nur für Realisten lesenswert. **Helmut Heinzlmeir**

## Von der Eule lernen

**60 JAHRE DFG** Bundestag präsentiert Ausstellung

Die Signale, die eine Biene ihren Antennen durch ihre Flugbewegungen gibt oder die Frage, was der Mensch von einer Schleiereule lernen kann: Themen wie diese stehen im Mittelpunkt einer neuen Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). „Von der Idee zur Erkenntnis“ heißt die Präsentation von zehn durch die DFG geförderten Forschungsprojekten. Die DFG sei „einer der wichtigsten, solidesten Partner“ der Politik, betonte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Diese Wertschätzung komme durch die jährliche Förderung der Gemeinschaft durch den Bund „in einer ebenso verlässlichen wie handfesten Weise zum Ausdruck“. Nicht bei jedem Projekt erschließe sich der gesellschaftliche Nutzen sofort. Dies sei aber auch nicht schlimm, denn „hier geht es ja gerade darum, dass man von der Idee zu den Erkenntnissen kommt“. Der Bundestag wolle helfen, auf die Vielfalt der Forschung aufmerksam zu machen. Anlass der Ausstellung ist der 60. Geburtstag der DFG. „Vielen Dank für den Mut, im Zeitalter der Schwarmintelligenz die Leistung des Einzelnen zu präsentieren“, sagte die Vorsitzende des Forschungsausschusses Ulla Burchardt (SPD). Durch die Einzelprojektförderung, aber auch die Unterstützung durch die Exzellenzinitiative und die Hochschulpakete



Die Ausstellung im Paul-Löbe-Haus

helfe der Staat der Forschung, unabhängig zu bleiben. Die Ausstellung kann nach Anmeldung bis zum 30. März montags bis donnerstags jeweils um 11 Uhr und um 14 Uhr und freitags um 11 Uhr besucht werden. Anmeldungen sind telefonisch (030/227-38883) oder per E-Mail (info-ausstellungen-plh@bundestag.de) möglich. Besucher müssen zum Westeingang des Paul-Löbe-Hauses ein Personaldokument mitbringen. **ske**

## Blickwechsel zur Spree

**AUSSTELLUNG** Bundestag zeigt Videoinstallation von Christoph Brech und Nicole Borgmann

Der Betrachter sieht nichts als Wasser. Es könnte eine Pfütze sein, ein Fluss oder ein See. Ruhig streichen die Wellen über die Oberfläche, aus den Lautsprechern dringt ein undefinierbares Rauschen. Die Videoinstallation „Blickwechsel“ von Christoph Brech und Nicole Borgmann ist Zentrum der gleichnamigen Ausstellung im Kunst-Raum des Bundestages. Es sei gleich eine dreifache Premiere, sagte Andreas Kaernbach, Kurator der Kunstsammlung, bei der Eröffnung in der vergangenen Woche. „Der Bundestag hat das erste Mal eine Videoausstellung in dieser Konzentration.“ Zwar habe er schon einmal eine Installation gezeigt, aber noch nie eine zum zentralen Bestandteil einer Ausstellung gemacht. Außerdem sei es das erste Mal, dass ein Videokünstler einen Kunst-ambau-Wettbewerb des Bundestages gewonnen habe und der Bundestag Videos in seine Kunstsammlung aufgenommen habe. „Das Gefundene und nicht das Erfundene“ stehe im Zentrum von Brechs Arbeit, erläuterte Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen). Er verwandle Phänomene des Alltags in Meditation. Seine Werke zeichneten sich unter anderem durch eine „größtmögliche Einfachheit der Mittel“ sowie eine „Strenge der Konzeption“ aus. Der „Blickwechsel“, zu



Göring-Eckardt (rechts) und das Künstler-Duo Brech und Borgmann

dem die Installation von Brech und Borgmann animiere, sei ein zweifacher. Zum einen werde die Spree in den Blick gerückt, die man vom Restaurant aus nicht sehe. Zum anderen werde der Blick gewandelt durch die Perspektive, aus der man auf die Oberfläche schaue. Die Installation wird künftig in einem Restaurant im erweiterten Bau des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses zu sehen sein. Auf der Videoleinwand werden live die Eindrücke

von vier Webkameras abgebildet, die an verschiedenen Orten die Oberfläche der Spree filmen. Darüber hinaus zeigt die Ausstellung noch einige Fotos, die Brech in den Museen des Vatikans gemacht hat. Die Ausstellung „Blickwechsel“ ist noch bis zum 3. Juni 2012 im Kunst-Raum des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses zu sehen. Öffnungszeiten sind Sonntag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr. **Sandra Ketterer**

**AUFGEKEHRT**

**Bücherklau in der Digitalära**

Alle reden vom Ende des Buches. Mit diesem uralten Kulturgut geht es, glaubt man Feuilletonisten, unwiderruflich zu Ende. Heute kommt immer mehr Lesestoff im E-Book daher, ganz materiellos. Ist die Revolution unserer Tage also das Ende des Gutenberg'schen Zeitalters gedruckter Bücher? Nein, so weit ist es nicht. Denn dann endete auch eine der ältesten Krankheiten der Menschheitsgeschichte: die Bibliomanie, griechisch der „Buchwahn“. Die übersteigerte Leidenschaft für Bücher im Vergleich zur Bibliophilie, der bloßen „Liebe zum Buch“. Dem „Buchwahn“ gibt die Bibliomanie seinem Leben erst einen Sinn. Die Sucht des Büchersammelns, ohne sie eigentlich zu brauchen oder zu lesen, gibt es, seit es Bücher gibt. Sie kann den bravsten Familienvater zum Verbrecher werden lassen. In Deutschland war der berühmteste Fall eines kriminellen Bibliomane der des Pfarrers Johann Georg Tinius aus Sachsen. Um seine Buch-Sammelleidenschaft zu finanzieren, veruntreute er Kirchengelder und verübte Raubmordversuche, wofür er 1823 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Jetzt erregt Deutschland ein neuer Fall exzessiver Bibliomanie: Ein Ministerialbeamter aus Darmstadt wurde überführt, aus 70 Bibliotheken in Europa 24.000 alte, wertvolle Bücher gestohlen und daheim deponiert zu haben – eine geheime Kleinstadtbibliothek. Um Geld ging es ihm nicht, nur ums Sammeln. Wie sollen Menschen wie er künftig ihre „Liebe zu Büchern“ befriedigen, wenn alles nur noch elektronisch zu lesen ist? Leblose digitale Ströme können niemals ein Ersatz sein für das Buch, das man anfassen, riechen, liebevoll durchblättern kann und in dessen sinnlich wahrnehmbaren Innenteil das Wissen der Welt von Generation zu Generation weitergegeben wird. Deshalb kann das gedruckte Buch niemals sterben. Der Bibliophile und noch mehr sein Kumpan, der Bibliomane, werden es erzwängen. *Hans Krump*

**VOR 55 JAHREN ...**

**Grundstein für Europa**

**25. März 1957: Römische Verträge unterzeichnet** Für Kanzler Konrad Adenauer (CDU) waren sie bis dato das „vielleicht wichtigste Ereignis der Nachkriegszeit“: die Römischen Verträge. Am 25. März 1957 unterzeichneten die Benelux-Staaten, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland die Verträge in der Ewigkeit und schufen dabei nicht nur die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Die Römischen Verträge gelten als Grundstein der



Kanzler Konrad Adenauer (links) bei der Unterzeichnung der Verträge

europäischen Integration. Dabei waren sie im Bundestag nicht unumstritten. Denn schon kurz nach der Unterzeichnung wurde Kritik laut. In der Debatte über die Zustimmung zum Vertragsgesetz im Juli 1957 monierte Karl Mommer (SPD), dass das Europäische Parlament zu schwach sei – Bedenken, die auch Jahrzehnte später die Europapolitik beschäftigten: Nicht ohne Grund wurden im Lisabon-Vertrag, der 2009 in Kraft trat, dem Europaparlament mehr Kompetenzen zugesprochen. Ein anderes Problem sah die FDP: Die Verträge stärkten nicht die Einigung Europas, sondern seien lediglich eine Zollunion von sechs Staaten, sagte Robert Margulies und forderte, den Kreis der Mitgliedsländer zu erweitern. Sonst drohe eine „Zollmauer quer durch Europa“. Aller Kritik zum Trotz stimmten die Abgeordneten den Verträgen zu, am 1. Januar 1958 traten sie in Kraft. Was die Bewertung der Verträge angeht, sollte Adenauer Recht behalten: Aus der EWG und EURATOM entstand zusammen mit der 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1967 die Europäische Gemeinschaft. Aus ihr ging 1992 die Europäische Union hervor. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: EXPERTEN-CHAT ZUR LEBENSQUALITÄT**



Daniela Kolbe (SPD, links) und Stefanie Vogelsang (CDU), Mitglieder der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“, beim Chatten mit den Bürgern

**Virtuelle Bürgernähe**

Es ist kurz nach 18 Uhr, als die zwei Politikerinnen vom Sitzungssaal aus ins „Internetcafé“ des Bundestags eilen. Per Online-Chat wollen sie Fragen von Bürgern beantworten. Fragen zur Bundestags-Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Die hat gerade öffentlich getaggt, drei Stunden lang, live übertragen im Parlaments-TV. Die beiden Politikerinnen sind Daniela Kolbe, SPD-Abgeordnete aus Leipzig, und Stefanie Vogelsang, CDU-Abgeordnete aus Berlin. Kolbe ist Vorsitzende der Kommission, Vogelsang leitet deren Indikatoren-Projektgruppe. Sie soll neue Kriterien für Wohlstand erarbeiten. Die Gruppe hat jetzt ihren ersten Zwischenbericht vorgestellt. Auch die folgenden 60 Minuten wird den beiden keine Zeit zum Durchatmen bleiben: Ohne Unterbrechung beantworten sie per Tastatur Fragen, diskutieren und nehmen Anregungen entgegen. „Haben Sie, die Enquete-Kommission, neben den oft eher theoretischen Konzepten, auch

Konzepte aus der Praxis wie Nachhaltigkeits-Länderratings angesehen?“ Die online gestellten Fragen der Bürger sind so diffizil wie die Arbeit der Kommission. Die hat sich im Januar 2011 konstituiert, mit einer anspruchsvollen Fragestellung: Wie kann man gesellschaftlichen Wohlstand messen, wie individuelles Wohlergehen, wie nachhaltige Entwicklung in einer Gesellschaft? Früher schaute man aufs Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das, lautet die Annahme, reicht heute nicht mehr. Denn die Gesellschaft ist komplexer geworden seit der Zeit der Wirtschaftswunder. „Wenn Sie damit Ratings wie den HappyPlanetIndex meinen, dann haben wir die uns sogar sehr intensiv angesehen“, tippt Kolbe. Viele Versuche hat es in der Forschung schon gegeben, Wohlstand zu messen. Und wie misst man den Zusammenhalt in einer Gesellschaft? Etwa, indem man prüft, wie es um Freiheit und Demokratie steht, heißt es im Zwischenbericht. Dutzende Fragen flirren über die Bildschirme. Die beiden Abgeordneten bemerken nicht, wie sich die Dämmerung über dem Reichstag vor den rie-

sigen Fenstern in Dunkelheit verwandelt. „Mich würde interessieren, ob Sie schon einmal nach der in Deutschland vorhandenen Geldmenge und deren Verteilung innerhalb der Bevölkerung geschaut haben.“ Antwort Stefanie Vogelsang: „Zunächst haben wir uns die unterschiedlichsten Lösungen und Gedankengänge angeschaut.“ Nun hätten sie einen Überblick und wollten „ins Detail gehen“. Das Niveau der Diskussion ist hoch, auch wenn die Pseudonyme mancher Bürger zuweilen verwundern. Ein „Blau-bär“ ist dabei, ebenso ein „tankschiff“. Neue Stilikontakte zwischen Abgeordneten und Bürgern. „So eine Stunde durchchatten ist anstrengender als gedacht“, seufzt Kommissionschefin Kolbe anschließend. Viele Teilnehmer danken für die Teilhabe an parlamentarischen Geschehen. Immerhin 16 Personen sind nach einer Stunde im Chat dabei gewesen. Zehn Seiten DIN-A4-Papier können mit dem Chatverlauf bedruckt werden. Die Operation „Direktkontakt“ ist geglückt, ein guter Anfang für die Kommission. *Verena Renneberg*

**LESERPOST**

**Zur Berichterstattung über Afghanistan und Syrien**

Mit Interesse verfolge ich durch Ihre Berichte das Geschehen in Berlin. Ich denke, dass die aktuellen Geschehnisse um die Koran-Verbrennung in Afghanistan und die gewalttätigen Proteste dagegen sicher auch in der Bundeshauptstadt ein Thema sind. Ich erlaube mir, Ihnen dazu einige Gedanken weiterzugeben. Der Vorfall zeigt, wie wenig sensibel einige Amerikaner in den Streitkräften sein können. Präsident Barack Obama entschuldigte sich. Die muslimische Gesellschaft in Afghanistan ist im Aufruhr. Ein Tabu wurde verletzt, auf dem Todesstrafe durch Erhängen droht. Diese Strafe forderte Mullah Alayaz Miasi. Sogar amerikanische Soldaten in Ministerien sind nicht mehr ihres Lebens sicher.

Möglicherweise war den Tabubrechern gar nicht bewusst, was sie taten und noch weniger, was sie mit ihrer ungunstigen Aktion auslösen würden. Besser als auf diese Weise kann man den Taliban gar nicht dienen. Meine Frage ist: Was sagen die gewalttätigen Proteste über die afghanische Gesellschaft aus und über die Friedfertigkeit der muslimischen Religion? Ich vermute, dass weggeworfene oder verbrannte Bibeln in Europa kaum jemanden interessieren würden. Meine Frage geht dahin, ob die Mullahs in Afghanistan Menschenrechtsverletzungen auch brandmarken – doch wohl nicht umsonst haben sich etwa afghanische Frauen aus Verzweiflung verbrannt, um nur ein Beispiel zu nennen. Ich vermisse weltweite Proteste von Muslimen über die Ereignisse, die sich derzeit in Syrien abspielen. Präsident Baschar al-Assad führt dort Krieg gegen seine eige-

nen Landsleute, foltert und mordet und humanitäre Hilfe lässt er so gut wie nicht zu. Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass der Krieg der Amerikaner gerade in Afghanistan ein großer Fehler war. Nach dem Rückzug der Amerikaner und ihrer Verbündeten ist nichts Gutes zu hoffen. Auch wenn es hart klingt: Ich hätte es besser gefunden, wenn das afghanische Volk selbst hätte entscheiden können, wie lange es bereit ist, ein Terrorregime wie das der Taliban zu ertragen. Dann hätte es keinen Grund gegeben, die Amerikaner jetzt als Teufel zu brandmarken, die als Ungläubige in einem muslimischen Land einen Krieg führen.

*Dieter Loest, per Mail*

**Zur Zeitung „Das Parlament“ allgemein**

Im hervorragend sortierten Bahnhofszeitungs- und Bahnhofsbuchhandel meines Berliner Wohnbezirks Spandau erstehe ich montäglich regelmäßig das hochinformativ und allgemeinverständlich ausformulierte Berichtsmedium „Das Parlament“. Schwierig zu erfassende, komplexe Sachverhalte werden hier erklärend sowie hintergründig berichtet, wobei die Detailtreue nicht leidet. Ergänzend treten gut erläuternde Abbildungen hinzu. Relativ häufig gebe ich selbst diese Zeitung auch im Bekanntenkreis weiter, um interessante Themen zu unterfüttern. Als „kleine Verbesserung“ wünsche ich mir einen Programmhinweis auf das Radioprogramm „Deutschlandfunk digital“, das Liveübertra-

gungen aus dem Deutschen Bundestag senden.

*Ulrich Barkow, Berlin*

**Zur Ausgabe Nr. 10 von „Das Parlament“ vom 5. März 2010**

Herzlichen Dank für die aktuelle Ausgabe von „Das Parlament“. Insbesondere die Artikel „Staatsinsolvenzen: Am Ende zahlen die Bürger“ von Christoph Birnbaum und „Griechenland I: Geplatze Illusionen“ von Corinna Jessen haben mir sehr gut gefallen. Genau diese Art von Hintergrundinformationen machen „Das Parlament“ so lesenswert. Bitte weiter so!

*Christoph Lokotsch, Lehrte*

**SEITENBLICKE**



**PANNENMELDER**

**Zur Ausgabe 10 vom 05.03.2012**

In dem Bericht „Merkel am Euro“ auf der ersten Seite unserer letzten Ausgabe ist uns versehentlich ein Fehler bei der Aufzählung der verschiedenen Euro-Rettungsmaßnahmen unterlaufen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wird am 1. Juli dieses Jahres nicht allein seinen Vorgänger EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) ablösen, sondern auch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ersetzen. Der EFSM ist ein Gemeinschaftsinstrument der Europäischen Union und steuert 60 Milliarden Euro zum derzeit noch laufenden Rettungsschirm bei. Der größere Teil kommt mit 440 Milliarden Euro von der EFSE. Bei dieser handelt es sich um eine eigens gegründete zwischenstaatliche Zweckgesellschaft, die am Kapitalmarkt Geld aufnimmt.

**PERSONALIA**

**>Dietmar Keller Bundestagsabgeordneter 1990-1994, PDS**

Am 17. März wird Dietmar Keller 70 Jahre alt. Der promovierte Historiker trat 1963 der SED bei, war 1989/90 DDR-Kultusminister und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag arbeitete er im Bildungsausschuss mit.

**>Doris Pack Bundestagsabgeordnete 1974-1982, 1985-1989, CDU**

Doris Pack wird am 18. März 70 Jahre alt. Die Rektorin aus Saarbrücken, CDU-Mitglied seit 1962, arbeitete im Bundestag vorwiegend im Bildungsausschuss mit. Seit 1989 gehört Pack, in den 1980er Jahren bereits Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der WEU, dem Europäischen Parlament an.

**>Egon Bahr Bundestagsabgeordneter 1972-1990, SPD**

Egon Bahr vollendet am 18. März sein 90. Lebensjahr. Der Berliner Journalist, SPD-Mitglied seit 1956 und maßgeblich an der sozialliberalen Ostpolitik beteiligt, war von 1969 bis 1974 Staatssekretär beziehungsweise Bundesminister für besondere Aufgaben im Bundeskanzleramt und von 1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bis 1981 amtierte Bahr danach als SPD-Bundesgeschäftsführer. Im Bundestag engagierte er sich im Auswärtigen Ausschuss.

**>Jürgen Warnke Bundestagsabgeordneter 1969-1998, CSU**

Am 20. März wird Jürgen Warnke 80 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Verbandsgeschäftsführer, seit 1958 CSU-Mitglied, war von 1962 bis 1970 bayerischer Landtagsabgeordneter. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1982 bis 1987 und von 1989 bis 1991 sowie Bundesverkehrsminister von 1987 bis 1989 engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Wirtschaftsausschuss.

**>Hans-Dietrich Genscher Bundestagsabgeordneter 1965-1998, FDP**

Am 21. März wird Hans-Dietrich Genscher 85 Jahre alt. Der FDP-Vorsitzende von 1974 bis 1985 war von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister und danach bis 1992 Außenminister. 1969 wesentlich an der Bildung der ersten sozialliberalen Koalition sowie 1982 am Wechsel der FDP zu ihrem neuen Koalitionspartner CDU/CSU beteiligt, war Genscher in der damit beginnenden Ära Kohl die treibende Kraft der Weiterentwicklung der Ost- und Deutschlandpolitik.

**>Josef Hofmann Bundestagsabgeordneter 1965-1969, CDU**

Josef Hofmann wird am 23. März 85 Jahre alt. Der Mainzer Rechtsanwalt und dortige Bürgermeister von 1961 bis 1989 arbeitete im Bundestag im Haushaltsausschuss mit.

**>Helmut Lippelt Bundestagsabgeordneter 1987-1990, 1994-2002, Die Grünen**

Am 24. März feiert Helmut Lippelt seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Historiker gehörte 1978 zu den Mitbegründern der „Grünen Liste Umweltschutz“ und stand bis zur Fusion mit den „Grünen“ an deren Spitze. Lippelt engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Auswärtigen Ausschuss.

**>Johannes Nitsch Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**

Am 24. März wird Johannes Nitsch 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Dresden trat 1989 der CDU bei und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer 1990 an. Nitsch, von 1991 bis 1994 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, war von 1994 bis 1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26.03.2012.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 19.-23.03.2012  
Transplantationsgesetz (Do), Vereidigung Bundespräsident (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream